

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis: pro Quartal M. 1,50. (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreigespaltene Teilzeile oder deren Raum 30 S.

Es geht vorwärts.

Vor wenigen Wochen noch düstere Hoffnungslosigkeit, heute fröhliche Zuversicht — ganz unvermutet schnell hat die Baukonjunktur einen starken Aufschwung genommen. Damit ist auch wieder Leben in die Arbeiterbewegung gekommen. Die gedrückte Stimmung, die anderthalb Jahre auf der baugewerblichen Arbeiterschaft lastete, ist gewichen und hat einer fröhlichen Kampfeslust zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen Platz gemacht. In einer erheblichen Anzahl großer und kleiner Orte stehen unsere Kollegen im Lohnkampf, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß sie ihn mit Erfolg bestehen werden. In einer verhältnismäßig großen Zahl von Lohnbezirken haben es die Unternehmer nicht erst auf Arbeitseinstellungen ankommen lassen, sondern sie waren klug genug, sich den Fortgang ihrer Betriebe durch friedliche Verständigung mit den Arbeitern zu sichern.

Zurzeit sind im Maurergewerbe außer einer großen Reihe von Sperren an 40 Streiks und Ausperrungen im Gange, woran rund 9000 Kollegen beteiligt sind. Davon haben jedoch die meisten sofort zu den geforderten Bedingungen oder in andern Städten Arbeit erhalten. Die hauptsächlichsten Brennpunkte sind der Streik in Pforzheim und die Ausperrung in St. Johann-Saarbrücken und in dem Städtegebiet Hamburg-Altona-Wandsbek. In allen drei Gebieten gehören die führenden Unternehmer zu den wütendsten Scharmachern, die nicht nur die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, sondern auch die Anerkennung der Arbeiterorganisationen und somit auch die Tarifverträge mit allen Mitteln bekämpfen. Der Pforzheimer Streik geht in die neunte Woche, die Bautätigkeit ist, soweit Maurer dazu nötig sind, seit dem ersten Streiktag fast völlig aufgehoben; anstatt aber den Maurern den für eine Industriestadt sehr niedrigen Lohn um einige Pfennige zu erhöhen, lassen die Unternehmer lieber die Bauten verfallen; wohl zu dem Zweck, sie später mit ihrem Dickschädel ganz zertrümmern zu können. Dennoch werden sie bewilligen müssen; der einstimmige, von der Notwendigkeit diktierte Wille der Streikenden wird den stärksten Widerstand überwinden.

Der baugewerbliche Unternehmerverband für die Saargegend hat es sich in den Kopf gesetzt, entgegen dem in Berlin vereinbarten Vertragsmuster, ohne das Wort „tätig“ keine Tarifverträge abzuschließen. Er kalkuliert (im Herbst des vorigen Jahres), auch in diesem Frühjahr würde die Bautätigkeit so flau sein, daß die Unternehmerverbände wieder ein großes Kesselreiben gegen die baugewerblichen Arbeiter veranstalten könnten. Und da sollte in Süddeutschland unter allen Umständen an der vom Unternehmerbund zuerst festgesetzten Fassung des „Vertragsmusters“ festgehalten werden. Unter besonderem Hinweis auf die „den Arbeitsgebern sehr günstige Verhandlungszeit durch die schlechte wirtschaftliche Konjunktur“ sollte der Vorstand des Deutschen Unternehmerbundes veranlaßt werden, den 1908 versuchten Kampf wieder aufzunehmen und der Arbeiterschaft Beträge mit dem Worte „tätig“ und andern Schikanen aufzuzwingen. Es ist jedoch anders gekommen. Der Bundesvorstand mochte nicht und die Propagierung der „Saarabrie“ von der „schlechtesten wirtschaftlichen Konjunktur“ erfüllte sich in diesem Frühjahr nicht. Darob waren sie so verschuppt, daß sie nun für dies Jahr keinen Vertrag mit dem Maurerverband „wollten“; doch waren sie gnäbig genug, „tätigen“ Maurern auch weiterhin 52 S. Stundenlohn zu bieten. Nun ist es zum Kampf gekommen. Der Kampfesstellung der Maurer hat der Unternehmerverband durch die Ausperrung ein Ende machen wollen. Aber er hatte sich auch bei diesem Beschluß über seine Macht getäuscht. Wenn nicht die Maurer mit dem Streik

geantwortet hätten, wäre die Dessenlichkeit kaum etwas von der Arbeitseinstellung gewahrt worden. Erfreulicherweise gingen die Mitglieder des christlichen Verbandes mit unsern Kollegen gemeinsam vor. Es ist zu hoffen, daß auch die Maurer in der weitesten Umgebung, die vielfach von der Notwendigkeit der Organisation noch nicht tief genug durchdrungen sind, gegenüber allen Lockungen der Unternehmer standhaft bleiben.

An der nordischen Wasserfront sollen die baugewerblichen Arbeiter ebenfalls durch Ausperrung von ihrer Ansicht, ein Wort über die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitreden zu wollen, kuriert werden. Hier haben die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 S. gefordert; ferner hatten die Zementierer einige Sperren verhängt, um eine von vertragsbrüchigen Unternehmern im vorigen Herbst durchgesetzte Lohnreduktion wieder wettzumachen. Das ist in den Augen der Unternehmerverbände ein strafwürdiges Verbrechen, das durch die Ausperrung aller baugewerblichen Arbeiter, auch solcher, die mit der Forderung gar nichts zu tun haben, geahndet werden muß. Ja, „muß“! So dachte ein zu solchen Maßregeln gegründeter Baugewerbeverband. Doch auch hier deckt sich das Wollen und Vollbringen nicht. Von etwa 20 000 in Betracht kommenden Arbeitern waren am Ende der letzten Woche rund 7000 ausgesperrt. Einige Unternehmerverbände haben sich direkt gegen den Ausperrungsbeschluß aufgelegt, andere haben sich mit Murren gefügt, wobei sie aber von vielen ihrer Mitglieder im Stich gelassen worden sind. Die Ausperrung ist also vorläufig ein Schlag ins Wasser und dürfte es aller Voraussicht nach auch bleiben. Die direkt an dem Kampf beteiligten Arbeiter sind nicht nur von der Hoffnung, sondern auch von dem starken Willen befeuert, die Forderung unter allen Umständen durchzusetzen.

Wo sich die Unternehmer hart gegen Lohn erhöhungen und sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen sträuben und sogar versuchen, die Arbeiter durch Ausperrungen zu verblüffen, sind sie sich des raschen Konjunkturaufschwungs wohl noch nicht bewußt geworden. Daß ihr Herz noch immer bei der zur Unterdrückung der Arbeiterschaft ermittelten schlechten Konjunktur ist, ist ja verständlich, aber sehr wundern muß man sich doch, daß sie durchaus nicht sehen wollen, was in der Welt vorgeht. Im vorigen Frühjahr durften es die Unternehmerverbände wagen, den Arbeiterorganisationen den Knüttel zu zeigen, und sie haben es ja auch getan. In diesem Jahre ist es nun mal wieder anders. Die Arbeiter drohen ja nicht mit dem großen Knüttel, sie stellen den Unternehmern keine sie demütigende Forderung, sie sperren auch keinen Unternehmer, mit dem sie nicht direkt im Streik leben, weder innerhalb noch außerhalb des Streikgebiets. Trotzdem sie wiederholt provoziert worden sind, vergelten sie nicht Gleiches mit Gleichem. Diese Langmut der Arbeiter geht aber nicht so weit, daß sie sich bei günstiger Gelegenheit nicht rühren, um einige Pfennige Lohnhöhung zu ertlangen. Das sollte den Unternehmern nicht unbekannt sein. Und so wenig sie sich der Einsicht verschließen können, daß wir mitten in einer fotten Bautätigkeit sind, die eine Ausperrung wohl auf kurze Zeit hemmen, aber nicht hindern kann, so wenig sollten sie sich gegen die Bescheidenen, der Notwendigkeit entspringenden Lohnforderung der Arbeiter stemmen.

Die kämpfenden Arbeiter aber mögen zuversichtlich ausstehen und den noch abseits stehenden Berufsgegnossen zeigen, was Solidarietät vermag. Es ist noch so ungemein viel zu tun übrig, der Arbeitsverbien ist noch lange nicht so hoch, um die notwendigen Bedürfnisse zu einem menschenwürdigen Leben befriedigen zu können, so daß unter allen Umständen die jetzige

Konjunktur ausgenützt werden muß, um ein gutes Stück vorwärts zu kommen. Die baugewerbliche Arbeiterschaft hat in diesem Jahre schon manchen Fortschritt gemacht, sie muß aber weiter auf der Bahn, ihre Parole muß sein:

Es geht vorwärts!

Vertragsbrüchige Unternehmervereine in Hamburg.

Bei jeder Gelegenheit kann man hören, daß sich die Unternehmer für besser, gestitteter und anständiger als die Arbeiter halten. Im Gegensatz zu dem „gebildeten“ Publikum wird der Arbeiterschaft vorgeworfen, sie hätte keine Achtung vor Recht und Gesetz und was der Scheltworte mehr sind. Im besondern kommt hinzu, daß den Arbeitern nachgesagt wird, sie seien leicht geneigt, sich über Treu und Glauben in Bezug auf das Arbeitsverhältnis hinwegzusetzen. Jährelang haben wir von führenden Personen in Unternehmerkreisen gehört, die Arbeiter seien nicht vertragswürdig, sie würden Tarifverträge nach Belieben brechen, wenn es ihnen vortheilhaft erschiene. Bei der Zurückweisung solcher Anwürfe haben wir uns immer auf Tatsachen stützen können, die beweisen, daß das Gegenteil richtig ist. Wiederholt haben wir nachweisen können, daß nicht nur einzelne Unternehmer unter Duldung ihrer Organisation verstoßen haben, Tarifverträge außer Kraft zu setzen, sondern daß auch Unternehmerverbände auf Beschluß und mit ausdrücklicher Billigung ihrer Zentralinstanz die mit Arbeiterverbänden abgeschlossenen Verträge mit Füßen getreten haben. Wenn dagegen Arbeiter einmal Verstöße gegen Tarifverträge begangen haben, was ja nicht ganz hinfanzuhalten ist, dann wurden sie von ihren Organisationen sofort zur Ordnung gerufen.

Nun hat sich eine große Unternehmerorganisation wieder einmal mit ihrer zur Schau getragenen „Achtung vor dem Recht“ kläffend ins Gesicht geschlagen. Es ist der Baugewerbe-Verband in Hamburg und Umgegend, der einige ihm angehörende Vereine durch Beschluß gezwungen hat und andre zwingen wollte, die bei ihren Mitgliedern auf Grund von Tarifverträgen beschäftigten Arbeiter auszusperrern, d. h. die Tarifverträge zu brechen.

Es ist nicht das erste Mal, daß solches in Hamburg geschieht, wenngleich die Firma, die jetzt den Verstoß gegen Treu und Glauben inszeniert hat, noch jungen Datums ist. Vor etwa einem Jahre erklärte ein Betonverein, der jetzt unter anderem Namen auch dem Baugewerbe-Verband angehört, einen noch ein Jahr laufenden Vertrag mit den Zementierern einfach für aufgehoben und hielt seine Mitglieder an, den Tariflohn um 5 bis 10 S. pro Stunde zu kürzen. Und die Folgen des damaligen Vertragsbruchs sollen nun angeblich ein Grund zu dem jetzigen Vertragsbruch sein. Als nämlich in diesem Frühjahr der beste Verbündete des Betonvereins — die schlechte Konjunktur — verschwand, haben die Zementierer den Spieß umgedreht und die vorjährige Lohnreduktion mit erhöhten Forderungen beantwortet und zu deren Durchführung mehrere Bauten gesperrt. Ja, Bauer, das ist aber ganz was anders! Wohl konnten die Unternehmervereine, die jetzt den Baugewerbe-Verband bilden, es damals ruhiger Herzens ansehn, daß die Zementierer mittels Vertragsbruchs um ihren Lohn betrogen wurden. Wenn sich aber nun die so mißhandelten Arbeiter wehren und gar noch, den jetzigen Verhältnissen entsprechend, eine Erhöhung des Lohnes über den früheren Stand hinaus verlangen, dann ist das ja ein so unerhörter Vorgang, ein so frevelhaftes Beginnen, das — wenn es nicht anders geht — durch die Ausperrung der gesamten Bauarbeiter, auch der im Tarifverhältnis stehenden, niedergeschlagen werden muß. Das ist die Moral des Baugewerbe-Verbandes

in Hamburg. Fürwahr, ein leuchtendes Beispiel zur Befähigung von „Recht und guten Sitten“!

Ein anderer Grund zur Aussperrung ist dem genannten Verband die Einleitung der Bewegung zur Lohnherabsetzung im Maurer- und Zimmergewerbe. Gegen die Aussperrung an sich in demselben Gewerbe, wo die Arbeiter angreifen, können wir allerdings nichts einwenden. Dem Streikrecht der Arbeiter steht das Aussperrungsrecht der Unternehmer gegenüber. Und wollen die Unternehmer die Hilfe verwandter Berufe heranziehen, so steht ja den Arbeitern das gleiche Recht zur Verfügung. Aber auch hier muß der Kampf halt machen vor Tarifverträgen, wenn die Verträge nicht zur Force werden sollen. Dafür scheint der Baugewerbe-Verband in Hamburg aber gar kein Verständnis zu haben, man möchte glauben, diese Organisation würde von Kindern geleitet oder von moralisch völlig verkommnen Subjekten. Dem Gedanken darf man aber nicht Raum geben, wenn man weiß, welche Leute die Drahtzieher in dem Aussperrungsverband sind. Das erfahren wir zum Teil aus der Bekanntmachung, worin die Aussperrung angekündigt wird, die wie folgt lautet und von einem in Hamburg und im Deutschen Reich im Kreise der Unternehmer sehr angesehenen Manne unterzeichnet ist:

Auf Veranlassung des „Baugewerbe-Verbandes“ zu Hamburg haben die ihm angehörenden 18 Innungen und Vereine folgende Resolution angenommen:

„Falls die Section der Zementierer, die gegen das Betonbaugewerbe verhängten perilschen Streiks und Sperren nicht bis zum Donnerstag, 3. Juni cr., aufgehoben hat und die Arbeiten in den gesperrten Betrieben bis zu diesem Tage nicht wieder aufgenommen sind, oder falls die Verbände der Maurergesellen, Zimmergesellen oder Bauhilfsarbeiter zu den von ihnen angekündigten Streiks und Sperren übergehen, wird unversäglich zu einer allgemeinen Stilllegung der sämtlichen Bauarbeiten (Arbeitsperre) geschritten werden.“

Zur Ausführung dieser Resolution hat der geschäftsführende Ausschuss des „Baugewerbe-Verbandes“ heute beschlossen: daß unter der einen oder der andern Voraussetzung vorsehender Resolution am Sonnabend, 5. Juni cr., mit Feierabend die Stilllegung der Arbeiten im Betonbau, Maurer-, Zimmer-, Gipser-, Plattenleger- und Kunststeingewerbe und am Mittwoch, 9. Juni cr., mit Feierabend die Stilllegung der Arbeiten in allen übrigen Branchen des Baugewerbes eintritt.

Hamburg, 2. Juni 1909.

Baugewerbe-Verband zu Hamburg
B. Lummert, Vorsitzender.

Herr B. Lummert ist, wie schon angedeutet, kein irgendwo hergelaufener Narr. Er ist ein seit Jahren in der Öffentlichkeit stehender Mann, der private und öffentliche Ehrenämter bekleidet und der auch das Schwabenalter längst hinter sich hat. Lummert ist nicht nur Vorsitzender des Baugewerbeverbandes, sondern er ist auch Vorsitzender des „Vier-Städte-Bundes“ Hamburg-Altona-Bandscher-Harburg für das Maurer- und Zimmergewerbe. Dieser Vier-Städte-Bund ist Mitglied des „Deutschen Arbeitgeberbundes“ für das Baugewerbe, und Lummert ist Vorstandsmitglied dieses Bundes. Als solcher hat Lummert teilgenommen an den Verhandlungen im Frühjahr 1908 in Berlin; er hat mitgewirkt beim Zustandekommen des Vertragsstufens zwischen den Verbänden der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter einerseits und dem genannten Arbeitgeberbund andererseits. Lummert hat zwar für Hamburg und Umgegend keinen Vertrag mit den Maurern, Zimmerern und Bauhilfsarbeitern haben wollen, aber er ist mit aller Entschiedenheit dafür eingetreten, daß, soweit es der Wunsch der Unternehmer sei, der Arbeitgeberbund Verträge von den Arbeitern erzwingen solle. Lummert hat auch im vorigen Jahre in Hamburg durch Aussperrungsandrohung Verträge erzwingen helfen. Er muß daher die Bedeutung der Verträge kennen; er muß wissen, daß man nicht heute Verträge schließen kann, um sie morgen zu brechen. Es wäre traurig um sein Denken bestellt, wenn er das nicht wüßte.

Trotz alledem ist Lummert heute der Hauptmann der Vertragsbrecher. Er in erster Linie ist verantwortlich für obigen Maaß, wodurch eine Reihe von Unternehmervereinen gezwungen worden ist, die mit den Arbeiterorganisationen ihres Gewerbes geschlossenen Tarifverträge zu brechen. Soweit bis jetzt bekannt geworden, sind es die Unternehmervereine der Gipser, Plattenleger, Steinhauer, Dachdecker und Klempner, die sich des Rechtes begeben haben, vertragsstreu genannt zu werden.

Herr Lummert, dem Verträge mit Arbeitern nichts sind, wenn es ihm gerade in den Kram paßt, ist, wie schon gesagt, auch öffentlich ehrenamtlich in Hamburg tätig; er ist Mitglied der Bürgerkammer, des Hamburgischen Landtags und Stadtverordnetenkollegiums. Das gleiche Amt bekleiden Steinhauermeister F. Reimer und die Klempnermeister Guitknecht und Köhn. Auch diese drei Herren spielen eine Hauptrolle in dem Baugewerbeverband; sie sind mit Lummert die Hauptmacher der Aussperrung und des Vertragsbruchs. Wenn sie über die „Verderblichkeit“ der Arbeiterschaft zitiern, besetzen sie beinahe vor Selbstgefälligkeit und Augenheftigkeit; während sie nun vor aller Öffentlichkeit zeigen, daß sie nicht einmal die Grundregeln über Treu und Glauben zu betätigen vermögen.

Die Aussperrung wird ja wahrscheinlich in den Gewerken, wo vorher keine Lohnunterschieden bestanden, noch ein Nachspiel haben. Es ist nicht anzunehmen, daß sich die Arbeiter diese Maßregel gefallen lassen, ohne die Rechnung dafür zu präsentieren. Sicher wird auch die Aktion des Baugewerbeverbandes gegen die Lohnbewegung der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter erfolglos verpuffen. Wenn Lummert und Genossen geglaubt haben, einen großen Zug zu machen, so hätten sie sich bald in die Lage der Gerber versetzt sehen, denen die Felle weggeschwommen sind. Für die Arbeiter ist die Situation wahrlich nicht so, daß sie durch die Aussperrung in Angst und Schrecken zu geraten brauchen; sie waren auf alles vorbereitet und haben danach ihre Maßnahmen getroffen. Nichtsdestoweniger mußte die Handlung der Unternehmervereine gebührend gekennzeichnet und beim richtigen Namen genannt werden, damit die weiteste Öffentlichkeit erfährt, was Geistes Kinder die Leute sind, die über die „Sittenverderblichkeit“ der Welt Krokodilstränen vergießen und Staat und Gesellschaft vor dem „Terrorismus“ der Arbeiterorganisationen retten wollen.

Die „Reform“ der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung.

II.

Für die Vorschläge des Entwurfs, betreffend die Änderung der inneren Verfassung der Krankenkassen, macht die Begründung hauptsächlich geltend: einmal „das Eindringen äußerer, namentlich parteipolitischen Einflüsse in das Kassenwesen“ und sodann „die ungünstige Stellung der Arbeitgeber infolge der gesetzlichen Verteilung des Stimmrechts bei der Kassenverwaltung“. Die Begründung behauptet, die Reichsregierung sei im Besitz umfangreichen Materials dafür, „daß in vielen Ortschaften die Versicherten ihr Uebergewicht zu politischen Zwecken ausnützen“. Ein Teil dieses Materials rühre von den Aufsichtsbehörden der Kassen und von staatlichen Verwaltungsbehörden her, „denen füglich Sachkenntnis und unbefangene Beurteilung nicht abgesprochen werden könne“.

Es ist zu verlangen, daß die Regierung dieses ganze Material veröffentlicht, damit die Kritik zu ihrem vollen Rechte kommt. Was die Behörden anbelangt, so möchten wir bemerken, daß sie, wie jahrzehntelange Erfahrung lehrt, im allgemeinen noch nicht den Beweis erbracht haben, daß sie den Geist, den Charakter, die Tätigkeit der politischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, in erster Linie der sozialdemokratischen, wirklich unbefangen, objektiv und gerecht zu beurteilen vermögen. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Ihre diesbezüglichen Urteile und die Behandlung, die sie der organisierten Arbeiterschaft angedeihen lassen, bezeugen oft ein erhebliches Maß von Unverständnis, Antipathie und Mißtrauen, nicht selten auch eine im Grunde mit Mangel an Sachkenntnis stehende Gehässigkeit und feindselige Stimmung gegen die organisierte Arbeiterschaft. Auch in der uns hier beschäftigenden strittigen Frage stehen die Behörden mit verhältnismäßig wenigen Ausnahmen auf der Seite des Teiles der Unternehmer, der eine „ordnungspolitische“ Aufgabe darin erblickt, gegen die organisierte Arbeiterschaft unter Verleumdungen und unbegründeten Verdächtigungen zu gehen. Die scharfmacherische Aktion gegen den vorgeblichen „parteilichpolitischen Mißbrauch“ innerhalb der Verwaltung der Ortskrankenkassen gehört zu dem gegen jede freie und selbständige solidarische Betätigung der Arbeiter überhaupt gerichteten System.

Natürlich will die Begründung unter den Versicherten, die vorgeblich „mißbräuchlichen parteipolitischen Einflüsse“ in den Ortskrankenkassen ausüben, sozialdemokratische Arbeiter verstanden wissen.

Schon vor einigen Jahren hat der Vorstand des Verbandes der Ortskrankenkassen es sich angelegen sein lassen, der Verleumdung, daß die „sozialdemokratischen Leitungen“ der Kassen diese letzteren „für ihren parteipolitischen Zweck mißbrauchen“, durch eine Umfrage bei den Arbeitgebervertretern der Ortskrankenkassen vorzulegen zu begegnen. Arbeitgebervertreter von 424 Kassen mit 1703 858 Mitgliedern beantworteten die gestellten Fragen. Und das Resultat? Die Frage, ob Sozialdemokraten im Kassenvorstand sitzen, wurde von 166 bejaht, von 184 verneint. Bei dem Rest lautete die Antwort unbestimmt. Differenzen wurden von 393 Kassen verneint und nur von 25 bejaht. Es handelt sich bei diesen Differenzen zwölfmal um Anstellungen von Beamten, fünfmal um Vergütung von Druckerbehalten, des weiteren um die Wahl des Vorsitzenden und um rücksichtslose Behandlung der Arbeitgeber. Keine

bieser Differenzen wird den sozialdemokratischen Vertretern zur Last gelegt. Von den 1524 Angestellten der Kassen werden 201 als Sozialdemokraten bezeichnet. Eine „Vorurteilung von Sozialdemokraten“ bei der Beamteneinstellung wird nur von 17 Antworten bejaht. Die Frage, ob Kassenmittel zu sozialdemokratischen Zwecken verwendet worden sind, wird durchgehend verneint. Und fast alle Antworten heben hervor, daß „sozialdemokratische Beeinflussung der Kassengeschäfte“ nicht wahrgenommen worden ist.

Uebrigens ist selbst die Begründung der Tatsache Erwähnung, daß bei den vom Reichsamt des Innern veranlaßten Besprechungen mit Vertretern der Kassenverwaltungen „eine Anzahl der erschienenen Arbeitgeber das Vorhandensein parteipolitischer Mißbräuche nachdrücklich in Abrede gestellt“ hat.

Das gewissenlose Scharfmacherium folgend den „parteilichpolitischen Mißbrauch“ aus der Tatsache, daß in einem Teile solcher Kassen Sozialdemokraten beschäftigt sind. Deshalb versucht man diese Kassen zu „politischen“ Einrichtungen im Dienste der Sozialdemokratie zu stempeln. Der Schwindel dieser Art ist ja nicht neu. Solange Mißgänger bürgerlicher Parteien an der Leitung von Krankenkassen und Gewerkschaften, Konsumvereinen usw. sind, solange sie die Mehrheit in den Gewerkschaften und haben, solange ist „alles gut“. Da fällt es keinem ein, aus diesem Umstande „parteilichpolitischen Mißbrauch“ zu folgern. Aber sobald Sozialdemokraten einer derartigen Organisation vorstehen, wird gegen sie der Vorwurf „parteilichpolitischen Mißbrauchs“ ihrer Stellung erhoben.

Ein Beweis dafür, daß „politischer Mißbrauch“ der Kassen durch Sozialdemokraten stattgefunden hat, ist bis jetzt von keiner Seite erbracht worden. Auch die Reichsregierung wird ihn nicht erbringen können. Ihr kommt es ja denn auch lediglich darauf an, einen Vorwand zu haben für ihr Bestreben, die Selbstverwaltung der Kassen zu vernichten. Lediglich diesem Zwecke soll die „Gleichstellung der Rechte und Pflichten zwischen Arbeitgeber und Versicherten“ dienen. Keinem andern! Die Hälfte der Vertreter Arbeiter, die andere Hälfte Arbeitgeber! Voraussetzung dabei ist natürlich, daß letztere in der Regel imstande sein werden, mit Hilfe eines oder einiger „braven“ Arbeitervertreter die Majorität zu haben. Unter diesem Gesichtspunkte ist auch zu beurteilen, daß der Entwurf absteht von der Einführung eines „unparteilichen“ Vorsitzenden, wie die Gewerbe- und Kaufmannsgesellschaften und die Schiedsgerichte ihn haben. Der Vorsitzende im Vorstande soll durch übereinstimmende Wahl beider Teile, der Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber, eingewählt werden. Nur subsidiär, für den Fall und auf so lange, als sich beide Gruppen nicht einigen, läßt der Entwurf den Vorsitzenden durch den zuständigen Kommunalverband ernennen. Von Wichtigkeit ist noch, daß an die Stelle der Generalversammlung der Krankenkassen allgemein ein von der Gesamtheit der Versicherten und derjenigen der Arbeitgeber gewählter Ausschuss treten soll, und zwar, wie die Begründung sagt, weil „allzu zahlreich besetzte Mitgliederversammlungen erfahrungsgemäß für eine sachliche und förderliche Behandlung der Geschäfte einer Körperschaft wenig geeignet zu sein pflegen“. Darüber würde sich unter rein objektiven Gesichtspunkten reden lassen, wenn sich nicht auch mit diesem Vorschlage ganz offenbar die Tendenz verbände, den bestimmenden Einfluß der Arbeiterschaft auf die Kassen möglichst einzuschränken. Es müßte doch wenigstens für gewisse Fälle die maßgebende Entscheidung durch Mitgliederversammlungen sichergestellt werden.

Der Entwurf will weiter die Beziehungen der Krankenkassen zu ihren Beamten und Angestellten neu regeln. Im jetzigen Krankenversicherungsgesetz kommen da in Betracht zunächst die für Orts-, Betriebs-, Bau- und Innungskrankenkassen geltenden Bestimmungen des § 42, wonach die Mitglieder des Vorstandes sowie Rechnungs- und Kassaführer der Kasse für pflichtgemäße Verwaltung haften wie Vormünder ihren Mündeln; handeln sie abfällig zum Nachteil der Kasse, so unterliegen sie der Bestimmung des § 266 des Strafgesetzbuches. Nach § 45 überwaht die Aufsichtsbehörde die Befolgung der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften und kann sie durch Androhung, Festsetzung und Vollstreckung von Ordnungsstrafen gegen die Mitglieder des Kassenvorstandes erzwingen. Was speziell die Anstellungsverhältnisse der Kassenangestellten anbelangt, so regeln sie sich nach den allgemeinen Bestimmungen des bürgerlichen Vertragsrechts.

Das bestehende Gesetz geht von der Tendenz aus, das Schwergewicht der Führung der Kassengeschäfte in

die ehrenamtliche Verwaltung zu legen; der Entwurf erstreckt eine gefestigte Disziplinierung der Angestellten nach dem Vorbilde des Staats- und Kommunalbeamtenwesens. Er kommt damit reaktionären Bestrebungen des Zentrums entgegen, die im Reichstage bereits bei der Beratung der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz vom Jahre 1903 scharf hervorgetreten sind und zum Teil auch bereits damals durch Mehrheitsbeschlüsse sanktioniert wurden. Damals hatte die Kommission auf Vorschlag des Zentrums beschloffen, dem § 42 eine Bestimmung hinzuzufügen dahingehend, daß jede Kasse eine Dienstordnung zu beschließen habe, durch welche die Rechtsverhältnisse und die allgemeinen Anstellungsbedingungen der Kassenbeamten geregelt werden, und daß diese Dienstordnung sowie die späteren Änderungen derselben der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden unterliegen.

Sowohl von Seiten der Sozialdemokraten als auch der Freisinnigen ist der Vorschlag energisch bekämpft worden als ein schwerer Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Kassen. Ist eine Dienstordnung von der Genehmigung der Aufsichtsbehörde abhängig, so wird damit dieser Behörde eine mit dem Selbstverwaltungsrecht unvereinbare außerordentliche Gewalt eingeräumt, die dem schlimmsten Mißbrauch dienen kann. Die von der Kommission beantragte Vorchrift wurde denn auch nicht in die Novelle aufgenommen; doch beschloß die Mehrheit eine Resolution, in der die verbündeten Regierungen zur „demnächstigen Ordnung“ dieser Frage aufgefordert werden.

Der Entwurf der Reichsversicherungsordnung schlägt nun unter ausdrücklicher Berufung auf diese Resolution vor, daß für die Angestellten der Orts-, Land- und Innungskassen, die nicht nach Landesrecht als Staats- oder Kommunalbeamte angesehen sind, eine Dienstordnung aufgestellt wird, und zwar unter Mitwirkung (Genehmigung) des Versicherungsamts und des Oberversicherungsamts. Die Dienstordnungen sollen namentlich enthalten: Bestimmungen über den Besoldungsplan, die Zahl der Angestellten, das Ansehen in höhere Stellen, die Strafen bei Dienstvergehen, die Voraussetzungen der Kündigung und Entlassung. Für Kassen mit mehr als 10 000 Mitgliedern kann das Oberversicherungsamt nach Anhörung des Rassenvorstandes bestimmen, daß mindestens die geschäftsleitenden Angestellten auf Lebenszeit oder nach Landesrecht unwiderruflich angestellt werden. Diesen Angestellten sollen die Rechte und Pflichten von Staats- und Kommunalbeamten übertragen werden! Die Landesregierung kann allgemein die Anforderungen bestimmen, welche die Dienstordnung an die geschäftliche Befähigung der mit der Kassen- und Rechnungsführung beschäftigten Angestellten, oder Beamten stellen muß. Ueber die Anstellung der unter der Dienstordnung stehenden Angestellten der Ortskrankenkassen soll die Mehrheit der beiden Gruppen der Vorstandsmitglieder (Versicherte und Arbeitgeber) beschließen. Kommt ein solcher Beschluß nicht zustande, so soll einfache Stimmenmehrheit im Vorstande genügen, dieser Beschluß aber der Bestätigung durch das Versicherungsamt bedürfen. Bei den Betriebskrankenkassen soll der Betriebsunternehmer auf seine Kosten und Verantwortung die zur Geschäftsführung erforderlichen Angestellten bestellen.

Es ist klar, daß diese Vorschläge dazu dienen sollen, in Verbindung mit den bereits mitgeteilten und kritisierten Bestimmungen, betreffend die Abänderung der inneren Verfassung der Krankenkassen („Fernhaltung unberechtigter äußerer Einflüsse“), das Selbstverwaltungsrecht durchaus zu vernichten. Alles, was die Selbstverwaltung zu halten und zu fördern vermöchte, soll aus dem Wege geräumt werden. Und dabei ist noch ein sehr bössartiger Hintergedanke zu berücksichtigen: die Absicht, die Beamtenstellen in den Ortskrankenkassen möglichst mit zivildienstverpflichteten berechtigten Personen, mit Militärärzten und verabschiedeten Offizieren zu besetzen. Diesen Elementen will man die besten Stellen reservieren. Ein neues, von den Behörden abhängiges Beamtenamt mit öffentlichem Charakter, mit den Rechten und Pflichten von Staats- und Kommunalbeamten will man schaffen. Da müssen natürlich die Arbeiter aus dem Wege geräumt werden. Für die Arbeiter bleibt in der Hauptsache nur noch die Pflicht des Zahlens.

Auch in den die Hilfskassen betreffenden Vorschlägen des Entwurfs tritt eine stark reaktionäre Tendenz hervor, und zwar im Gegensatz zu dem im Jahre 1907 dem Reichstage zugegangenen, aber noch nicht zur Beratung gelangten zweiten Entwurf eines Gesetzes über die Hilfskassen. Dieser Entwurf will nur das Schwindelkassenunwesen treffen. Der Entwurf der Reichsversicherungsordnung aber hat es

darauf abgesehen, den Hilfskassen die Existenz zu erschweren, um sie so zu beseitigen. Die Begründung behauptet, es müsse dafür gesorgt werden, „daß nicht Ersatzorganisationen zum Nachteil derjenigen Einrichtungen bevorzugt werden, die der Regel des Gesetzes entsprechen“. Da wird denn zunächst das „Privilegium“ ins Auge gefaßt, „das Hilfskassen aus § 75 des Krankenversicherungsgesetzes beifügen“. Es handelt sich hier um die Bestimmung, wonach Mitglieder solcher freien Hilfskassen, welche mindestens dieselben Leistungen gewähren wie die von der Gemeindeversicherung zu gewährenden, von der Verpflichtung, einer reichsgesetzlichen Krankenkasse anzugehören, befreit sind. Der Hilfskassengesetzentwurf von 1907 tastet dieses sogenannte „Privilegium“ nicht an; er stellt nur noch einige weitere Anforderungen im Interesse der Versicherten, die jede solche Hilfskasse erfüllen könnte, und die sehr viele dieser Kassen schon jetzt erfüllen. Die Reichsversicherungsordnung jedoch will das „Privilegium“ brechen, d. h. den Hilfskassen Erschwerungen auferlegen. Sie läßt deren innere Verfassung und ihre Stellung zur staatlichen Aufsicht unberührt, um sie desto rücksichtsloser in ihren materiellen Existenzbedingungen zu treffen. Da kommen hauptsächlich folgende Bestimmungen in Betracht:

Versicherungsvereine, denen als eingeschriebene Hilfskassen eine Genehmigung nach § 75 a des Krankenversicherungsgesetzes (daß sie den Anforderungen des § 75 genügen) vor dem 1. April 1909 erteilt worden ist — wonach also neue solche Kassen nicht mehr zugelassen werden! — sollen auf ihren Antrag nur noch als Ersatzkassen zugelassen werden, sofern sie mindestens eintaufend Mitglieder haben und einigen neuen Anforderungen genügen.

Die Hilfskassen sollen ausnahmspflichtig sein. Sie sollen den Beitritt Versicherungspflichtiger nicht von ihrem Lebensalter, Geschlecht oder Gesundheitszustand abhängig machen dürfen. Der Beitritt darf keinem Versicherungspflichtigen verweigert werden, wenn er zu dem Personenteile gehört, für den der Versicherungsverein nach seiner Satzung errichtet ist. Durch diese Beseitigung des sogenannten „Privilegs“ aus § 75 des Krankenversicherungsgesetzes hofft der Entwurf, bewirken zu können, daß die Hilfskassen „den Bestand der territorialen Ortskrankenkassen nicht gefährden oder beeinträchtigen“.

Für versicherungspflichtige Mitglieder einer Ersatzkasse sollen auf ihren Antrag die eignen Rechte und Pflichten als Mitglieder der Orts-, Betriebs- oder Innungskrankenkasse, der sie angehören, ruhen. Solange dieses der Fall ist, haben sie keinen Anspruch auf die Leistungen solcher einer Kasse und können bei derselben weder Stimmrechte ausüben, noch Ehrenämter bekleiden. Ihre Arbeitgeber haben jedoch unter Fortfall des Beitragsanteiles des Versicherten den eignen Beitragsanteil an die Krankenkasse einzuzahlen. Es soll also, genauer und deutlicher ausgedrückt, die Zugehörigkeit der Arbeiter zu einer Hilfskasse den Arbeitgeber nicht mehr von der Annahme und Beitragspflicht zur zuständigen Pflichtkasse befreien und bewirkt werden, daß die Versicherten keine Rechte und Pflichten gegen die Pflichtkasse haben.

Es ist ohne weiteres klar, daß sich diese Vorschläge gegen die Existenz der Hilfskassen richten. Mit diesen Worten legt die Begründung des Entwurfs die Erwägung nahe, „ob bei der Neugestaltung der Krankenversicherung überhaupt noch ein Platz für die Zulassung der Hilfskassen als Ersatzkassen gegeben sei, und ob dafür ein ausreichendes Bedürfnis bestehe“. Diese Erwägung läßt an tendenziöser Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Politische Umschau.

Vor der Entscheidung der Reichsfinanzreformfrage. — Protestbewegung. — Die Verdrängung auf der Steuerfrage. — Ein Herrenhauswunder. — Staatsbetrüger. — Ein Arbeitgeberbund. — Arbeiterschutz im In- und Ausland. — Das Kottenhehl.

Wenn unsern Lesern diese Nummer unseres Blattes zugeht, wird der Reichstag wieder zusammengetreten und wahrscheinlich schon in die entscheidenden Verhandlungen über die Reichsfinanzreform eingetreten sein. Im Laufe der verfloffenen Woche haben die Finanzminister der Einzelstaaten in Berlin eine Konferenz abgehalten, um Stellung zu den Beschlüssen der Rumpffinanzkommission des Reichstags zu nehmen und sich über eventuelle weitere Ersatzsteuervorschläge schlüssig zu machen. Ueber die Resultate dieser Konferenz, die „geheim“ gehalten werden sollten, ist bis jetzt noch nichts Gewisses in die Öffentlichkeit gedrungen. Es verlautet nur, daß die Herren die vom Reichshausamt ausgearbeiteten Entwürfe

über eine Erbschaftsteuer genehmigt, dagegen von der Einbringung einer Wertzuwachssteuer beim Reichstage Abstand genommen und die von der Finanzkommission beschlossene Rotierungssteuer abgelehnt hätten. Zu den sonstigen Vorschlägen der Kommission (Steuer auf Rindhöfner, Glühkörper, Parfümieren usw.) sollen die Beschlüsse des Reichstags abgewartet werden.

Die Protestbewegung gegen die Beschlüsse der Rumpffinanzkommission ist immer mehr angewachsen. Ob sie Erfolg haben wird, ob sich im Reichstage eine Majorität findet, die den neuen unerhörten Belastungen, die dem Volke, dem Handel, dem Verkehr und der Industrie zugebracht sind, ihre Zustimmung versagt, bleibt abzuwarten. Niemand möge wagen, in diesem Punkte ein Prophet sein zu wollen! Wie die Dinge liegen, ist jede Kombination, jede Voraussage sehr gewagt. Man kann nur mit gewissen Wahrscheinlichkeiten rechnen. So mit der, daß die Nationalliberalen und die Freisinnigen es schließlich doch noch fertig bringen, umzufallen und auf Grund einer „Verständigung“ hinter den Kulissen mit der konservativ-liberalen Koalition gemeinsame Sache zu machen. Daß die Nationalliberalen geneigt sind, einzulenken und einen Schacher mitzumachen, das haben ihre leitenden Organe in den letzten Tagen ziemlich deutlich durchblicken lassen.

Die leitenden Organe der Konservativen und des Zentrums vertreten nach wie vor die Ansicht, daß die Regierung der konservativ-liberalen Koalition keinen ernstlichen Widerstand bereiten werde. Damit dürften sie leider auch wohl recht behalten.

Fallen die Blockaden nicht um, und halten die Polen und Antisemiten fest an der Bundesgenossenschaft mit den Konservativen und dem Zentrum, so wird es sich bei der endgültigen Entscheidung im Plenum allerhöchstens um eine Mehrheit von 15 Stimmen handeln können, vorausgesetzt, daß das Haus voll besteht ist, daß nicht ein Abgeordneter auf der einen oder der andern Seite fehlt.

Es sind ernste, sehr bewegte Tage, die bevorstehen. Nach der Antikündigung der „Kreuzzeitung“ ist die konservativ-liberale Koalition fest entschlossen, die Finanzreform in 14 Tagen zu erledigen — das heißt, sie durchzusetzen, wie vor einigen Jahren der Zollrat unter Vergewaltigung der Minorität, unter Nichtachtung der Geschäftsordnung durchgepeitscht worden ist. Diesem parlamentarischen Mehrheits-Terrorismus werden natürlich sich wenigstens die Sozialdemokraten mit äußerster Entschiedenheit widersetzen.

Gespannt darf man zunächst darauf sein, was der Reichszähler und Herr Spöhm dem Reichstage zur Rechtfertigung ihrer unerhörten Haltung dem neuen Blod gegenüber zu sagen haben werden.

Die erste Sache hat auch ihre humorvolle Seite: In den Berichten der Finanzkommission sind die Steuerorschläge aufgezählt, die steuerfindige Narren und Wichtigtuer direkt der Kommission oder dem Reichstage gemacht haben. Es sind ihrer viele Duzende. Darunter finden sich: Besteuerung von Mauersteinen, Gips, Schaufenstern und Wohnungsfenstern; von Schirmen und Stöden und Papier; eine Spielfsteuer; eine Menschengewichtssteuer für alle Personen über 200 Pfund; eine Erbschaftsteuer; eine Besteuerung der Kinderlosigkeit; eine Dienstbotensteuer; die Eingehung eines Teils der Kratgelber in Restaurationen, Hotels und dergleichen vom Gast zu Reichsgeldern — und was dergleichen feuerpolitischen Wahnwitz mehr ist. Eine Klosettsteuer fehlt unter den Vorschlägen; der Vorschlag wäre ja auch nicht neu, er ist schon abgewiesen; aber es nähert sich ihm eines: die Steuer auf Eisenbitrol, mit dem sämtliche Aborte geruchlos zu machen sind!

In wie vielen armen schwachen Hirnen guter Patrioten mag die Finanzreformfrage verwirrend gewirkt haben! Die Steuerberücktheit hat, wie wir mitgeteilt haben, ja auch im preussischen Dreiklassenparlament ihre Blüte getrieben. Man hat da u. a. einen Fahrradstempel beschlossen. Und nun hat sich ein unbegreiflich hohes Wunder ereignet: die Finanzkommission des preussischen Herrenhauses hat bei der Beratung des Stempelsteuergesetzes eine der unsinnigsten und unschärfsten Steuern, den Fahrradstempel, mit allen gegen eine Stimme ohne weiteres von der Liste der Stempelarten gestrichen!

Wenn das kein Wunder im politischen Leben Preussens Deutschlands ist, dann gibt es keines mehr! Die preussische Unterkammer ist einmal verständiger als das preussische Dreiklassenparlament. Freilich mögen sich die „Herren“ nicht einbilden, damit auch nur den hunderttausendsten Teil ihrer gewaltigen Sündenschuld am Volke tilgen zu können. In den letzten Wochen sind Duzende neuer Beweise dafür erbracht worden, daß das preussische Großgrundbesitzertum, das sich so vorzüglich auf den gefestigten sanktionierten Lebensmittelschacher verleiht, auch selbst in der Kunst, den Staat durch Steuerhinterziehung in der freiesten und unverschämtesten Weise zu betrügen, ohne daß die Behörden, die genau um diesen Betrug wissen, dagegen einschreiten. Professor Debrüß hat festgestellt, daß es sich bei diesen Betrügereien um viele Millionen handelt. Selbst der konservativste, aber nicht völlig agrarische „Reichsbote“ steht sich an

folgenden Bemerkungen genügt: „Jeder ehrliche Mensch wird solche Staatsbetrügereien verurteilen. Als unglaublich aber muß es angesehen werden, daß Staatsbeamte diese Betrügereien begünstigen oder so tun, als wüßten sie nichts, und dadurch den Staatsbetrug begünstigen, während alle geringeren Leute, namentlich Arbeiter, Beamte, Lehrer, Geistliche, bis auf den letzten Großen zur Steuer herangezogen werden. So etwas macht viel böses Blut, namentlich in solchen Zeiten, wo der Staat seine Steuern erhöht, sie in verstärktem Maße in direkter und indirekter Weise auf die ärmeren und mittleren Klassen legt und deren Arbeitsverdienst belastet.“

Freilich, freilich! Ach, es gibt leider noch so große Volksmassen, die gar keine Ahnung davon haben, wie schamlos das Volk von gewissen auf „Bildung und Besitz“ pochenden Elementen betrogen wird. Wäre jedem Arbeiter, jedem Angehörigen des Mittelstandes die schändliche Auswucherungs- und Betrugswirtschaft, die am Volke geübt wird, schon so recht zum Bewußtsein gekommen, so wäre eine Reichstagsmehrheit, wie die jetzige, nicht möglich.

Wenn der Arbeiter gemeinsam mit seinen Berufs- und Klassenangehörigen für seine Interessen eintritt, wird er immer der frivolen Betrügereien und der Unterdrückung sein. Öffentliche Gewalt, „staatsverbaltende“ Parteien, Unternehmertum stehen gegen die Arbeiter. Diesem Zwecke soll auch die Gründung eines Bundes der Arbeitgeber dienen, die die deutsche „Arbeitgeber-Zeitung“ jetzt wieder vorschlägt.

„Der Bund bezweckt, alle gewerblichen Arbeitgeber ohne Rücksicht auf ihre parteipolitische Zugehörigkeit und auf die Eigenart ihrer gewerblichen Betätigung zusammenzuschließen, um ihnen eine der wirtschaftlichen Bedeutung des Unternehmertums entsprechende Vertretung in den parlamentarischen Körperschaften und damit gleichzeitig denjenigen Einfluß auf die sozialpolitische Gesetzgebung zu verschaffen, der ihnen im Interesse der Wohlhabender-nationalen Güterzeugung unbedingt zugubilligen ist.“

Das heißt, der Arbeitgeberbund soll das Zustandekommen von Gesetzen zugunsten der Arbeiter verhindern. „Kein gründlicher Arbeiterchutz“ und „Nieder mit dem Koalitionsrecht der Arbeiter“, das ist und bleibt die Parole der Schornfischer im Unternehmertum.

In Oesterreich hat die Arbeiterbewegung einen kleinen Erfolg zu verzeichnen, der allerdings noch gesichert werden muß. Von dem volkswirtschaftlichen Ausschuss des Abgeordnetenhauses wurde eine Resolution des Sozialdemokratischen Witzyl, der die achtstündige Arbeitszeit in den galizischen Hüttenwerken wünscht, mit 15 gegen 14 Stimmen angenommen.

In Frankreich tritt das Projekt einer Altersversicherung für Arbeiter wieder schärfer hervor. Nachdem dieses Projekt schon einige Jahre hindurch „ertrugen“ worden ist, namentlich, um damit Arbeiterwähler für die bürgerlichen Parteien einzufangen, kommt jetzt endlich ein greifbarer Vorschlag. Senator Cuviniot hat im Auftrage einer Senatskommission einen Entwurf ausgearbeitet, der

die Grundlage werden soll zu einer Einigung zwischen Kammer, Regierung und Senat. Natürlich wird auch das Werk Cuviniots sich noch manche Aenderung gefallen lassen müssen, aber ein Blick auf die Grundlinien des neuen Gesetzes ist immerhin auch jetzt schon interessant.

Versicherungsberechtigt und verpflichtet sind alle männlichen und weiblichen Arbeiter und Angestellten in Industrie, Handel, Arbeiterverbänden, freien Berufen, Landwirtschaft und ferner die häuslichen Dienstboten. Sie erhalten mit 65 Jahren eine feste Jahresrente von 120 Frs. Sie haben im übrigen Anspruch auf eine Alterspension und gegebenenfalls eine Invalidenrente. Rechnet man die Arbeiter ab, die schon besonderen Pensionsystemen angehören, wie die Bergleute und die Arbeiter der Versicherungsgesellschaften, so kommt man bei dem neuen Gesetz auf etwa 11 Millionen pensionberechtigter Franzosen. Die Angestellten haben jährlich 6 Fr. (monatlich 50 Ctm.) beizutragen, die Arbeiter 9 Fr., und der Staat macht in besonderen Zuschüssen die Pensionsbeträge voll. Der Beitrag, den der Dienstherr für das Gelingen an den Staat zahlt, ist ganz unabhängig vom Wechsel der Dienstboten. Diese selbst flehen ihre Beiseiter in Stempelmarken auf ein Gefäß, das von den Aufsichtsbeamten geprüft wird. Der Arbeiter, der von 15 bis zum 65. Jahre seine vorchriftsmäßigen Einzahlungen gemacht hat, würde zunächst einen Pensionsanspruch auf 110,25 Frs. haben. Dazu kommen eine Drittelzulage aus Staatsmitteln von 36,75 Frs. sowie einige andre Zuschüsse nach besonderen Bestimmungen. Der Betrag der Dienstrente würde auf diese Weise 207 Frs. erreichen. Zahl der Rentempfänger einen Jahresbeitrag von 9 oder 12 Frs. anstatt 6 Frs., kann er auf eine Pension von 340 bis 400 Frs. zählen.

Die Belastung des Staates würde natürlich bedeutend sein. Doch wenn, wie es der Plan der Regierung und der Wasserpatrioten ist, bis 1919 nicht weniger als drei Milliarden für neue Kriegsschiffe ausgegeben werden sollen, so werden wohl auch noch Mittel für ein soziales Werk beschafft werden können. Allerdings ist an dem guten Willen der bürgerlichen Parteien sehr zu zweifeln.

Zum Schluß unsrer heutigen Uebersicht mögen unsre Leser sich „erbauen“ an einer Aufstellung der Flottenkosten der europäischen Großmächte. In einer „Ergänzung zum Aprilheft der „Revue Maritime“, begleitet der Schiffingenieur Luigi Barbieri auf Grund sehr eingehender und zuverlässiger Berechnungen die Kosten, die die europäischen Großmächte, sowie die Vereinigten Staaten, in den letzten vier Jahren für ihre Flotten aufgewandt haben.

Es belaufen sich die Flottenausgaben für das laufende Finanzjahr (1909/10) auf:

64,7 Millionen Franks in Oesterreich,	
129,0 „ „ „ Italien,	
249,5 „ „ „ Rußland,	
317,0 „ „ „ Frankreich,	
498,0 „ „ „ Deutschland,	
709,8 „ „ „ Vereinigten Staaten,	
807,9 „ „ „ England.	

In den letzten vier Finanzjahren (1906, 1907, 1908, 1909) sind im ganzen aufgewandt worden von:

Oesterreich	246,6 Millionen Franks
Italien	478,6 „ „
Rußland	1035,1 „ „
Frankreich	1229,9 „ „
Deutschland	1559,3 „ „
Vereinigte Staaten	2292,0 „ „
England	3136,8 „ „

Alles in allem haben somit in den letzten Jahren die beteiligten sechs Seemächte für ihre Flottentüftung die stattliche Summe von 9978,3 Millionen, das heißt nahezu zehn Milliarden Franks, ausgegeben. Hierbon entfällt allein auf die beiden größten Seemächte, England und die Vereinigten Staaten, beträchtlich mehr als die Hälfte der Gesamtsumme. Der Rüstungswahnsinn in seiner ganzen Furchtbarkeit spricht aus diesen Zahlen. Und immer aufs neue und immer härter macht er sich geltend — zum Unheil der Völker!

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Hamburg (Aussperrung aller Arbeiter des

Baugewerbes;

Schleswig-Holstein:

Apenrade (Streik);

Mecklenburg:

Sülze (Sperrung über Holdorf), Lübbethen (Sperrung über

das Kaliwerk);

Brandenburg:

Crossen a. d. Oder (Streik), Lehnin (Abwehrstreik),

Bad Schönflöss (Aussperrung), Fürstenwalde

(Sperrung über Pätz);

Pommern:

Pyriz (Streik), Treptow a. d. Rega (Sperrung über

Paul Witke), Rügenwalde (Sperrung über Schirmer

und Leichter), Bergen a. R. (Sperrung über Radolf

Wahl in Binz), Wolgast (Sperrung über Peters in

Lübarsdorf), Alt-Damm (Sperrung über Böttcher);

Ost- und Westpreussen, Posen:

Schlochau, Koschmin (Streiks), Latowitz (Sperrung

über die Unternehmung Laube und Kempen),

Gerswalde (Sperrung über Mursch), Konitz,

Vandsburg, Marienwerder, Lissa (Differenzen);

Königreich Sachsen:

Leipzig (gesperrt sind: Marien & Kunze, Bahnhofs-

bauten, Mülsen (Sperrung über E. Meier, Ortmanns-

dorf und F. Döhn, Mülsen-St. Niklas), Schkenditz

(Sperrung über Reiwand in Cursdorf), Borsdorf

(gesperrt sind die Bauten der Unternehmer

Wilhelm in Borsdorf und Hanke in Paritsch),

Zittau (Sperrung über Hüske in Weigsdorf),

Bautzen (Sperrung über Scheibel), Reichenbach i. V.

(gesperrt sind die Unternehmer Mothes, Seidel

und Seifert in Lengenfeld), Ebersbach (Sperrung

über die Bauten des Baumeisters Hauke),

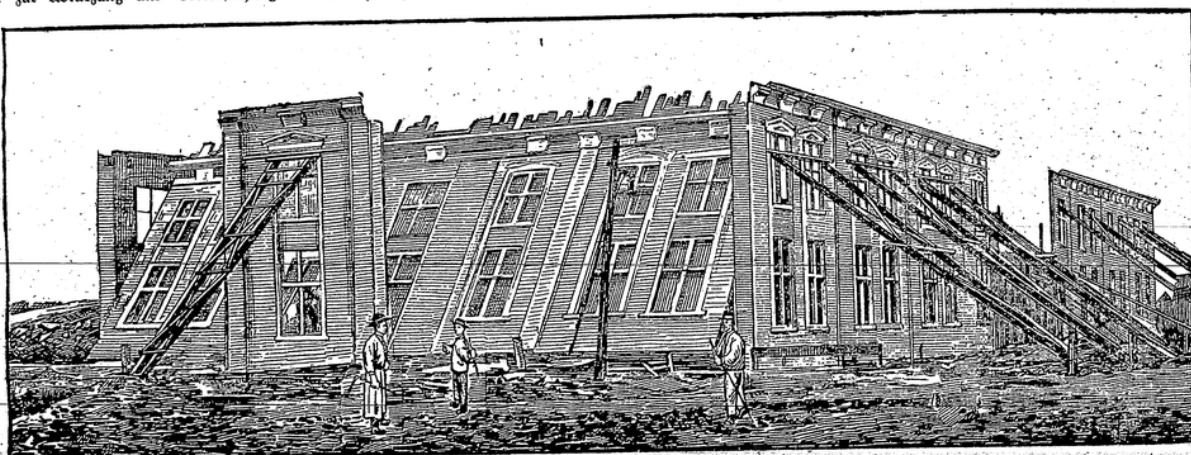
Kirchberg (Streik);

Ein neues System des Betonbaues.

Von Fred Hood.

(Nachdruck verboten.)

Man muß es den Amerikanern lassen, daß sie viel für die Entwicklung des Betonbaues getan und namentlich manche Arbeitsweise zur Abfertigung und Vereinfachung der Bau-



arbeit erbracht haben. Wie sie in der maschinellen Herstellung von Betonbaublocken die ersten waren, so treten sie auch jetzt wieder mit einem völlig neuen System des Betonbaues hervor, das sich nach dem Erfinder, Ingenieur R. S. Witten, als Witten-System bezeichnen will. Witten ist offenbar von dem Grundsatze ausgegangen, daß man ebensogut wie man Gesteinsblöcke, Möhre oder dergleichen auf der Baustelle aus Beton fertigt, um sie sofort an Ort und Stelle zu verlegen, auch eine ganze Mauer mit allen Verstärkungsseilen, den Gesimsen, Fensterumrahmungen usw. in horizontaler Lage gießen kann; man hat sie dann nur aufzurichten und mit den Nachbarmauern zu verbinden. Die Sache klingt, namentlich wenn man größere Gebäude ins Auge faßt, zunächst etwas romantisch, fast möchte ich sagen, etwas amerikanisch; aber

die Konstruktion wird in amerikanischen Fachzeitschriften so genau beschrieben und in anschaulichen Illustrationen an einem ausgeführten Beispiele dargestellt, daß an der praktischen Durchführung, selbst in größerem Maßstabe, nicht zu zweifeln ist.

Die ersten nach Witten System ausgeführten Bauten wurden für die Staatsmiliz in Camp Perry in Ohio errichtet. Auch das Kasino, eines der größten Häuser der Gruppe,

wurde in gleicher Weise gebaut. — Die Hauptaufgabe besteht darin, die einzelnen Mauern dermaßen in horizontaler Lage herzustellen, daß sie bei ihrem Aufrichten sofort mit dem Sockel genau an die für sie bestimmte Stelle kommen, so daß man also die fertig abgeordneten Wände nicht weiter zu befestigen, sondern eben nur aufzurichten braucht, so etwa, wie man eine am Boden liegende Leiter emporrichtet. Wollte man dieses Bild allerdings nicht, denn die Wand wird nicht zu ebener Erde, sondern auf einer etwa 90 cm

über der Erde liegenden Plattform hergestellt, die sich beim Aufrichten der Mauer mit dieser auf der einen Seite hebt, auf der andern um 90 cm senkt. Die Plattform besteht aus einer größeren Zahl kräftiger Gitterträger, die in Entfernungen von etwa 1,50 m angeordnet und mit Beton bedeckt werden. Diese Plattform ruht auf Böcken von kräftiger Konstruktion, die mit geeigneten, nach der Art

der Baugewinde konstruierten Hebezeugen ausgestattet sind. Diese Plattform ist nun an den vier Enden mit 10 cm hohen Seilen versehen, welche mit der Bohlenplatte die Guss- oder Stampfform bilden. In derselben Weise sind die Fensteröffnungen durch Leisten ausgepart. Das kräftige Hauptgestirn mit weit vorspringenden Konsolen und die reich verzigten Fensterverdachungen sind vorher gegossen. Sie werden auf der Plattform an zutreffender Stelle verlegt und mit eingestampft. Es kommt ein Beton aus einem Zement, andererseits bis zwei Teilen Sand und vier Teilen Steinschlag zur Verwendung, der zunächst in einer Stärke von etwa 5 cm aufgebracht wird. Auf diese Schicht kommen zur Armierung kreuzweis gelegte schraubenförmig gedrehte Stahlfäden, die in Entfernungen von

Provinz Sachsen und Anhalt:

Coswig, Wettin a. d. S. (Streiks), Dessau (Abwehrstreik), Salzwedel (Aussperrung), Walsenfeld (Sperrung über die Unternehmung Menzel und Schiedt), Halle (Sperrung über Iffland in Passendorf), Aken (Sperrung über Karl Karthäuser);

Schlesien:

Bannau (Sperrung über die Torschranfabrik von Hoffmann & Co.), Märzdorf (Sperrung über Schneider in Peiskerau und Scheuvel in Grebelwitz), Laskowitz (Sperrung über Schmidt & Fabich), Jauer, Müllers (Streiks);

Thüringen:

Schlotheim (Streik), Arnstadt (Sperrung über O. Gressler), Ronneburg (Sperrung über Kretschmar), Sachsa (Sperrung über Buchholz in Braunlage);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg:

Ahlten b. Lohrte, Lilienthal, Sarstedt, Walsrode, Neuhaus a. d. E. (Streiks), Sulingen (partielle Streiks), Landkreis Linden, Holzwinden (Aussperrungen), Bückeburg (Sperrung über Krauss), Hannover (Sperrung über die Firma Berger & Co. aus Bromberg), Nordenham (Sperrung über die Bauten des Metallwerks), Harburg (Sperrung über die Bauten der Unternehmung Aldag und Buhr in Langenbeck und Rönneburg), Vechta (Differenzen);

Westfalen und Rheinland:

Bonrath, Viersen, Vebert, Heiligenhaus, Tönning, Billerbeck, Ahlen-Bork-Stein, (Streiks), Saarbrücken und Umgegend (Aussperrung), Minden (Sperrung über Ackmann in Obernkirchen), Düsseldorf (Sperrung über Riese), Elberfeld (Sperrung über Decker & Stöver), Herborn (Sperrung über Kinn aus Gießen);

Hessen-Waldeck:

Neustadt a. M., Biebesheim, (Streiks), Büttelborn (Sperrung über Kuhlmann und Kraus), Bad Soden (Sperrung über den Unternehmer Christian);

Bayern:

Ansbach, Zirndorf (Streiks), Oberkotzau, Würzburg (Aussperrung);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Pforzheim (Streik), Worms (Sperrung über Schmidt);

Karin- u. Feurungsarbeiter:

München (Gespart ist die Firma Joseph Houtzer für folgende Arbeitsplätze: Harburg in Schwaben (Märkerwerke), Haunstetten b. Augsburg (Spinnerei Martin & Co.), Grube Sofia bei Stockheim in Thüringen).

Fliesenleger:

Mülheim-Ruhr (Sperrung über Möhlenbruck & Matheis), Köln und Düsseldorf (Sperrung über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kürbbaum aus Bonn).

Isolierer und Steinholzleger:

Leipzig (Sperrung über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Moltkestr. 23), Köln (Sperrung über die Korkelthwerke), Chemnitz (Sperrung über Ziegner & Fritzsche), Hamburg (Aussperrung), Berlin (Sperrung über die Filiale der Gesellschaft „Fama“).

Oesterreich:

Bozen, Komolan, (Streiks).

Schweiz:

Zürich (Streik der Fliesenleger).

Flunkerei und Heulmeierei in Unternehmerkreisen.

„Der Lärmende Kampf im Jahre 1910“ wird von Woche zu Woche in härteren Dosen als letzter Köder ausgeworfen — besser gesagt: als Schreckmittel verbreitet. — um die immer noch große Zahl der abseits stehenden Baugewerbetreibenden in die Unternehmerverbände hinein zu drängen. Denn das eigentliche Interesse der Unternehmer an diesen Organisationen ist ungleich geringer als das der Arbeiter an ihren gewerkschaftlichen Verbänden. Landauf, Landab werden Flugblätter verbreitet, woraus man das Gruseln vor dem „von den Arbeiterverbänden in Aussicht genommenen Kampfe“ lernen könnte. An die „Gerren Arbeitgeber aus dem Baugewerbe und verwandten Berufen in Rheinland“ wird von Köln aus bis hinter Raing ein Flugblatt verbreitet, worin prophezeit wird, „daß wir im Frühjahr 1910 voraussichtlich einem Lohnkampf entgegengehen, wie er wohl je kaum erlebt worden ist“. 50 Millionen Mark Streikgelber und 2½ Millionen Arbeiter sieht der Flugblattschreiber schon gegen sich und seine Kollegen gerichtet.

Allen voran im Messerwehen und Aufschneiden ist, wie immer, der Unternehmerverband in der „Kohlenziste“. Gelegentlich einer Zusammenkunft zwecks Aussperrung irgend einer Arbeitergruppe würde ebenfalls angekündigt, daß mit Ablauf des jetzigen Tarifvertrages im ganzen Bezirk ein schmerzlicher Kampf entbrennen würde. Die Scharte vom letzten Vertragsabluß müßte von den „Arbeitgebern“ wieder ausgefüllt werden. Bezüglich der Arbeitszeit dürfe auch nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt werden. Im Gegenteil müßte in manchen Orten um jeden Preis eine Verlängerung der Arbeitszeit durchgeführt werden. Als Vertragsstempel dürfe nicht mehr der 1. April, sondern müsse unter allen Umständen der 1. Januar festgesetzt werden. Was die Verhandlungsfrage betreffe, so soll beim „Arbeitgeberbund für das Baugewerbe“ beantragt werden, die Verhandlungen in Zukunft nur noch zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen zu führen. Jede Sinnfälligkeit „sogenannter Unparteilichkeit“ müsse bestimmt abgelehnt werden. Auf keinen Fall dürfen die Vertragsverhandlungen wieder unter irgendwelchen unparteilichen Vorständen geführt werden, da Einigungsbestrebungen aufstrebender Personen stets zur Folge haben, daß die Arbeitgeber ein Entgegenkommen zeigen müssen. Der Einfluß der Arbeitgeberorganisation könne aber nur gestärkt werden, wenn diese unter Fernhaltung Dritter mit den Arbeiterorganisationen verhandle. Es müßten alle Mittel angewandt werden, um jeden Bauunternehmer des Bezirks dem Arbeitgeberbund zuzuführen und alle Vorbereitungen zum Kampfe zu treffen. Durch Hinterlegung von Konventionalbeträgen müßte jeder Bauunternehmer gezwungen werden, die

Beschlüsse des Arbeitgeberbundes auch vollständig durchzuführen.

Wir verhehlen uns keineswegs, daß es im nächsten Frühjahr zu einem ernstlichen Zusammenstoß kommen kann. Aber etwas anders, als es sich die Herren in dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet ausmalen, dürfte es doch wohl werden. Immerhin ist es gut, wenn unsere Vertragsfreunde rechtzeitig vom Sturm blasen und das Feldgeflügel bekannt geben. Bei unsern Kollegen wird die Panfare ja nicht unbeachtet verhallen.

In dem durch seine Kapriolen bekannten Geistesmünder Unternehmerorgan hat wieder einmal ein Geistesgepörl das Wort erhalten, dessen Produkt wir als abjehrendes Beispiel von Gehirnverrenkung hier folgen lassen. Ein Auszug aus der Würde würde den Genuß schmälern, sie muß genossen werden wie sie ist:

„Das Recht auf Streik. Überall im deutschen Lande hat eine Streikbewegung eingesetzt, die lähmend und hemmend, stellenweise sogar vernichtend, das Baugewerbe bedroht. In den größeren Städten nehmen mit vorrückender Jahreszeit die Arbeiter eine immer drohendere Haltung ein. Was wollen sie nun eigentlich? Das alte Lied revolutionärer sozialistischer Arbeitermassen: Mehr Geld und weniger Arbeit, und wo der Arbeitgeber das nicht ohne Murren, ohne mit der Wimper zu zucken, bewilligt, da droht der Streik, als seine Folge, Aussperrung, Vernichtung wirtschaftlicher Werte, ja, Vererbung des Volkvermögens um viele Millionen.“

Gut die Arbeiterkraft nun überhaupt das Recht, ohne weiteres die Arbeit niederzulegen? Juristisch betrachtet, zweifellos, moralisch keineswegs. Die Verneinung der Frage vom moralischen Standpunkt aus ist oben bereits indirekt ausgesprochen, insofern, als wir darauf hinweisen, daß durch einen Streik große wirtschaftliche Werte dem Nationalvermögen vorgeblich und geraubt werden. Wer will sich das Recht anmaßen, das Volk zu veranlassen, aus seiner wirtschaftlichen Kraft Millionen herauszupressen für eine Idee, der der größte Teil des Volkes fernsteht, für eine Erhöhung der Bezüge andererseits, für eine Erleichterung des Lebens anderer? Wer will das Volk zwingen, daß es sich finanziell für die Interessen einer Gruppe sozialistischer und radikalistischer verheerender Menschen interessiert? Nun, eben diese sozialistisch und radikalistisch verheerender Arbeiterkraft zwingen ihre Volksgenossen hierzu, nicht etwa nur ihre Arbeitgeber. — Was aber bedeutet der Zwang, mit dem man einem Teil des Volkes, und zwar dem größeren, Summen abpreßt, auf die man keinen Anspruch hat? Das ist Terrorismus gemeinster Art! Was bedeutet Diebstahl am Nationalvermögen? Verrat an Volksgenossen, das schärfste Verbrechen, dessen sich ein Mensch schuldig machen kann; Verrat am Vaterland, dessen Finanzkräfte um Millionen geschmachtet werden, Verrat an allem, was einem ehrlichen Manne heilig ist.

Giebt zum Vaterland, Verantwortung dem Volksgenossen gegenüber, kennt man sie noch in den Reihen der Arbeiterkraft? Man möchte fast zweifeln, wenn man sieht, mit welcher Gleichgültigkeit, mit welcher Indolenz der Streik oft vom Baue gebrochen wird. Dennoch aber wollen wir sie dem Arbeiter nicht absprechen. Dann aber ist zu bedauern, daß sich so viele Kaufleute deutscher Arbeiter von einigen wenigen Disputanten der menschlichen Gesellschaft, die auf Kosten der Arbeiter ein Herrenleben führen wollen. Glückwahr, es ist das ein schlagender Beweis, daß unsere Arbeiterkraft noch recht unminig ist, auf recht

15 cm voneinander verlegt werden. Auf diese kommt wieder eine 5 cm starke Betondecke, welche sich mit den Eisenstäben fest verbindet, so daß die ganze Wandstärke 10 cm beträgt. Die Wand wird auch zugleich in horizontaler Lage verputzt, und zwar ist bei dem Rastbau die Fußhöhe aus einem Teil weißen Zements und einhalb Teilen weißen Sandes hergestellt worden.

Die fertiggestellte Mauer blieb nur 48 Stunden in der Form liegen, dann traf man die nötigen Vorkehrungen, das Ganze aufzurichten. Obwohl es sich um ein zweistöckiges Gebäude handelte, war die Sache weit einfacher als man annehmen sollte. Eine Maschine von fünf Pferdekraft, die mit den Bodwinen in Verbindung gesetzt wurde, veranlaßte die Plattform, sich nebst Wand um eine horizontale Achse zu drehen und so die Wand vollkommen vertikal aufzustellen. Die Stützen unter der Plattform waren so angebracht, daß der Mauerfuß genau an die für ihn bestimmte Stelle auf der Erde schwenkte.

Fünf bis sechs durch Andreaskreuze oberhalb der Fensterumrahmung befestigte Stäbe steifen die Mauer außen ab, so daß man die Plattform entfernen und für die Konstruktion der nächsten rechtwinklig zur fertiggestellten Mauer stehenden Außenwand verwenden konnte. Dieser Vorgang wiederholte sich, bis alle Umfassungsmauern errichtet waren.

Die Verstärkungsstäbe traten an den Ecken ein Stück vor und griffen hier übereinander. Sie wurden dann außen zusammengekehrt und durch Beton verkleidet. Innen wurde ein achthöckeriges Brett gegen den Windel gelegt und mit Beton hinterfüllt, so daß auch die Fuge hier vollkommen gedeckt war. In kaum drei Tagen war der Rohbau des Rastbauhauses vollendet.

Für den inneren Bau wurde das gleiche Material verwendet. Man stellte Tragpfeiler von 20:20 cm Stärke und 8,20 m Höhe her. Auf diese wurden die armierten Betondecken von 4,5 m Länge und 20:20 cm Stärke verlegt. Auf diese Balken kamen dann nur noch Deckenplatten von 90:90 cm Breite und 64 mm Stärke. Die Eiseneinlage dieser Platten besteht aus 80 mm starken, schraubenförmig gedrehten Eisenstäben, die in Entfernungen von 15 cm verlegt sind. — Beachtenswert ist auch die Herstellung dieser Platten. Die Form bestand aus einer Sandbettung, die man durch Reiten eingestampft hatte, warierte man nur zehn Minuten, legte dann ein starkes Papier auf die ein wenig erhöhte Platte, be-

festigte darauf die Handlücke, stellte die nächste Platte her, auf dieser wieder die nächste in gleicher Weise usw., wobei man in der vorgeschriebenen Anordnung stets die Eisenstäbe in die Form einlegte. Wäßen hat hier das System durchgeführt, alles, was es zu seinem Rohbau braucht, aus Eisenbeton herzustellen, und zwar direkt auf der Baustelle.

Nun sind die Platten durchweg bereit gefertigt, daß überall die Stäbe mit einem Zentimeter herausgreifen und sich an den Stoßstellen auf dem Balken überkreuzen. Unter jede Fuge wurde nun provisorisch ein Brett gebracht und dann überall dünnflüssiger Beton eingegossen, so daß dieser sich fest mit den Platten und den Eisenstäben verband. Hierbei wurde, wie bei allen derartigen Fällen, der bereits erhärtete Beton gründlich angestrichelt, ehe der dünnflüssige Zementbeton eingegossen wurde. Diese Platten haben aber nur eine konstruktive Aufgabe zu erfüllen. Nachdem alles abgeputzt war, wurde nun über die ganze Decke ein Betonfußboden gestreut, und zwar derart, daß derselbe einschließend der untergelegten Platten eine Gesamtdicke von 15 cm erhielt. Selbstverständlich kann dieser Beton ziemlich mager gehalten sein.

Ein Hauptvorteil dieses Systems besteht darin, daß keine Arbeiterkolonne auf die andere zu warten braucht, denn während der eine Teil der Leute eine Mauer aufrichtet, kann der andere die nächste Mauer auf der Plattform stampfen und wieder eine dritte Kolonne mit der Herstellung der Deckenplatten beginnen.

Nun hat man natürlich die Frage aufgeworfen, in welchem Maße dieses System für Bauteile größerer Dimensionen anwendbar sei.

Es muß einleuchten, daß im Grunde auch Mauern von größerer Ausdehnung und stärkerer Belastung auf dieselbe Weise konstruiert werden können, sofern nur das verfügbare Gerüst, die Stäbe, die Hebevorrichtung usw., entsprechend stark konstruiert werden. Daraus ergibt sich, daß man Betonbauten großer Dimensionen buchstäblich zu ebener Erde, einschließend aller Gesimse, Friese und des inneren Rahmenwerks, herstellen konnte; und wenn eine Mauer zu stark oder zu umfangreich ist, um sie in einem Stück zu gießen oder zu stampfen, so könnte sie immer noch in drei, vier oder mehr Teile zerlegt und dann in derselben Weise aufgerichtet werden. Bei den gegenwärtigen gebräuchlichen Baumethoden geht viel Zeit durch das Befördern der schweren Bauteile verloren, und diese Beförderung erfordert bedeutende Kosten. Es ist nach-

gewiesen, daß durch das Aufrichten der ganzen Mauer ein weit geringerer Kostenaufwand erforderlich wird. Aber andererseits ist auch zu berücksichtigen, daß erheblich an Arbeitslohn für den Bau von Gerüsten gespart wird und daß die ganze Arbeitsweise eine bequemere ist, wenn die ganze Mauer in horizontaler Lage zugänglich gemacht wird.

Die amerikanischen Ingenieure, welche die Bauausführungen in Camp Perry beaufsichtigen, sind sich darüber einig, daß die Methode für mannigfache Aufgaben sehr empfehlenswert sei. Unter anderem äußert sich O. B. Parsons, der Staatsingenieur von Ohio, in folgender Weise:

„Diese Bauten sind praktisch und ökonomisch, da sie einer großen Holzverschwendung entgegenwirken und die Konstruktion sehr tragfähiger Mauern unter sparsamer Verwendung des Materials zulassen. Baut man eine Mauer auf diese Weise, so bleibt die Betonmischung gleichmäßiger, als wenn man sie von einem Gerüst herab in die Form gießt. Auch kein Wippen der Flächen bietet die Methode großen Vorteil, da ein Mann hier mehr leisten kann, als ein halbes Dutzend auf dem Gerüst. Das Binden des Putzes macht auch keine Schwierigkeit, da derselbe auf den Beton aufgebracht wird, während dieser noch feucht ist.“

Ich habe jedoch einige Bedenken, ob die Statik auch das Stampfen der Mauer in liegender Form als eben so günstig ansehen werden, wie in stehender Form. Im Prinzip soll eigentlich eine tragende Konstruktion gleich an Ort und Stelle aufgebaut werden, das heißt in der Lage, in welcher sie von den angrenzenden Räumen in Anspruch genommen wird. Es kann daher einige Bedenken erregen, tragende Konstruktionen von größerer Ausdehnung und bedeutender Belastung in der geduldeten Weise nach dem Stampfen herumzuschwenken, wobei jedenfalls, zumal bei dem großen Gewicht der Körper, Spannungen auftreten, die während der horizontalen Lage der großen Körper nicht in Frage kommen. Indessen sind diese Bedenken wohl mehr theoretischer Natur — der Amerikaner scheint durch diese Stempel nicht beunruhigt zu werden, und bei Baugliedern von geringerem Belastung dürften dieselben auch weniger ins Gewicht fallen. Es ist anzunehmen, daß das neue System auch bei uns Eingang finden wird.

tiefer Stufe steht, ein Beweis, daß das Selbstvertrauen des Mannes, das ihm für den Kampf um Dasein so nötig ist, noch abgeht. Gälte er das, er würde dem Agitator, der ihn zum Verrat seiner Pflichten, zum Verrat am Volksgenossen, zum Raub am Nationalvermögen verleiten will, dahin jagen, wo der Pfeffer wächst. Das kann er nicht, weil er, einem ummündigen Kinde gleich, glaubt, nicht allein seine Interessen betreffen zu können. Das ist tief bedauerlich und es wäre vielleicht nicht der Fall, daß unsere Arbeiter auf so niedriger Stufe stünde, wenn der Staat mehr Mittel gehabt hätte, die kulturelle Lage des Arbeiterstandes zu heben. Diese Mittel sind ihm durch Streiks zum großen Teil genommen oder vorbehalten worden, und die Sozialdemokratie hat daher kein Recht, dem Staat vorzuwerfen, er tue nach dieser Richtung hin nicht genug für die Arbeiter. Wenn das Geld da gewesen wäre, dann wäre vielleicht noch mehr getan worden, als bisher tatsächlich schon getan wurde. Denn daß der Wille hierzu vorhanden ist und schon seit Jahren vorhanden ist, ist zu Genüge bewiesen worden.

Der Arbeiter hätte nun zweifellos ein Recht zum Streik, wenn er den Nachweis bringen kann, daß seine wirtschaftlichen Forderungen vom Arbeitgeber unerfüllt bleiben, das heißt, wenn er trotz seiner fleißigen Arbeit nicht soviel verdient, daß er seine und seiner Familie Existenz garantiert sieht, wenn vor allen Dingen der Arbeitgeber die Kraft des Arbeiters in unnormaler Weise ausbeutet. Wenn der freie Arbeiter entrechtet, bedroht in seiner Existenz zu einem Ausbeutungsobjekt eines einzelnen, zum Lohnflaven in des Wortes wahrster Bedeutung herabstürzt. Wenn er dann von seinem Arbeitgeber als Volksgenosse vom Volksgenossen fordert: Gib mir genug Brot, mein Weib, meine Kinder hungern, ich muß sie satt machen, und kann es jetzt nicht, gib mir menschenwürdige Behandlung, denn ich bin Mensch wie du, so hat er hierzu ein heiliges Recht. Wenn er fordert: Gib mir meine persönliche Unabhängigkeit als Mensch, gib mir meine Freiheit, denn ich bin ein freier Arbeiter und habe die meine Arbeitskraft freiwillig verkauft, um damit zu wuchern, weil ich andres Ware, andres Kapital, das mir zins tragen könnte, nicht habe, so hat er hierzu nicht nur ein gesetzliches Recht, sondern ein hohes moralisches Recht sogar. Wenn diese seine berechtigten Forderungen nicht erfüllt werden, dann freilich bleibt ihm kein anderer Weg als der Streik, der moralisch vollst. berechtigte Streik. Niemand dürfte sich dann unterziehen, den Verlust an Werten, der durch solchen Streik verursacht wird, als Raub am Nationalvermögen anzusehen. Nein, dieser Streik ist ein Kampf um die Menschenwürde, ein Kampf um Leben und Tod, vielmehr Tausender von Volksgenossen. Die Allgemeinheit hat die Pflicht, diesen Kampf zu unterstützen durch Vergabe von Mitteln, von Geld; die verloren gehenden Werte müssen daher ohne weiteres auf die Rechnung allgemeiner Ausgaben für Volkswohl gesetzt werden.

Gaben wir denn nun aber im deutschen Vaterlande solche Verhältnisse, solche Ausbeutung der Arbeitskraft, eine solche Veräußerung der Freiheit, eine solche Entrechtung und Knechtung von Volksgenossen durch Volksgenossen? — Wer das behaupten will, muß den Beweis hierfür antreten, und die es bisher behauptet haben, sind den Beweis schuldig geblieben, sie sind Lügner! Daß unsere Arbeiterkraft zu gesteht ist, daß sie ein menschenwürdiges Dasein ihren Verhältnissen angemessen führen kann, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Wer will den Beweis liefern, daß die Arbeitgeber nicht bereit ist, die berechtigten Forderungen der Arbeiter nach Lohn und Verfürgung der Arbeitszeit zu bewilligen? Hat sie nicht in den letzten Jahrzehnten entsprechend der Verteuerung der Lebensbedürfnisse den Lohn der Arbeiter verdoppelt, verdreifacht, ja vervierfacht? Das kann niemand bestreiten.

Kurz, wir sehen, daß die moralische Berechtigung zum Streik nicht bewiesen werden kann, daß der Streik ein Vergehen am Volkswohl ist. Daß er auch, vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, unnützlich ist, das zu beweisen, behalten wir uns vor, ebenso wie wir über das Recht auf Aussperrung uns in nächster Zeit äußern werden.

Auf die weiteren Genüsse dieser Art darf man sich wohl freuen.

Telegramm:

Schiedspruch des Gewerbegerichts München.

Der vom Arbeitgeberverband obligatorisch und mit Zwangsmitteln eingeführte Arbeitsnachweis ist tarifwidrig und deshalb aufzuheben. Die vom Maurerverband über München verhängte Sperre ist ebenfalls ein Verstoß gegen den Tarif und ist ebenfalls aufzuheben.

Gau Berlin.

Nachstehend geben wir den Bericht über den Verlauf der Bewegung im Gau bis zum 1. Juni 1909.

In **Mitrow** wurde eine Lohnreduzierung von 38 auf 40 % gefordert. Die Verhandlungen wurden in Gegenwart des Geschäftsführers des Unternehmerverbandes für Medienburg geführt und brachten einen vollen Erfolg durch Abschluß eines Vertrages auf Grund des für Medienburg aufgestellten Vertragsmodells.

Für **Wienberg** waren dieselben Bedingungen gefordert wie für Mitrow. Der für diesen Bezirk in Frage kommende Unternehmer, Maurermeister Schröder-Wienberg, schloß sich den Abmachungen an, die für Mitrow vereinbart sind. Er wollte jedoch das für Medienburg aufgestellte Vertragsformular nicht unterschreiben. Da der Lohn von 40 % gefordert wird, auch die übrigen Nebenforderungen durchgeführt sind, haben wir auf den offiziellen Vertragsabschluß verzichtet.

In **Gassen** gelang es durch Verhandlungen, den Lohn von 35 auf 37 % zu erhöhen. Der dort abgeschlossene Vertrag gilt bis zum 31. März 1910.

Auch in **Neumeg** schlossen die Kollegen einen Vertrag bis 31. März 1910, der eine Lohnreduzierung von 2 % enthält und eine Regelung der Ueberarbeitbarkeit vorsieht.

Die **Frankfurter** Kollegen forderten Lohnreduzierung auf 53 % und stellen auch einige Nebenforderungen auf. In der Verhandlung lehnte es der Unternehmerverband ab, den geforderten Einheitslohn vertraglich festzusetzen, erklärte sich aber bereit, eine mündliche Vereinbarung zu treffen, dahingehend,

daß der bisherige Durchschnittslohn von 48 % auf 50 % erhöht wird. Das Angebot wurde von unseren Kollegen angenommen. Ein Vertrag ist nicht abgeschlossen.

In **Zielfeld** wurde eine Lohnreduzierung von 33 % auf 37 % und der Fortfall der bisherigen Kündigungsfrist gefordert. Auch hier lehnte es der Unternehmerverband ab, einen Vertrag abzuschließen. Die mündliche Vereinbarung lautet: Bis zum 31. März 1910 soll der Lohn 35 % betragen. Die Kündigungsfrist bleibt bis dahin bestehen. Im nächsten Winter treten beide Parteien zusammen, um den Lohn für 1910 festzusetzen, der dann nicht unter 37 % betragen soll. Der Unternehmerverband will inzwischen Erhebungen anstellen, inwiefern in anderen Lohnbezirken noch Kündigungsfristen bestehen. Bei der nächsten Verhandlung soll dann auch dieser Frage nähergetreten werden.

In **Triebel** lehnten es die Unternehmer zunächst ab, wegen der Lohnreduzierung auf 42 % mit uns zu verhandeln. Als dann die Arbeit eingestellt wurde, kam es nach neunwöchigem Streik zum Vertragsabschluß, der eine Lohnreduzierung von 1 % pro Stunde und einige Verbesserungen der Nebenbedingungen brachte. Unser Verein bestand dort erst ein halbes Jahr. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß sich die Kollegen mit diesem Teilerfolg zufrieden gaben, obwohl hier bedeutend mehr herausgeholt hätte werden können, wenn die Kollegen einen festeren Willen bekundet hätten.

Die **Schwitzer** Kollegen legten den inorganisierten Unternehmern ihres Bezirkes einen Vertrag vor, der die gleichen Positionen wie der 1908 mit dem Unternehmerverband vereinbarte Tarif enthält, nämlich Lohnreduzierung am 1. September 1909 um 1 % und eine Stunde Vergütung an den Tagen vor den hohen Festen. Diese Bedingungen wurden von allen Unternehmern bis auf einen anerkannt, doch wird auch dieser dazu noch zu bewegen sein.

In **Wittenberge** und **Lyden** kündigten die Unternehmerverbände die bestehenden Verträge und legten neue Entwürfe nach dem Schema des Musterarbeits vor, die in beiden Bezirken die wesentlichen Bedingungen des alten Vertrages enthielten. Nach mehreren Verhandlungen, die sich hauptsächlich um die reaktionellen Änderungen der Nebenbedingungen drehten, stimmten beide Parteien einem Vertrage zu, der bis zum 31. März 1910 gilt und eine Verbesserung der Löhne nicht enthält.

Der **Rehdenicker** Unternehmerverband legte das Vertragsmuster mit einer Reihe von nicht unwesentlichen Verschlechterungen vor. Gegenforderungen waren unsererseits nicht gestellt worden, weil die Konjunktur nicht derartig war, daß auf ihre Durchführung gerechnet werden konnte. Es gelang uns dann, auf dem Verhandlungswege die geplanten Verschlechterungen zurückzuweisen. Der Vertrag gilt bis zum 31. März 1910 und enthält den alten Lohn und die früheren Nebenbedingungen.

In **Freienwalde** sind Forderungen ursprünglich von uns nicht gestellt worden. Die Unternehmer kündigten den Vertrag und legten einen neuen Entwurf vor, der Absätze aus dem Vertragsmuster und eine Lohnreduzierung von 2 % pro Stunde enthielt. Da inzwischen die Unternehmer aus dem „Deutschen Bund“ ausgetreten waren, lehnten wir zunächst das Vertragsmuster ab und verlangten als Gegenforderung einen Einheitslohn von 50 % für das ganze Lohngebiet. Unter diesen Umständen wären wir bereit gewesen, auf die bisherige Lohnabgabe von 3 % pro Stunde zu verzichten. Nach mehreren Verhandlungen zogen die Unternehmer ihre geplanten Verschlechterungen zurück. Ein Vertrag, der einige unwesentliche Änderungen im Wortlaut, sonst aber die alten Bedingungen enthielt, wurde bis zum 31. März 1910 geschlossen.

Für die drei Zweigvereinsbezirke **Königswinterhausen**, **Gr.-Weßen** und **Teupitz** hatte sich ein Unternehmerverband gebildet, der als erste Tat die Kündigung der Verträge vornahm und das Vertragsmuster mit einer Lohnreduzierung von 5 % in jedem Bezirk vorlegte. In den Verhandlungen am 1. Mai waren die Unternehmer nicht zu bewegen, die Reduzierung fallen zu lassen. Mit Ablauf der alten Tarife wurden dann auf allen Baustellen die Löhne reduziert. Als wir darauf zwei Unternehmer angriffen, drohte der Unternehmerverband mit der Aussperrung aller organisierten Maurer. Dann griff der Vorstand des Deutschen Arbeiterbundes ein, der einen „Waffenstillstand“ herbeiführte, bis eine neue Verhandlung in Berlin stattgefunden hätte. Die Unternehmer zahlten wieder die alten Löhne und wir hoben die Sperren auf. Bei der Verhandlung in Berlin, an der Vertreter der Zentralinstanzen beider Parteien teilnahmen, gelang es dann, eine Einigung zu erzielen. Die alten Stundenlöhne werden weiter gezahlt. Die Bezahlung der Ueberstunden sowie der Nacht- und Sonntagsarbeiten wurde für Maurer und Zimmerer einheitlich geregelt. Die bisherige Vergütung an den Tagen vor den hohen Festen ist in Wegfall gekommen. Auch dieser Vertrag läuft bis 31. März 1910.

In **Straubenz** hatten wir durch Sperren erst im vorigen Herbst eine Lohnreduzierung abgewehrt. Trotzdem kündigten die Unternehmer im März plötzlich an, daß sie wieder die Absicht haben, eine Lohnreduzierung von 5 % vorzunehmen. Als die Arbeit dann bei einem Unternehmer begann, legten die Kollegen die Arbeit nieder. Am nächsten Tag sperrten alle drei Unternehmer aus. Nach wenigen Tagen gelang es dann aber, einen Vertrag abzuschließen, der die alten Lohnsätze wieder enthält. Die Unternehmer werden wohl bald einsehen müssen, daß wir auf ihre „wohlgemeinten“ Nachschüsse nicht eingehen.

Auch im Bezirk **Gr.-Kreuz**, **Cammer** und **Rehden** wurden die Verträge von den Unternehmern gekündigt mit dem Bemerkten, die Löhne würden vom 1. April an 6 resp. 8 % herabgesetzt werden. Die von uns beantragten Verhandlungen wurden abgelehnt. Nach Ostern traten die Maurer und Zimmerleute in den Abwehrstreik ein. Inzwischen ist es gelungen, mit den Unternehmern der Bezirke **Gr.-Kreuz** und **Cammer** eine Einigung zu erzielen. Sie haben sich verpflichtet, die alten Löhne und die sonstigen Bedingungen wieder zu zahlen. Nur im Bezirk **Rehden** sträubten sich noch drei Unternehmer, den alten Vertrag neu anzuerkennen. Doch hoffen wir, den Troß der Unternehmer auch dort zu rechten Zeit noch brechen zu können.

Infolge der schlechten Konjunktur halten es die Unternehmer in **Verder** 1908 festgelegt, den Stundenlohn um 5 % zu kürzen, und anstatt neun Stunden wurde bei einigen Firmen wieder zehn Stunden gearbeitet. Durch eine allgemeine Arbeitseinstellung gelang es nun in diesem Frühjahr, die neunstündige Arbeitszeit und den alten Lohn von 60 % wieder zurück zu erobern. Der Vertrag gilt bis 31. März 1910.

Dasselbe Bild zeigt die Bewegung in **Trebbin**. Auch dort war der Lohn im vergangenen Jahre um 5 % reduziert worden, ohne daß die Kollegen in der Lage waren, wirksam dagegen anzukämpfen. Im April forberten wir die Zahlung

des alten Lohnes. Zwei Unternehmer bewilligten sofort und schlossen einen Vertrag mit uns. Bei Wüchner und Haase gelang es, einen Teilerfolg zu erringen; doch wird es auch hier bei der ständig besser werdenden Konjunktur, noch möglich sein, das jetzt noch Fehlende zu bekommen.

In **Naumen** hatten es sich die Unternehmer in den Kopf gesetzt, eine Lohnreduzierung vertraglich festzusetzen. Ob die Verhandlungen darüber beendet waren, legten die lokalen Instanzen die Arbeit nieder. Unsere Kollegen wurden teilweise dadurch in Mitleidenhaft gezogen. Inzwischen wurden die Verhandlungen fortgesetzt und es gelang dann, einen neuen Vertrag abzuschließen, der in dem genau abgegrenzten Lohngebiet die alten Löhne und Arbeitszeiten wieder vorsieht.

In **Ortrand** wurde eine Lohnreduzierung von 4 % und an Stelle der einstündigen Arbeitszeit eine solche von zehn Stunden gefordert. Die Verhandlungen sind reputationsverlaufend. Die Anerkennung der Forderung durch einen Streik zu erzwingen, war bisher nicht möglich, weil größere Schwierigkeiten bei der Einreichung der dort noch stehenden vierzehntägigen Kündigungsfrist zu überwinden sind.

In **Stiehe** und **Mittenwalde** haben Verhandlungen über die Verlängerung des Vertragsverhältnisses stattgefunden. Der Vertrag in **Stiehe** ist bis zum 31. März 1910 verlängert; in **Mittenwalde** wurde ein neuer Vertrag abgeschlossen.

Gau Bremen.

In **Quakenbrück** hat am 7. Juni auf Verreiben einiger Unternehmer nochmals eine Verhandlung stattgefunden. In dieser Verhandlung ist eine Einigung erzielt worden, obwohl der Oberkammermann Franz Möller von einem Zugeständnis nichts wissen wollte. Er konnte sich diese Stellungnahme leisten, weil seine notwendige Arbeit von einigen „treu“ geliebten Bauherren weitergeführt wird. Dies war es aber auch, was die übrigen Unternehmer nachgiebig machte, und so mußte auch der Oberkammermann und Vorsteher des Arbeitgeberverbandes Franz Möller einsehen. Unsere Kollegen sind nach Lage der Sache mit dem Erfolg zufrieden. Sie erhalten vom 20. Juni d. J. ab 2 % Lohn pro Stunde mehr, die Bauarbeiter des gleichen, so daß der Stundenlohn vertraglich 47 % für Maurer und 38 % für Bauarbeiter beträgt. Sind die Arbeiter über 3 km vom Orte entfernt, so erhöht sich dieser Lohn um 5 %. Außerdem ist noch die wichtige Abmachung getroffen, daß die Junggeheilen den vertraglichen Lohn gleich nach Absolvierung der Lehrjahre erhalten müssen.

In **Stittfurt** wird der Streik fortgeführt, nachdem in einer am 9. Juni stattgefundenen Verhandlung mit den Unternehmern eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Die volle Forderung hat nur die Firma Schmidt bewilligt.

Für **Unger** soll am 16. Juni zentrale Verhandlungen stattfinden. Hoffentlich gelingt es dabei, eine Einigung herbeizuführen.

Gau Cöln.

Am **Serbhorn** wird berichtet: An der Sperre über den Unternehmer Rinn aus Cöln hat sich nichts geändert. Der Rinn liegt völlig still. Am 3. Juni verlor Rinn, mit uns zu verhandeln, jedoch mußte ein Vertreter des „Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes“ zugegen sein. Wir hatten dagegen nichts einzuwenden, worauf es Rinn übernahm, uns Ort und Zeit der Verhandlungen mitzuteilen. Anstatt der Einladung erhielten wir aber am 11. Juni folgendes Schriftstück:

Herrn

Heute Vormittag war ich mit dem Sekretär des Deutschen Arbeitgeberverbandes von Frankfurt a. M. sowie dem Vorsitzenden des Mittelverbandes, Herrn Pfaff in Serhorn, zusammen. Es wurde mir von diesen beiden Herren ich selbständige Handlung mit Ihnen unterlag, weil folches gegen die Statuten wäre. Im Falle Sie deshalb noch weiter auf Ihre Forderungen betreffs Lohnreduzierung bestehen, so wollen Sie sich gefälligst direkt an den Verband der Mitteldeutschen Arbeitgeber nach Frankfurt a. M., Haukehaus, wenden, welcher alsdann weiter mit Ihnen verhandeln wird.

Gedächtnis G. B. Rinn.

Wir haben freilich keine Veranlassung, von unserer Lohnforderung abzusehen; ebenso wenig haben wir die Forderung bei dem „Mitteldeutschen“ oder sonstwo zu vertreten. Herr Rinn mag sich zur Verhandlung Vertreter herholen, woher er will, dem legen wir nichts entgegen. Aber der Streik wird in Serhorn ausgefochten und hier wird verhandelt. Uebrigens mag Herr Pfaff erst selbst menschenwürdige Löhne zahlen. Solange er das nicht tut, sollte er sich lieber nicht als Vermittler ansprechen. Wir haben Zeit und können warten, bis Herr Pfaff dem Herrn Rinn gnädigst gestattet, mit uns verhandeln zu dürfen.

Der Streik in **Belbert**, **Tönisheide** und **Heiligenhaus** im Zweigverein **Barmer-Überfeld**, der um die Eringung eines Stundenlohns von 80 % für Maurer und 50 % für Hilfsarbeiter geführt wird, steht im allgemeinen günstig, nur bei der Firma Krüger blieb eine große Anzahl inorganisierten arbeitswillig. Trotzdem muß die Firma vier Baustellen stilllegen lassen, weil sie keine Arbeiter dafür hat. Die Streikbrecher sind auf drei Baustellen zusammengezogen. In Ermangelung genügender Hilfsarbeiter müssen sich die Streikbrecher Steine und Speis selbst holen. Der Kirchenbau liegt ebenfalls seit Beginn des Streiks still. Der Bau ist sehr groß; besonders kommen viele italienische Streikbrecher. Ein Streikbrecheragent namens Tomaso Ghiochi aus Erkrath kam mit 16 Italienern nach Heiligenhaus zum Unternehmer Gad und verhandelte diesem acht Maurer und sechs Hilfsarbeiter; zwei von der Kolonne waren anständig genug, nicht Streikbrecher zu werden. Der betreffende Agent forderte für die etwaige Abreise der Italiener M. 60 pro Mann, was von der Streikleitung, die sich alle erhebliche Mühe gegeben hatte, abgelehnt werden mußte. Aber immerhin kann die Gesellschaft Herrn Gad nicht rausreiben, denn es sind sehr minderwertige Arbeitskräfte. Der übrige Bau konnte abgeschlossen werden. Die Polizei macht den Streikenden viele Schwierigkeiten.

Gau Danzig.

In **Schlochau**, Zweigverein **König**, sind unsere Kollegen in eine Lohnbewegung eingetreten. Bisher bestand die einstündige Arbeitszeit, wofür die Unternehmer zahlten, was sie gerade für angemessen hielten. Der Tageslohn schwankte zwischen M. 3,50 und M. 4. Einigen ausgeschiedenen Kräften wurde etwas mehr gezahlt, aber M. 4,30 kam selten einer hinaus. Im Spätherbst und Winter war die Lohnbedrückung mehr als

empfehlend. Alles, was verursachte die jetzige Bewegung, und da gleichmäßig die Arbeitslosigkeit in Schlochau vorhanden ist, wurde ein Tarif aufgestellt, der den Unternehmern zugestimmt wurde. Da eine Antwort nicht einlief, sprachen wir am 5. Juni bei den Meistern vor. Sie zeigten sich geneigt, am selben Tage abends zu verhandeln. Die Unternehmer erklärten eine Stunde nach der festgesetzten Zeit und die Verhandlungen nahmen ihren Anfang. Nach kurzer gegenseitiger Aussprache erklärten die Unternehmer, dass der Zentralverband keinen Vertrag abschließen zu wollen, sondern sich mit ihren Leuten einzeln zu verhandeln, worauf die Sitzung für beendet erklärt wurde. Die Versammlung, die die Polizei zu führen versuchte, beschloß zunächst bei fünf Unternehmern vorzugehen, und wenn sie sich weigern sollten, den Vertrag zu unterschreiben, bei ihnen die Arbeit einzustellen. Der Unternehmer Sommerfeld unterschrieb den Tarif sofort und stellte gleich fünf Streikende ein. Ein anderer Unternehmer hat den Tarif nach vier Tagen unterschrieben und bei drei Unternehmern nicht teilweise die Arbeit. Einer davon hat sich auch schon bereit erklärt, unterschreiben zu wollen, wogegen die Unternehmer Knoop und Walschewski sich entschieden weigern, den Vertrag anzunehmen. Wir fordern einen zwischünftigen Tarif; für das Jahr soll die elfstündige Arbeitszeit bestehen bleiben und im nächsten Jahre soll sie auf zehn Stunden herabgesetzt werden. Der Lohn soll in diesem Jahre 42 $\frac{1}{2}$ und im folgenden 44 $\frac{1}{2}$ pro Stunde betragen. Das Knoop sich noch weigert, den Tarif zu unterschreiben, hat seinen Grund darin, daß sich elf Maurer aus Schönlank entschließen weigern, den Streikfort zu verlassen. Gelingt es uns noch, diese Leute zur Arbeit zu bewegen, so wird auch Knoop sehr bald kapitulieren müssen. Bei Walschewski ruht die Arbeit vollständig und Schupinski arbeitet über Land allein an seinem Bau. Beim Unternehmer Frau, der die meiste Arbeit in Schlochau hat, konnte noch nichts unternommen werden, weil er vierstündig Lohn zahlt und erst am 12. Juni die Wohnung bei ihm statthalt. Beschlossen ist, am 14. Juni auch dort die Arbeit einzustellen. Geht dies, woran kann es zweifeln, so werden wir auch Herrn Frau, den Schlochauer Schuppenknecht, klein bekommen. Frau tut, was er nur tun kann, um seine Maurer zu halten; den einen will er zum Polier machen, einen andern verspricht er seine Tochter zur Frau geben zu wollen, wieder andere traktiert er mit Schnaps und Bier und reißt ihnen zu wie einem kranken Schimmel, doch nur bei ihm zu bleiben. Ob es etwas nützen wird, muß abgewartet werden. Zugut ist streng fern zu halten.

In **Uchel i. Westpr.** ist ein Tarif zustande gekommen. Auch hier bestand noch der Tageslohn bei elfstündiger Arbeitszeit ähnlich wie hier in Schlochau. Drei Unternehmer, die 66 Kollegen beschäftigten, kamen zur Versammlung. Mit diesem wurde ein Tarif vereinbart. Danach sollen in der Stadt 38 $\frac{1}{2}$ und über Land 41 $\frac{1}{2}$ gezahlt werden. Bei den übrigen Unternehmern wurde am 1. Juni die Arbeit eingestellt mit dem Erfolge, daß gleich zwei Unternehmer zur Unterschrift bereit waren, einer davon ist Herr Brieske, der am Tage zuvor den Bauleiter mit Erschießen drohte, wenn er sich noch einmal bei ihm beschuldigen lasse. Der Mühlenscheffler Schmelzer warf uns auch vom Hof. Nach einigen Tagen holte er die Lohnkommission, um den Vertrag zu unterschreiben. Einige Unternehmer verhielten sich vor der Bewegung, unter sich ein gemeinsames Vorgehen gegen uns zustande zu bringen. Weil das nicht gelang, sind sie jetzt gegenseitig aufeinander feindselig erbost. Ihre Mut kennt keine Grenzen. Einer sucht dem andern die Maurer abzugeben und bietet den Kollegen einen viel höheren Lohn, als der Vertragsentwurf vorsieht. Damit haben die Unternehmer ihre eignen Argumente, keinen höheren Lohn zahlen zu können, selber zerstört. Wir werden das im nächsten Jahre gut verwerten können.

In **Sehderg** gilt die Bewegung als beendet. Den vorigen Kollegen ist es gelungen, ohne Störung jeden Unternehmer, einen nach dem andern, zur Anerkennung des von uns aufgestellten Tarifs zu veranlassen. Die tägliche Arbeitszeit begann bisher morgens 5½ Uhr und endete abends um 7 Uhr; sie betrug also elfstündig. Der Lohn betrug M. 4,20 bis M. 5 pro Tag. Die Kollegen forderten die zehnstündige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 50 $\frac{1}{2}$, sowie die sonst übliche Regelung der übrigen Arbeitsbedingungen in Form eines Vertrages. Dieser Vertrag ist unverändert bei sämtlichen Unternehmern zur Anerkennung gelangt. Damit haben die Kollegen in Sehderg in diesem Jahre im Gau Danzig den Rekord geschlagen, und das gelang ihnen, obwohl sich die Unternehmer die größte Mühe gaben, ihnen den Sieg streitig zu machen. Sie holten aus der zurückgebliebenen Michauter Gegend unorganisierte Maurer nach Sehderg, die den Unternehmern Arbeitswilligkeitsbeweise berechnen sollten. Aber unter Sehderger waren auf dem Posten; sie organisierten sehr schnell die Zugewogenen und stellten mit deren Einverständnis die Forderung auf, die sie auch, wie schon bemerkt, überall glatt zur Anerkennung brachten. Am 19. Juni feiert der Zweigverein Sehderg sein erstes Stiftungsfest. Möge sich dieses Fest auch als Siegesfest gestalten und dazu dienen, den Gedanken der Organisation auch in die Kreise hineinzutragen, die bisher davon unberührt geblieben sind.

Gau Dortmund.

In **Wickede-Möhlen**, wo am 1. April eine Lohnherabsetzung von 1 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ erfolgen sollte, weigerten sich die Unternehmer, diesen zu zahlen. Sie führten die Weigerung auf eine Unklarheit im Tarif. Von der Schlichtungskommission wurden sie jedoch zur Nachzahlung verurteilt. Aber erst als bei sämtlichen Unternehmern die Kündigung eingereicht war, wurde die Nachzahlung versprochen. Nur der Unternehmer Spielmann weigerte sich, weshalb über sein Geschäft die Sperre verhängt wurde.

Gau Dresden.

In **Freiberg** ist der Streik nun beendet. Streikende hatten wir seit dem 2. Juni eigentlich nicht mehr, wenn wir nicht gelegentlich gewesen wären, einige Kollegen zurückzubehalten. Am 4. Mai legten die Kollegen die Arbeit nieder, weil die Unternehmer den Stundenlohn von 38 $\frac{1}{2}$ auf nur 40 $\frac{1}{2}$ erhöhen wollten und noch dazu Verhandlungen mit uns ablehnten. Unsere Forderung war 43 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn. Am 27. Mai fand eine Verhandlung in Gegenwart der Hauptvorstände statt, die noch nicht zur Eingung führte, weil die Unternehmer nur 41 $\frac{1}{2}$ und vom 1. Oktober an 42 $\frac{1}{2}$ boten. Am 8. Juni wurden wir von den Unternehmern für sofort 41 $\frac{1}{2}$ und vom 1. Juli an 42 $\frac{1}{2}$ dieses Angebot ist von unseren Kollegen angenommen worden,

so daß am 10. Juni der Vertrag endgültig abgeschlossen werden konnte, natürlich unter dem Vorbehalt, daß die Verhandlungen aufkommen, was aber sehr selten. Das Vertragsgebiet umfaßt die Orte Freiberg, Kleinolbersdorf, Böhmig, Böhmig, Kuttensdorf, Galsbach, Silberdorf, Langenrinne, Zug und Kleinolbersdorf. Wegen der übrigen Orte im Amtsgerichtsbezirk noch nachzuhandeln, weil die Unternehmer aus diesen Orten nicht mit anwesend waren. Die Freiburger Kollegen haben bei diesem Kampfe die Feuerprobe glänzend bestanden.

Im **Großschärdorfer** Vertragsgebiet ist es inzwischen auf friedlichem Wege zur Eingung gekommen. Es wird ein Stundenlohn von 40 $\frac{1}{2}$ gezahlt, was eine Lohnzulage von 2 $\frac{1}{2}$ bedeutet.

In **Neustadt** ist es inzwischen auch noch bei einigen Unternehmern zur Eingung gekommen, so daß die 43 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn nun fast überall noch erreicht werden.

In **Wohlsitz** mußten wir bei Herrn Dreßler auch erst noch etwas auf unsere Organisation aufmerksam machen, zum Streik kam es aber doch nicht; denn Herr Dreßler erhöhte den Lohn im letzten Augenblick um 8 $\frac{1}{2}$, wodurch die Angelegenheit erledigt ist.

In **Bräunsdorf** bei Freiberg haben unsere Kollegen beschloßen, den Unternehmern die Anerkennung des Freiburger Vertrages zu fordern, worauf wir hiermit die Gainsdener Kollegen aufmerksam machen.

Gau Frankfurt a. M.

In **Neustadt** (Main-Verderb) haben die Kollegen am 7. Juni die Arbeit eingestellt, weil alle Versammlungen, die mit den Unternehmern über die Lohnforderung zu verhandeln, scheiterten. Die Unternehmer glaubten, sich dadurch um die Forderung herumdrücken zu können, daß sie einigen Kollegen ein paar Pfennige mehr Lohn bewilligten. Durch unser Vorgehen ist ihre Absicht vereitelt worden; denn schon nach drei Tagen konnte der Streik zugunsten der Kollegen beendet werden. Wurde auch kein vollkommener Erfolg erzielt, so ist doch der Fortschritt unverkennbar. Unter dem Einfluß der Organisation steigt der Stundenlohn in diesem Jahre um 3 $\frac{1}{2}$ (von 33 $\frac{1}{2}$ auf 36 $\frac{1}{2}$) und im nächsten Jahre weiter um 1 $\frac{1}{2}$. Bei den von der Firma Heinrichs-Damen auszuführenden Bahnarbeiten steigen die Löhne von 36 $\frac{1}{2}$ auf 39 $\frac{1}{2}$ und vom 1. August ab auf 40 $\frac{1}{2}$. Die Arbeitszeit ist auf 10½ Stunden und vom 1. April 1910 ab auf 10 Stunden täglich festgelegt. Leider konnte nicht bei allen Unternehmern das gleiche Resultat erzielt werden, weil die Kollegen dort noch nicht die Einsicht gewonnen haben, daß nur die Organisation allein das Mittel zur Verbesserung ist. Dies ist auch der Grund, weshalb es uns noch nicht gelang, einen vollkommeneren Arbeitsvertrag zu erzielen, denn die Vereinbarungen beschränken sich auf Löhne und Arbeitszeit. Die Kollegen werden daran erkennen, was sie einlegen müssen, um das Gewonnene zu erhalten und weitere Fortschritte zu erzielen.

Gau Götting.

In **Freivalden** wurde die Lohnbewegung ohne größere Schwierigkeit erledigt. Die Unternehmer bewilligten 2 $\frac{1}{2}$ Lohn-erhöhung und die zehnstündige Arbeitszeit.

In **Niesitz** hatte die Lohnbewegung Anfang April nur einen vorläufigen Abschluß gefunden. Die Unternehmer sagten einen Stundenlohn von 35 $\frac{1}{2}$ und die Anerkennung der zehnstündigen Arbeitszeit zu. Die Kollegen dürften mit diesem Stundenlohn nicht den ganzen Sommer aufreihen sein.

In **Prüßau** mußte eine Lohnherabsetzung von 88 auf 40 $\frac{1}{2}$ gekürzt werden. Nach dreiwöchiger Dauer des Streiks bewilligte der eine noch im Vertrag kommende Unternehmer die Lohnherabsetzung, so daß die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte. Unsere Forderung auf vertragliche Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurde nicht erfüllt.

In **Oberriedersdorf** ist eine Lohnherabsetzung um 2 $\frac{1}{2}$ pro Stunde bewilligt worden.

Auch im Lohngebiet **Gerrenhut-Bernstadt** wurde eine Lohnherabsetzung von 1 bis 2 $\frac{1}{2}$ erreicht. In einem Vertragsabschluß ist es in beiden Lohngebieten noch nicht gelungen.

In **Wanken** wurde die Lohnbewegung sehr schnell erledigt. Am 17. Mai wurde in einer gemeinsamen Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter beschloßen, Forderungen zu stellen. Diese wurden sofort an alle Unternehmer abgegeben und bis zum 21. Mai Antwort verlangt. Die Antwort traf auch pünktlich ein, war aber nicht befriedigend. Es sprach daraus die Absicht der Unternehmer, die Erledigung der Frage in die Länge zu ziehen. Am 22. Mai wurde deshalb die Arbeit eingestellt. Das wollte in den Reihen der Unternehmer. Innerhalb 36 Stunden hatten 18 von ihnen die Forderung (45 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn) unterschrieben. Es kam zu einer Verhandlung, wobei ein Vertrag abgeschlossen wurde, in dem für Maurer und Zimmerer 45 $\frac{1}{2}$ und für Bauhilfsarbeiter 37 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn festgesetzt sind. Mit den nichtorganisierten Unternehmern wurde ein besonderer Vertrag geschlossen.

In **Schmiedeberg** ist erst mit einem Unternehmer die Lohnfrage geregelt. Dieser legte 1 $\frac{1}{2}$ zu und schloß einen Vertrag mit uns ab. Bei den übrigen Unternehmern steht die Regelung noch aus.

In **Lützenberg** forderten wir einen Stundenlohn von 40 $\frac{1}{2}$. Von den Unternehmern wurde diese Forderung auch bewilligt, und zwar in einem einseitig diktirten Vertrag, der bis zum 31. Oktober dieses Jahres gelten sollte. Was nach Ablauf dieser ganz neuen Vertragsfrist gezahlt werden sollte, wollten die Unternehmer nicht beraten, jedenfalls nicht über 40 $\frac{1}{2}$, was daraus zu schließen ist, daß sie bereit waren, bei einem Stundenlohn von 40 $\frac{1}{2}$ einen Vertrag bis zum 1. April 1910 mit uns abzuschließen. Darauf wollten sich unsere Kollegen nicht einlassen. Sie stellten einmütig die Arbeit ein, mußten sie aber nach einer Woche wieder aufnehmen, ohne vorläufig das gestrichelte Ziel erreicht zu haben.

Gau Hamburg.

Eine fast besetzte Versammlung der Maurer und Bauhilfsarbeiter in **Neumünster** beschäftigte sich am 27. Mai mit der Tariffrage. Im allgemeinen wurde von allen Rednern darauf hingewiesen, daß für Neumünster die Löhne viel zu niedrig bemessen sind. In allen anderen Städten in der Provinz Schleswig-Holstein wird heute schon ein höherer Lohn gezahlt. Auf Antrag der Zweigvereinsvorstände beider Verufe fand eine Abstimmung darüber statt, ob die Verfammlungen gleich nach Pfingsten eine Lohnforderung stellen und ihr gegebenenfalls durch einen Streik Nachdruck verleihen sollten. Es wurden von den Maurern 155 Stimmen abgegeben, davon 111 für einen

Streik und 44 Stimmen dagegen. Die Bauarbeiter stimmten mit 60 gegen 5 Stimmen für einen etwaigen Streik. Weil bei den Maurern keine Dreierliste-Majorität für den Streik zu haben war, mußte vorläufig von einer Bewegung Abstand genommen werden.

Am 1. Januar 1908 künigten die Kollegen in **Weyrade** den Tarif und erludten die Unternehmer gleichzeitig, bis zum 15. März 1908 mitzuteilen, ob sie gewillt wären, mit den Vertretern unser Zweigvereins über einen neuen Tarif zu verhandeln. Der Zweigvereinsvorstand erhielt keine Antwort. In diesem Jahre wurde dann eine Lohnforderung eingereicht, bei welcher Gelegenheit wieder um Verhandlungen nachgesucht wurde. Auch diesmal hielten es die Unternehmer nicht für notwendig, eine Antwort zu erteilen. Am 6. Juni d. J. war man endlich der Geduld der Kollegen zu Ende, sie beschloßen an diesem Tage einstimmig, die Arbeit am nächsten Tage einzustellen. Dieser Beschluß wurde ebenso einmütig durchgeführt, seit dem 7. Juni ruhen sämtliche Bauten vollständig. Die Bauhilfsarbeiter, Maurer und Zimmerer sind gemeinsam in den Streik eingetreten. Nunmehr haben die Unternehmer schnell schreiben können. Schon am 8. Juni erhielt unsere Streikleitung ein Schreiben, worin die Unternehmer forderten, bis zum 12. Juni die Arbeit wieder aufzunehmen oder es sollten besondere Maßnahmen gegen die Streikenden ergriffen werden. Worin diese besonderen Maßnahmen noch bestehen sollen, entzieht sich vorläufig unserer Kenntnis. Im allgemeinen haben die Unternehmer schon gleich in den ersten Tagen zu den verschiedenen Maßnahmen gegriffen. Es wurden nicht allein die schwarzen Listen herausgegeben und die Materialhändler zur Materialsperrung veranlaßt, sondern die Unternehmer haben auch versucht, den Streikenden die Lebensmittel abzunehmen, indem die Kaufleute gezwungen wurden, den Streikenden Waren zu verkaufen, vor allem ihnen aber keinen Kredit zu gewähren. Die Maurer und Zimmerer fordern nun eine Erhöhung des Stundenlohnes von 60 auf 65 $\frac{1}{2}$ und eine Arbeitszeitverkung von 10 auf 8½ Stunden. Zugut nach Weyrade ist streng fern zu halten.

Neben den Baunternehmern **Widag** in **Sinstorf** und **Peter Buhr**, früher in **Witten**, jetzt in **Sinstorf**, die Bauten in **Langenbeck** und **Bismarck**, **Langenbeck** **Harburg**, ausführen, ist wegen Nichtzahlung des üblichen Stundenlohnes von 80 $\frac{1}{2}$ die Sperre verhängt worden.

Gau Hannover.

Im **Landkreis Linsen** haben am 8. Juni Verhandlungen stattgefunden. Die Unternehmer verlangten zunächst die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit und stellten in Aussicht, daß sie vielleicht am 1. Dezember eine Lohnherabsetzung von 1 $\frac{1}{2}$ eintreten lassen würden. Nachdem schon längere Zeit verhandelt worden war, reduzierten wir unsere Forderungen von 5 $\frac{1}{2}$ auf 3 $\frac{1}{2}$. Die Unternehmer erklärten sich dann bereit, bei Wiederaufnahme der Arbeit den Lohn um 2 $\frac{1}{2}$ zu erhöhen. Unsere weiteren Forderungen, 1 $\frac{1}{2}$ am 1. August zu zugute, lehnten sie hartnäckig ab. Mit diesem Ergebnis beschloßen sich am 10. Juni die Kollegen in den einzelnen Orten und lehnten es ab. Die Unternehmer traten dann noch einmal zusammen, lehnten jedoch die Zahlung des dritten Pfennigs wiederum ab. Am 12. Juni nahmen unsere Kollegen in mehreren Versammlungen das Verhandlungsergebnis mit schwacher Mehrheit an, während es die Zimmerer noch wie vor ablehnten. In Gehrden haben die Unternehmer erklärt, keine organisierten Maurer wieder einzustellen, so daß dies Gebiet also für die Wiederaufnahme der Arbeit nicht in Betracht kommt. Für die Orte des Ausprägungsgebiets, die zum Zweigverein Linsen gehören, bedeutet das Angebot der Unternehmer außerdem eine Lohnkürzung von einem Pfennig; denn dort bestand früher ein Vertrag, der 35 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn vorsah. Nach dessen Ablauf stieg der Lohn auf 38 $\frac{1}{2}$, ohne indes vertraglich festgelegt zu werden. Nach dem jetzigen Angebot der Unternehmer würde der Lohn 37 $\frac{1}{2}$ betragen, so daß er also um einen Pfennig gekürzt wäre. Auch das wird der Wiederaufnahme der Arbeit im Wege liegen. Es ist darum noch gar nicht zu sagen, wie sich die Dinge entwickeln werden. Von einer Erledigung der Lohnbewegung im Landkreis Linsen kann man noch nicht reden.

Der fürstliche Baumeister **Kraus** in **Wülfelburg** hat vorläufig noch keine Zeit, sich mit der Lohnforderung der Maurer zu beschäftigen. Er hat die Sorge um die Fertigstellung der fürstlichen Wagenremise hinter sich gelassen und erweist sich als Vorgesender des Wülfelburger Flottenvereins an den Mannern der Kriegsflotte in der **Stierl. Wacht**. Inzwischen wurde aus der fürstlichen Residenz ein allerhöchstes Submissionsfaktum bekannt, das sich auf die Wagenremise bezieht. Früher waren zur Vergebung fürstlicher Arbeiten keine Submissionen beliebt, nun wollte man aber doch nicht das Vorbild anderer moderner Wülfelstädten länger ignorieren und so wurde besagte Wagenremise submittiert. Dabei hatte man aber die Möglichkeit übersehen, daß die Maurerarbeiten an dem Bauewerk schon vom Baumeister **Kraus** begonnen waren. Aber submittiert wird doch, beistehen ein hohes Ministerium, geheimnis und andre Mäße. Das Resultat war, daß fünf Angebote gemacht wurden, das niedrigste mit M. 17 900, das höchste mit M. 23 900; und der Höchstforbernde war Baumeister **Kraus**. Nun war guter Rat teuer; M. 6000 ist auch für die fürstliche Wülfelburgische Kasse kein Kagenbrot. Aber Herr **Kraus** wurde der Bau zugestanden, denn er hatte ja schon den Bau begonnen; zudem weiß er nicht nur hohe Forderungen zu stellen, sondern er ist auch Inhaber hoher Titel. Vielleicht läßt Baumeister **Kraus** nun aber auch über die Forderung der Maurer mit sich reden, sie verlangen ja nur einen ganz geringen Bruchteil von den M. 6000. Und da angenommen ist, daß auch die Flottenmandare zur Zufriedenheit des Herrn Baumeisters ausgefallen sind, haben die Streikenden die Hoffnung, noch nicht aufgegeben, die geforderten 43 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn zu erlangen. Somit wird man mit dem Bau der Wagenremise und andern notwendigen Gebäuden noch etwas warten müssen.

In **Wülfsen a. D.**, Zweigverein **Hannover**, ist der Stundenlohn auf dem Verhandlungswege von 43 auf 45 $\frac{1}{2}$ erhöht worden. Als wir im Frühjahr die Forderungen aufstellten, wollten die Unternehmer noch nichts davon wissen; jetzt waren sie bald zur Verhandlung bereit, wobei wir dann ohne Mühe die angegebene Lohnherabsetzung erreichten.

Zu einer Arbeits-einstellung kam es am 9. Juni in **Wülfelburg**. Selbstverständlich beim Unternehmer **Knobbe**, der auf diesem Gebiete immer jeden Bedarf selbst. Grund hierfür war einerseits das einem Taubenstich ähnliche Arbeitsverhältnis bei **Knobbe**, dann aber auch das unqualifizierbare Verhalten seines Poliers **Wardede**; außerdem herrschte auch noch Mangel an

Gerätmateriale. Eins zum andern gelang, hat schließlich unsere Kollegen dazu getrieben, sich durch Einstellung der Arbeit ein besseres Arbeitsverhältnis zu erzwingen. Nachdem sich auf unser Ersuchen auch der Arbeitgeberverband mit der Angelegenheit befaßt und Knosbe in einer gemeinschaftlichen Sitzung die Erklärung abgegeben hatte, für Beilegung der Mißstände sorgen zu wollen, konnte die Arbeit nach einer halbtägigen Dauer der Sperre wieder aufgenommen werden.

In Walsrode haben am 7. Juni auf Veranlassung des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe und unter Zustimmung der Zentralisierungen der Organisationen der Maurer und Zimmerer Verhandlungen zur Beilegung der bestehenden Differenzen stattgefunden, die aber durch den Starrsinn der Unternehmer irgend einen Erfolg nicht aufzuweisen vermögen, vielmehr die Gegensätze noch verschärft haben. Nicht genug, daß die Herren jedwede Lohnherabsetzung ablehnten, haben sie auch noch den Mut, in dem als Verhandlungsunterlage dienenden Vertragsmuster den Lohn, der bisher 45 A betrug, auf 43 A zu reduzieren. Zur Begründung dieses neuen Wunsches führten sie an: Da sie als Meister gegenüber der Gesellenorganisation in den letzten Jahren nichts zu sagen gehabt hätten und in einseitiger Weise die Lohnbestimmungen nur von letzterer diktiert seien, so seien diese der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse weit vorausgeschritten; aus diesem Grunde habe eine Zurücknahme sich als notwendig erwiesen. Auch im übrigen sei das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter mit der Zeit so geworden, daß sie als Arbeitgeber weiter nichts mehr zu sagen hätten, als für den wöchentlichen Lohn zu sorgen. — Man sieht, welche verheerenden Wirkungen der „Nordwestdeutsche“ im Grunde mit der „Arbeitgeberzeitung“ und deren verheerenden Angriffen gegen die Bestrebungen der gemeinschaftlichen Organisationen, die Lebenshaltung der Arbeiter besser zu stellen, angestrichelt hat. Die Walsroder Unternehmer haben sich erst seit kurzem dem Nordwestdeutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe angeschlossen; aber in dieser kurzen Zeit haben sie sich schon so viel Werbung im Scharfmacherland angeeignet, daß sie dem Nordwestdeutschen Verbands alle Ehre machen. Ob sich aber dadurch die Gegensätze auch nur in etwas zum Besseren ändern, davon werden selbst die Herren aus der Anwaltskanzlei in Hannover nicht glauben. Der Kampf, der genau am 1. April begann, wird in ungeschwächter Weise fortgesetzt werden, was um so leichter fällt, als das Gros der in Betracht kommenden Arbeiter außerhalb des Kampfgebietes zu weitaus besseren Arbeitsbedingungen in Arbeit steht.

Gau Leipzig.

Die Kollegen in Meitzi befinden sich nunmehr in der letzten Woche im Streik und noch ist ein Ende des Kampfes nicht abzusehen. Die Zahl der Streikenden beträgt 14; alle anderen Kollegen sind abgereist. Die Unternehmer, voran natürlich der Arbeitgeberverband mit dem langen Namen, machen verzweifelte Anstrengungen, um die Streikenden einzuschüchtern und womöglich niederknappeln. Zum Beweis dafür einige Vorgänge. In Jappendorf, wo der Unternehmer Gruppe aus Stahlfabrik einen Kalkstein erbaute, an dem auch streikende Kollegen in Arbeit waren, ebenso in Ansbach, wo der Unternehmer Knabe aus Halle einige Streikende beschäftigte, mußten diese am Pfingstsonntag auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes entlassen werden, obwohl an beiden Stellen fortgesetzt Leute gesucht wurden. Die beiden Unternehmer müssen eben so langsam wie der Arbeitgeberverband pfeifen. Das ist selbstverständlich kein Terrorismus, sondern lediglich Selbsthilfe zur Rettung des ehrlichen Handwerks. Die Unternehmer sollen nun freilich am liebsten wissen, daß durch solche Terrorismustakte kein Streikender wankend gemacht wird. Auch der Arzt Dr. Seifert stellt sich freudig in den Dienst des Unternehmertums, als ob ihn die Sache etwas angehe. Er erbet den Maurern zu, doch wieder anzufangen. Sie seien doch „gute Leute“ und sollten sich nicht von den Hallenlern „verführen“ lassen. Viel leicht hat Herr Seifert einmal von der Begehrtheit der Ärzte gehört. Wenn Herr Dr. Seifert seine Leistungen so schlecht bezahlt erhalten würde wie die Maurer, dann würde seine Anknirschtheit wohl keine geringe sein. Und nun unser alter Freund Herr Große, der Hauptheld in diesem Kampfe. Als er mit seinen kostbaren Stalienern auf dem Rittergut Deutleben einzog, waren das „nächtere, tüchtige, intelligente und erfrischende“ Anst. Jetzt freilich steht es mit diesen Prädikaten schon etwas anders aus. Der Rittergutsbesitzer Teubner läßt von den braunen Söhnen des Südens keine weiteren Arbeiten mehr ausführen, weil sie ihm zu träge sind. Wenn die fremdländischen Hülfskräfte fröhlicher, ist es hochinteressant. Sie tun das nämlich nicht auf der Baustelle, sondern in Deutleben, wo sie beherbergt werden. Gegenwärtig arbeiten sie an einer Selbstheime in Neuh. Zum Frühstück marschieren sie von Neuh nach dem 20 Minuten entfernten Deutleben, so daß sich die Frühstückspause auf eine bis fünf Viertel Stunden ausdehnt, selbstverständlich auf Kosten des Unternehmers. Die Geschwindigkeit ihres Schrittes wird durch folgendes Beispiel illustriert: Zur Pfingstzeit, wo alles schon gemacht wird, stellte Herr Große einmal drei Mann in eine Stube, damit diese recht schnell gewischt würde. Die drei Mägden hatten eben um 7 Uhr glänzend die Stube fertig. Der Streik im Zimmer soll eine richtige Tränenfeste gewesen sein. Ein anständiger Maurer muß allein in einem Tage Stube und Kammer weichen. Die Tüchtigkeit und der Fleiß der braunen Südländer sind damit bewiesen, für Herrn Große natürlich. Vielleicht läßt er ihnen eine kleine Lohnherabsetzung zukommen, um die diese Streikbrecher bald selbst gestreift hätten. Jedenfalls begründetwünschen wir den Herren zu diesen Leuten. Was er sie nur gleich überintern; denn die einheimischen Kollegen sind bereit, den Kampf bis zum nächsten Jahre fortzusetzen.

Die Lohnbewegung in Ammendorf, Beesen, Radevill, Osendorf und Lohau ist beendet. Die Unternehmer haben sofort 2 A pro Stunde und vom 1. Juli bis 31. März 1910 einen weiteren Pfennig bewilligt. Eine gemeinschaftliche Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter nahm in getrennter Abstimmung das Angebot an.

Gau Magdeburg.

Der Streik in Coswig geht unverändert weiter. Die Unternehmer möchten wohl gern einsteigen, doch die Gewaltigen des Arbeitgeberverbandes, die den Gebotstill zur Führung des Kampfes geöffnet haben, verlangen, daß der Kampf bis zur vollständigen Niederwerfung unserer Kollegen geführt werden soll. Schon fünf große Summen geopfert, um die Berliner Mauerstreiker, diesen Auswurf der Menschheit, herauszuholen und zum Bleiben zu bewegen. Ein Trupp kostspieliger Staliener ist ebenfalls an

Orte. Alle diese Opfer wollen die Herren aber nur gebracht haben, um uns eine vollständige Niederlage zu bereiten. Da können nun freilich die Herrschaften noch lange warten. Hinf Streikende sind nur noch am Orte und die abgereisten Kollegen denken nicht daran, zu den „Heilighen“ ihrer Zurschafter — die aber in ihrem Hause nichts zu sagen haben — zurückzukehren.

Der Streik in Halberstadt ist beendet. Nachdem die Unternehmervereinigung nun auch Frieden geschlossen hatte, kam auch den Herren des Arbeitgeberverbandes noch just zur rechten Zeit ein kleinerer Gebotstill, um die Zerpfalterung zu vermeiden. Unter dem Vorhange des Gewerkeinspektors Dr. Nolte wurde ein Einigungsprotokoll aufgesetzt, wonach der Stundenlohn bis zum 1. Oktober 48 und von da an 50 A betragen soll. Bei Putzarbeiten wird ein Zuschlag nach freier Vereinbarung gezahlt. Die Kollegen können mit den erzielten Erfolgen zufrieden sein, die Skarte von 1905, die ihnen durch das Verschulden der Zimmerer geschlagen wurde, ist durch den vereinten Kampf der Maurer und Bauarbeiter nun wieder ausgekehrt worden.

In Salzwedel wird von beiden Seiten mit äußerster Zähigkeit weiter gekämpft. Die Unternehmer haben sich eine Kasse von Berliner Mauerstreikern leisten lassen, denen sie einen Stundenlohn von 85 A garantiert haben. Da eine solche Leistung mit ihrem Portemonnaie nicht in Einklang zu bringen ist, sind sie nun auf der Suche nach Stalienern. Wenn sie wollen, daß ihnen die Arbeit später vor die Füße fällt, könnten wir sie an ihre Potsdamer Kollegen verwiesen. Die haben nämlich ein Haar in der Gesellschaft gefunden, dürfen sie aber jetzt nicht zum Tuschel jagen.

In Wanzleben war der bestehende Vertrag beiderseits geändert worden. Unsere Kollegen forderten in einigen nebenstehenden Bestimmungen Verbesserung des Vertrages. Die Unternehmer hatten wohl ursprünglich eine Lohnherabsetzung beabsichtigt, erklärten sich dann aber für unveränderte Verlängerung des Vertrages auf ein Jahr. Da eine große Zahl Schächler Kollegen der Wanzlebener Unternehmer in Arbeit steht, beschloß am 14. Juni eine gemeinschaftliche Versammlung nach gründlicher Aussprache sich einstimmig, für dieses Jahr in keine Bewegung einzutreten, und sich mit den Bestimmungen des alten Vertrages abzufinden.

Gau Mannheim.

Der Streik in Pforzheim dauert nun bereits acht Wochen und wird beiderseits mit aller Schärfe weitergeführt. Den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes scheint allerdings das Feuer schon auf den Nägeln zu brennen; sie versuchen immer energischer, Streikbrecher zu fapern. In den Pfingsttagen suchten sie die beschriebenen Dörfer auf und holten den Maurern Löhne von 60 A pro Stunde. (60 A ist der geforderte Lohn, den man angeblich den Streikenden nicht zahlen konnte). Doch es war alle Mühe vergebens, der erhoffte Erfolg ist nicht gekommen. Nun scheint man es mit Alfordkolonnen versuchen zu wollen. Am 12. Juni kam eine Kolonne von fünf Mann angetrückt, doch trotz eines starken Polizeiaufgebots und großem Geschrei der Unternehmer wurde sie abgefangen und abgelehnt. Einzelne Unternehmer stellten Maurern von außerhalb ihre „Autos“ zur Verfügung, wenn sie nach Pforzheim wollten. Doch diese Kollegen verdrängten auf das Aussehen. Und so sehen die Unternehmer eine Hoffnung nach der andern dahinschwinden. Was die Unternehmer von Pforzheim mit ihren Agenten selbst nicht fertig brachten, das versuchte nun ein Pfarer. Zurechtete Maurer aus der Gegend von Aßern zeigten den Streikenden viele, wonach der Pfarrerrat Eskler von Wüdingen 300 bis 400 Maurer suchte. Diese Kollegen wurden von der Situation unterrichtet, auch sie reisten wieder ab. Demnach hat dieser Herr ebenso wenig Glück wie die Unternehmer selbst. Es ist aber bezeichnend, daß in diesem schweren Kampfe auch die Geistlichkeit zugunsten der Unternehmer gegen die Arbeiter auftritt. Die Streikenden wissen allerdings, daß sie auf seine Sympathien zu rechnen haben, und verlassen sich auf ihre eigene Kraft sowie auf den Einfluß ihrer Organisation. Erwähnt sei noch, daß in den bürgerlichen Blättern Pforzheims folgendes Eingelassen erschien:

Ein nettes Stillsitzen leistete sich auch in Pforzheim der Sekretär Verhardt vom sozialdemokratischen Bauerverband. Als die Maurer in den Streik traten, verlangten sie auch von den Bauhilfsarbeitern, daß sie mitstreikten. Trotzdem letztere nur bis zu 25 Pf. organisiert waren, folgten sie dem Ausruf der Maurer. Es folgte Verhandlung zwischen den Maurern und den Bauunternehmern. Die Maurer erhielten ihre Forderungen bewilligt. Jedoch fiel es ihnen gar nicht ein, nun auch für die Bauhilfsarbeiter einzutreten. So arbeiten sie mit den Streikbrechern der Bauhilfsarbeiter zusammen. In den Streiken der streikenden Bauhilfsarbeiter hat man jedoch für solche sozialdemokratische „Friedlichkeit“ und „Solidarität“ kein Verständnis und spricht deshalb von Arbeiterverrat. Nach den bis jetzt gemachten Beobachtungen gibt es keine „Variation“ von Arbeiterverrat, welche von der Sozialdemokratie nicht schon geübt worden wäre. Deshalb muß dieselbe auch die christlichen Gewerkschaften solcher Taten bezichtigen, um die eigne Verräterei zu bedecken.

Soviel Zeit, soviel Schwindel. Der christliche Einfender dieses Machwerks sollte sich schämen, kämpfende Arbeiter in solch gemeiner Weise auszunutzen.

In den Saarstädten haben neun Unternehmer die Forderungen anerkannt, doch ist es dem Arbeitgeberverband gelungen, zwei Unternehmer zum Rücktritt von der Unterfertigung zu veranlassen. Da es sich um zwei kleine Unternehmer handelte, die zusammen nur wenig Leute beschäftigten, so hat dies nicht viel zu bedeuten. Im ganzen sieht unsere Sache sehr gut. Von den Streikenden ist wieder ein Teil abgereist, so daß wir nur noch 220 Mann zu unterstützen haben. Auch von diesen dürfte noch ein erheblicher Teil auswärts Arbeit erhalten.

Die Unternehmer in Söthenheim wurden von uns zu einer Verhandlung eingeladen, da sie auf unser Schreiben nicht antworteten. Doch die Herren hatten es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Nun wurden sie persönlich aufgesucht, damit sie Gelegenheit hätten, sich zu den Forderungen zu äußern. Dabei sagten einzelne Unternehmer, daß sie nicht einig seien und ihre Kollegen zu keiner Beilegung zusammenbrächten. Sie wollten es nun aber doch noch einmal versuchen. Es heißt zu hoffen, daß diese Bewegung friedlich erledigt werden kann.

Gau Nürnberg.

In Ansbach sind in der letzten Woche zu den Berliner Streikbrechern noch drei weitere, gleichfalls Berliner, gekommen. Es gelang uns aber, nicht nur diese, sondern auch acht von den zuerst zugeordneten abzuholen, so daß nur noch drei Streik-

brecher am Orte sind, von denen der jüngste 68 Jahre zählt. Im Laufe der Woche wurde die Streikleitung beim Oberbürgermeister vorstellig, der auch seine Hand zu einer Unterhandlung bot. Wie sich die Unternehmung dazu stellen werden, ist uns bis zur Stunde noch nicht bekannt. Sonst ist eine Minderung nicht eingetreten.

Auch in Würzburg hat sich an dem Stand der Aussparung nichts geändert. Die Unternehmer sind jetzt überall auf der Suche nach Arbeitswilligen, besonders die von der Berliner Mauer erwarteten Hilfe. Wir erwarten von unsern Berliner Kollegen, daß sie alles aufbieten, damit der Wunsch der Unternehmer zu Wasser wird.

In Tübingen ist gleichfalls keine Minderung eingetreten. Der Unternehmerverband ist überall bemüht, unsere abgereisten Kollegen außer Arbeit zu bringen. In einigen Fällen ist ihm dies auch gelungen, doch hat das der Begeisterung unserer Kollegen keinerlei Abbruch getan.

Gau Stettin.

Der Stand der Bewegung in Byritz ist unverändert. Nicht Kollegen stehen noch im Streik. Ihre Stimmung ist gut, trotzdem wir sehr unter Zug aus den Böhmerischen Wäldern und Berne zu leiden haben. Wir rufen diesen Kollegen an dieser Stelle zu, ihre Pflicht zu tun und das Streikgebiet zu meiden.

In Alt-Damm beantragten unsere Kollegen im Januar eine Lohnherabsetzung von 2 1/2 A pro Stunde, was der Unternehmer Mauer, angeblich im Auftrage der anderen Unternehmer, glatt ablehnte, aber, wie die übrigen Herren jetzt sagen, ohne deren Wissen. Am 8. Juni wurde die Forderung erneut gestellt und bis zum 8. Juni hatten sieben Unternehmer, die zwölf Gesellen beschäftigten, bewilligt. Nur der Unternehmer Böttcher, der nächst Bürger das größte Geschäft am Orte hat, spielte mit dem Bauvorhaben, doch am Nachmittag stellten ihn die Kollegen. Bei dieser Unterbrechung lehnte der Herr nicht nur jede Lohnherabsetzung ab, er versagte sich sogar zu der höhnischen Bemerkung, die Maurer sollten nur feiern, dann könne er in Ruhe seine Baderesse machen. Hierüber empört, legten 10 Gesellen und die Hilfsarbeiter die Arbeit nieder, und am 9. Juni 1909 folgten, um die Sache kurz zu machen, noch die 10 in Finkenwalde zu einem Stundenlohn von 60 A beschäftigten Gesellen. Herr Böttcher kam also jetzt seine Baderesse antreten, die Maurer ist er los.

In Neustettin wurden durch den Streik der Bauarbeiter, die von den Unternehmern nicht für verhandlungsfähig gehalten werden, einige unserer Kollegen in Mitleidenhaft gezogen. Die Bauarbeiter erreichten die Anerkennung eines Stundenlohnes von 28 bzw. 30 A. Die Bewegung der Maurer und Bauarbeiter scheint nun doch verschnitten zu haben. Wie ein Unternehmer in einem unbewachten Augenblick ausplauderte, haben die Herren unter sich ausgemacht, keinen Maurer oder Arbeiter, der bei einem Unternehmer auftritt, ohne Einwilligung des betreffenden Unternehmers einzuschleusen. Die Unternehmer sind hier wenigstens ehrlich, sie nennen das Ding nicht erst Arbeitsnachweis. Mithin gelang ist laut Vertrag beiderseits ausgeschrieben, und bei passender Gelegenheit werden unsere Kollegen dafür sorgen, daß der Versuch der Unternehmer ein Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt bleibt.

Gau Stuttgart.

Um ihre überaus traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse wenigstens etwas zu verbessern, unterbreiteten die Maurer in Ludwigsburg am 10. Mai ihren Weistern einige Wünsche. Der Stundenlohn sollte 50 A betragen und alle anderen Lohn- und Arbeitsverhältnisse sollten durch einen Vertrag geregelt werden. Die Ludwigsburger Unternehmer sind angeblich der guten Buntigkeit nicht abgeneigt, die Wünsche der Maurer zu erfüllen. Sie dürfen aber nicht verhandeln, weil es die Zeitung des Landesverbandes Württemberg vom deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe nicht gestattet. Die Zeitung des Landesverbandes Württemberg besteht bekanntlich aus Schmarren, die am liebsten die gesamten Arbeiterorganisationen vom Erdboden verschwinden lassen, wenn — sie nur die Macht dazu hätten. Erklärte doch der Vorsitzende, Merkmeister, Gustav Busch in Stuttgart, am 14. April 1908 bei einer Verhandlung in Esslingen: „Wenn wir so einig wären wie die Arbeiter, dann würden wir diskutieren und nicht verhandeln“, und auf eine Zwischenbemerkung wiederholte er: „Sowohl, meine Herren, diskutieren und nicht verhandeln“. Die Ludwigsburger Unternehmer haben sich von den Stuttgartern bis jetzt am Marenen festumklammert. Es ist nämlich nur Annahme der Stuttgarter Schmarren, wenn sie behaupten, daß nur sie das Verhandlungsrecht für ganz Württemberg hätten. Davon ist noch bei keiner zentralen Verhandlung die Rede gewesen. Nach den vorläufigen Vereinbarungen bedarf zwar jeder abgeschlossene Vertrag im Baugewerbe der Bestätigung, aber nicht der Bestätigung eines Landesverbandes, sondern der Bestätigung des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes in Berlin und der Vorstände der betriebsführenden Gewerkschaften. Die Stuttgarter Quertreiber sind auch bereits im vorigen Jahre mit ihrer Annahme zurückgewiesen worden. Wie jetzt in Ludwigsburg, so hatten sie damals den Unternehmern in Württemberg verboten, mit den Arbeitern einen Vertrag auf der Grundlage des Vertragsmusters abzuschließen. Die Angelegenheit wurde den unparteiischen, von beiden Seiten bestellten Schiedsrichtern unterbreitet, und diese fällten folgendes Urteil:

„Uebergeordnete Verbandsorganisationen sind nicht berechtigt, ihren Ortsgruppen das Verhandeln über einen Tarifabschluß zu verbieten, da sowohl das Vertragsabschließen wie die Schlichtung auf der Grundlage gegenseitiger Vereinbarung, insbesondere zwischen den betrieblichen Organisationen, aufgebaut sind und diese voraussetzen. Der württembergische Arbeitgeberverband hat jedoch dem Ortsverband Württemberg die Vornahme von Verhandlungen sofort zu gestatten.“

Anschließend eines solchen unabweisenden Schiedsspruches geht eine große Portion — Unternehmern nicht dazu, in Ludwigsburg das gleiche, für unerläßlich erklärte Mandat zu wiederholen. Doch über denartige Unberechenbarkeit bleibst ein andermal mehr. In Ludwigsburg ist die Bewegung keineswegs beendet. Die dortigen Bauunternehmer werden sich's wohl noch einmal überlegen müssen, ob es für sie nicht zweckmäßiger ist, einen Vertrag

Kathos vorgetragenen neuen Ideen begeistert und sind deshalb eher geneigt, auch im Ausland einmal eine Versammlung zu besuchen. Freilich, die Begeisterung hält in den meisten Fällen nur stand bis zum Beitragszahlen. Aber auch ein gut Teil Neugierde und Verehrung führt viele Italiener im Frühjahr in die Versammlungen. War doch so mancher von ihnen in den letzten Jahren gezwungen, wieder weiter zu ziehen, als er kaum die Arbeit begonnen hatte, weil an seinem Arbeitsort ein Streik oder eine Aussperrung ausbrach. Deshalb suchen sie sich jetzt möglichst über die Situation zu informieren. In Orten, wo große Erdarbeiter, fast nur von ausländischen Arbeitern ausgeführt werden und wo oft die unglaublichen Verhältnisse herrschen, sind die ersten Versammlungen in der Regel gut besucht, weil hier die Italiener meistens der Ansicht sind, daß die deutschen Organisationen ohne weiteres die Pflicht haben, hier eingzugreifen und die Verhältnisse zu bessern, allerdings ohne jede Gegenleistung. In der Vorstellung dieser Sorte italienischer Einwanderer (und es sind ihrer nicht wenige) lebt die Organisation als eine Art gemeinnützige Unternehmung, als ein Geschäft wie etwa eine Feuerversicherung, an die man heute die Prämie bezahlt und morgen sein Haus anstellt, um die Versicherungssumme herauszuholen. Das sind so die Hauptgründe, warum im Frühjahr das Interesse der Italiener für die Organisation etwas reger ist. Dieses Jahr schob sich der Beginn der Agitation etwas weit hinaus, einmal wegen der späten Aufnahme der Arbeiten und dann auch wegen der verhältnismäßig spärlichen Einwanderung im Vergleich zu den letzten Jahren. Wenn man den Gründen für diese beschränkte Einwanderung nachgeht, so findet man vor allen Dingen, daß es die schlechten Erfahrungen des letzten Jahres waren, die viele Emigranten zurückhielten. Mußten doch bis Juni 1908 einige tausend Italiener zurückkehren, weil sie in Deutschland keine Arbeit fanden. Ferner ist es der Tätigkeit der italienischen Auswanderersekretariate und den staatlichen Auswanderungskommissionen in Köln und Genf sowie der italienischen Presse aller Richtungen zu danken, daß dieses Jahr keine verhängnisvolle Ueberflutung mit Arbeitskräften eingetreten ist. Durch all diese Institutionen wurden die Leute während des Winters über die schlechte Lage des Arbeitsmarktes im Ausland aufgeklärt und ermahnt, nicht abzureisen, ohne vorher Arbeit zu haben. Es kommt aber noch etwas andres in Betracht: Schon gleich nach der Wahl Taxis zum Präsidenten der Vereinigten Staaten Nordamerikas machte sich eine lebhafte Auswanderung dorthin bemerkbar. (Bis jetzt über 100 000 Personen.) Die Leute teilen die übrigens auch sonst verbreitete Ansicht, durch die Wahl Taxis werden die Krise und ihre Folgen beseitigt. Irrig ist es aber, wenn geglaubt wird, viele von den sonst im Ausland beschäftigten Italienern seien in Mexiko und Kalifornien tätig. Man darf nicht vergessen, daß die italienische Bureaucratie nicht den zehnten Teil jener Energie und jenes Organisationstalent besitzt, wie dies zum Beispiel die Amerikaner beim Aufbau San Franciscos gezeigt haben. Und tatsächlich sind in Mexiko verhältnismäßig wenig Leute beschäftigt.

Die Agitation begann mit der Verbreitung eines Flugblattes in italienischer Sprache. Das Flugblatt wurde damals den Leuten am Arbeitsort zugestellt, weil sich bei der Verbreitung in den Grenzstationen, wie es im vorigen Jahre geschah, verschiedene Mißstände zeigten. Doch muß die Verbreitung in Zukunft noch besser durchgeführt werden. Von Ostern ab schlossen sich dann die Versammlungen an, bis jetzt ungefähr 60 bis 70. Sie wurden abgehalten: in Württemberg von den Kollegen Babesio und Ferraresi, in Baden und Elsaß-Lothringen von dem Unterzeichneten. Aus Württemberg kommt die Klage, daß die Versammlungen äußerst schlecht besucht waren. Das ist ja schließlich auch kein Wunder; denn in Württemberg sind es die Einheimischen, hauptsächlich die Bauhilfsarbeiter, die sich darauf beschränken, am Wirtshaus gegen die Italiener zu schimpfen und sie bei jeder Gelegenheit zu insultieren, anstatt sich selbst zu organisieren. Das beste Mittel, die Ausländer heranzuziehen, ist eine starke Organisation der Einheimischen. Man braucht ja die Italiener nicht anzusehen, in unsere Verbände einzutreten, aber auch das andre Extrem taugt nichts, sondern nur festes, bestimmtes, ruhiges Auftreten hat Erfolg bei Leuten, die über sehr geringe Bildung verfügen, wie es leider bei der Mehrzahl der italienischen Auswanderer der Fall ist. In Baden und Elsaß-Lothringen war der Besuch in Anbetracht der geringen Einwanderung verhältnismäßig gut, und soweit sich das Resultat übersehen läßt, ist es zufriedenstellend. Zum erstenmal in diesem Jahre konnten wir eine Anzahl Uebertritte aus dem italienischen Verband verzeichnen. Der internationalen Mitgliedsarten konstatieren. Das Erfreuliche dabei ist, daß sich die Leute meistens freiwillig anmeldeten. Man sieht, daß die in den letzten Jahren aufgewandte Mühe doch ihre Früchte trägt. Nur die Provinz Como macht hier eine unruhige Ausnahme. Von dort haben

wir Hunderte von Maurern, die schon jahrelang dem Mailänder Zweigverein angeschlossen sind, die die internationalen Mitgliedsarten besitzen, und trotzdem ihre Beiträge in Italien bezahlen, weil sie dort bedeutend niedriger sind. Hier müssen einmal unsere Hauptvorstände energig eingreifen und darauf dringen, daß von seiten des italienischen Verbandsvorstandes den betreffenden Kassierern die Annahme der Beiträge von solchen Leuten untersagt wird.

Im allgemeinen scheint es, als ob es etwas vorwärts geht, wenigstens da, wo eine nennenswerte deutsche Organisation besteht. Das ist auch leicht erklärlich. Wenn die Italiener sich organisieren, so müssen sie einen Rückhalt haben an den Deutschen. Daraus ergibt sich für uns die Pflicht, vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß in den Städten wenigstens auf den Hauptbaustellen der letzte Italiener organisiert wird. Diese bilden dann infolge der Fluktuation der Italiener eine Art Sauerzweig unter denjenigen, die an den großen Erdarbeiten beschäftigt sind, auf die wir selbst aber zurzeit noch keinen Einfluß gewinnen können, auch wenn wir an Geld und Zeit nicht sparen. Etwas soll hier nicht vergessen werden, das ist die Mahnung an die Maurer, mehr als bisher auf die italienischen Bauhilfsarbeiter einzuwirken. Die Gründe dafür anzuführen, kann ich mir ersparen; denn sie sind so naheliegend, daß es überflüssig erscheint, darüber ein Wort zu verlieren. Wenn es für die Deutschen gilt, daß man heutzutage mit Versammlungen nicht mehr so weit kommt wie mit der Bautenagitation, so gilt dies noch viel mehr für die Italiener. Sorgen wir alle dafür, daß unter der Zunahme, die wir für unsere Verbände in diesem Jahre erhoffen, auch einige tausend ausländische Arbeiter sind; denn das ist für unsere Bauproben noch weit empfindlicher als ebensoviele Einheimische; setzen sie doch damit eine ihrer letzten Hoffnungen schwinden.

B. Hoff.

Verichte.

(Verichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorankündigungen sende man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unseren Händen sind.

Machen. Unsere wahrheitsgemäße Darstellung der hiesigen Zustände, besonders der Lohnverhältnisse, in Nr. 21 des „Grundstein“ hat bei einem Berichterstatter der „Baugewerkschaft“ alle Schimpfregler ausgelöst. Damit werden aber Tatsachen und deren Ursachen nicht aus der Welt geschafft. Wichtig bleibt doch, daß sich die Leiter der christlichen Organisation bei dem Vertragsabschluß von den Unternehmern haben derb über's Ohr haufen lassen. Diese Sorge war ihnen aber geringer als die Furcht, unser Verband könnte an den Verhandlungen teilnehmen. Die verkleumdliche Behauptung, wir hätten uns 1907 nicht an dem Lohnkampf beteiligt, wird durch die Tatsache widerlegt, daß eine Reihe unserer Kollegen wegen „Streikvergehen“ bestraft wurde, u. a. auch Kollege Kessel, während sich die christliche Streikleitung im Hintergrunde hielt und ihren Mitgliedern weismachen suchte, sie dürfe sich nicht vorwagen; denn wenn sie verhaftet würde, dann wären die Kollegen verlassen und verloren. — In der Tat haben die „roten Gelben“ immer im ersten Treffen gestanden, wenn es galt, die Streikbrecher abzuwehren. Wer, wie der Berichterstatter der „Baugewerkschaft“, das Gegenteil behauptet, tagt die Unwahrheit. Wenn unsere christlichen Freunde insinuierten wären, ein wahres Spiegelbild von uns und unserm Streben zu entwerfen, würden wir ihnen sehr dankbar sein, wenn sie es allen ihren Kollegen in recht scharfer Beleuchtung vorhielten. Da aber ihre darstellende Kunst himmelweit von der Wahrheit abweicht, muß auch ihr Spiegelbild lügen.

Berlin. Eine außerordentliche Generalversammlung, die leider nur schwach besucht war, hielt der Zweigverein am 11. Juni in Dräfers Festsaal ab. Beim ersten Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zur Bauarbeiterfunktionsferenz“, gab Kollege Gans einen kurzen Ueberblick über die Entstehung der Bauarbeiterfunktionskommissionen und unterzog dann die von der Nordöstlichen Baugewerkschaftsgenossenschaft neuerdings herausgegebenen Schutzbestimmungen einer scharfen Kritik. Als Delegierte zur Konferenz wurden die Kollegen G. Mehl, A. Winkler, E. Schulz und D. Gaele gewählt. Als Mitglied des Verbandsausschusses für den nach Hamburg übergesiedelten Kollegen Ellinger wurde Kollege Gaele gewählt. Beim Punkt „Verschiedenes“ besprach Kollege Gans dann noch die Bautenagitation. Diese Agitation wird in der Weise vorgenommen, daß die Kollegen von mehreren zusammenliegenden Bauten gleich nach Feierabend zu Sitzungen zusammenberufen werden, wo ihnen die Notwendigkeit der Organisation klar gemacht werden soll. Gans kritisierte, daß unsere organisierten Kollegen, die den andern beim Besuch der Sitzungen mit gutem Beispiel vorangehen sollen, häufig selbst den Sitzungen fern bleiben, und daß überhaupt das nötige Interesse für diese agitatorische Arbeit vielfach fehle. Er forderte die Kollegen auf, künftig die mit der Bautenagitation beauftragten Kollegen energig zu unterstützen, da nur durch ein Hand-in-Hand-Arbeiten aller Kollegen Erfolge erzielt werden könnten.

München. Der Kampf der Maurer und Bauhilfsarbeiter dauert nun bereits drei Wochen. Es haben verschiedene Unterhandlungen stattgefunden, aber leider immer

resultatlos, da der künftige Baumeister, A. Krauß, sich den Vertretern der Organisation gegenüber auf nichts einlassen wollte. Am 10. Juni fand wieder eine Unterhandlung zwischen den Vertretern der Organisation und Herrn Krauß statt. Im Verlauf der Verhandlung machte Krauß folgendes Angebot. Bei Wiederaufnahme der Arbeit soll den Maurern der Stundenlohn um 2 1/2 und vom 1. März 1910 um einen weiteren Pfennig erhöht werden. Den Bauhilfsarbeitern sollte keine Lohnverhöhung bewilligt werden. Nur den einen Pfennig, den Herr Krauß dieses Frühjahr abgezogen hatte, trotzdem ein Tarif bestand, wollte er den Bauhilfsarbeitern wohlwollend wieder zulegen. Eine gleich darauf stattgefundene Versammlung nahm das Anerbieten, soweit es die Maurer betraf, an. Doch wurde beschlossen, die Arbeit nicht früher aufzunehmen, bis auch den Bauhilfsarbeitern dieselbe Lohnsteigerung zugesichert ist wie den Maurern. Der Kampf dauert also unverändert fort, weshalb Zugang von Maurern und Bauhilfsarbeitern nach Würzburg nach wie vor fernzuhalten ist.

Danzig. Bei der Lohnbewegung in diesem Frühjahr gingen alle beteiligten Organisationen, einschließlich der christlichen, gemeinsam vor. Sie hatten sich darüber verständigt, daß alle unter einem gleichlautenden Tarifvertrag stehenden Organisationen durch je ein Mitglied in der städtischen Schlichtungskommission und im Einigungsamt vertreten sein sollten. Die weitere Befugnis der Kommission müsse proportional nach der Mitgliederzahl der beteiligten Organisationen erfolgen. Der Zentralverband des christlichen Verbandes hatte dazu die Erklärung abgegeben, daß er diese Grundsätze immer hochhalten werde. Auch unser Verbandsvorstand hat sich damit einverstanden erklärt. Gemäß dieser Grundsätze wurde von uns gehandelt. Es wurde ausbrüchlich vereinbart, daß, da der Vertrag vier Mitglieder der Schlichtungskommission vorsieht, je ein Mitglied vom christlichen Bauarbeiterverband, Maurerverband und Zimmererverband delegiert werden sollte. Nachdem der Vertrag abgeschlossen war und die erste Sitzung sich mit der Beratung der Geschäftsordnung befaßt, sollten wir eine Ueberprüfung erleben. Die Unternehmer brachten einen Antrag ein, wonach zu jeder Sitzung zwei Mitglieder des christlichen Verbandes und zwei Mitglieder der andern drei Zentralverbände hinzugezogen werden sollten. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Zentralverbandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Verengung der Zentralverbände darstellte. Eine solche Verengung wäre angeht die Mitgliederzahlen ja geradezu lächerlich. Der Verband der Bauarbeiter hat 680, der Maurerverband 760, der Zimmererverband 450 Mitglieder; zusammen 1890 Mitglieder. Demgegenüber haben die Christlichen 70 Maurer, 80 Bauarbeiter und ebensoviele Zimmerer, insgesamt 180 Mitglieder. Die Ansicht der Unternehmer geht natürlich dahin, eine gesellige Kommission zu bekommen. Mit Hilfe der christlichen Vertreter ist es den Unternehmern auch schon gelungen, den Vertrag unrichtig auszulagern. Der Vertrag steht für alle Bauarbeiter einen Lohn von 38 1/2 fest. Um die Zahlung dieses Lohnes an alle zu umgehen, unterscheiden die hiesigen Baufirmen: Hochbauarbeiter, Tiefbauarbeiter und Erdarbeiter. Für die letzteren beiden Kategorien soll der Lohn durch freie Vereinbarung festgelegt werden. Trotzdem sich der Vertreter der Bauarbeiter mit aller Entschiedenheit gegen diese Unterscheidung wehrte, stimmten die christlichen Vertreter, darunter der Organisationsleiter Müller, mit den Unternehmern. In einer gemeinsamen Sitzung, die sich mit diesen Dingen beschäftigte, mußten die christlichen Kollegen ihre Vertreter fallen lassen und abgeben, daß diese Unterscheidung unzulässig und gegen die Arbeiter gerichtet ist. Zur Befugnis der Schlichtungskommission erklärte der Vertreter Müller, daß ja die Befugnis zu ihren Gunsten sei, sie haben aber nicht absteigen werden. Der Hinweis auf den Tarifvertrag, auf die Erklärung ihres eigenen Vorstandes, auf die getroffene Vereinbarung, alles nützte nichts; wie ein Stier, der sich irgendwo festgerannt hat, bestand er darauf, daß dies offene Unrecht Recht sei. Schon bei der letzten Verhandlung über den Tarif suchte sich Müller bei den Unternehmern anzubetteln. Die Vertreter der andern Verbände hatten der Reihe nach erklärt, daß ohne jede Lohnverhöhung das Angebot der Unternehmer von den Mitgliedern abgelehnt worden sei. Demgegenüber erklärte Müller, er habe Vollmacht, den Vertrag auf Grund des Angebotes der Unternehmer abzuschließen, aber da die andern Verbände in der großen Mehrheit wären, müsse er sich diesen anschließen. Mit andern Worten: Unternehmern, bestärkt nach Königsberger Muster, daß ich die Mehrheit hier bekomme, und ich bin gern bereit, auch bei der Herabdrückung des Lohnes zu helfen.

Dresden. Am 8. Juni fand im Volkshaus eine gut besuchte Versammlung statt, die zunächst vier Kollegen ausschloß. Es waren dies der Zimmermaler Gruner, der in der Eisenmännchen Glasfabrik Streitarbeit verrichtet und polizeilich. Schuß verhängt hatte, und die Afformaurer R. Matthes, G. Müllig und A. Preis. Gegen den Ausschluß der letzten drei Kollegen sprachen mehrere Redner, die insbesondere geltend machten, daß, wenn man erst einige Kollegen wegen Afformarbeit ausschließt, man konsequent sein und alle Afformmurer und -Putzer ausschließen müsse. Demgegenüber wurde geltend gemacht, daß endlich ein Beispiel statuiert werden müsse, das die Kollegen von der Afformarbeit zurückführe. Es seien ja nicht die Unternehmern, die die Afformarbeit verlangen, sondern die Kollegen kaufen den Polieren und Unternehmern in die Wohnungen nach und werden sie dort, Afformverträge mit ihnen abschließen. Das Verbot der Afformarbeit bestünde in Dresden jedoch und diesem Verbotsschluß müsse endlich Geltung verschafft werden. Der Ausschluß der genannten Kollegen wurde schließlich mit großer Majorität beschlossen. Der Kollege Hallendorf hielt dann einen Vortrag über: „Das demokratische Prinzip in den zentralen Gewerkschaften.“ Er verteilte die Ansicht, das Vertretersystem sei in den Kämpfen gegen die Unternehmern für die organisierten Arbeiter die beste demokratische Form, weil Unabstimmungen oft meist viel zu langwierig und schwerfällig seien. Auch durch die Vertretung auf den Verbandstagen werde das demokratische

Prinzip vollst. gewährt, da ja die Vertreter von den Massen der Kollegen gewählt werden. Deshalb sollte man aber auch den auf den Verbandstagen u. u. gefassten Beschlüssen Rechnung tragen. Für die Dresdener gelte dies auch bezüglich der Gehaltsfrage, die immer noch nicht den Verbandstagesbeschlüssen entsprechend geregelt sei. Eine diesbezügliche Resolution, die der Redner vorlegte, wurde von der Versammlung abgelehnt, obwohl fast alle Disziplinärbeschlüsse im Sinne des Referenten gesprochen hatten. Nachdem noch einige nebensächliche Fragen erledigt worden waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Düsseldorf. Der Zweigverein hielt am 30. Mai eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, in welcher der Bericht von der Vorstandssitzung und der Gauskonferenz gegeben wurde. Der Vorsitzende kritisierte in längeren Ausführungen die Plausibilität eines Teils der oberflächlichen Mauerer, die der Organisation den Rücken kehren, nachdem sie eine Lohnsteigerung von 4 % erhalten hatten. Auch Mitglieder des Zweigvereins Düsseldorf haben sich die Schlußmühe über die Ohren gezogen. Sie hielten den Besuch der Versammlungen und die Agitation für den Verband nicht mehr für notwendig, sondern überließen die Arbeit dem Vorsitzenden und den Hilfskassierern. Der Redner streifte auch die kommende Lohnbewegung und ermahnte die Kollegen, dafür zu sorgen, daß die Indifferenten in unsere Reihen kommen. Nach Erledigung einiger anderer Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Friedrichshafen. Am 7. Juni fand im Lokale „Zum Schiff“ die erste Mitgliederversammlung der hiesigen, neu gegründeten Organisation statt, in der Kollege August Wünnig einen instruktiven Vortrag über den Organisationsgedanken hielt. In eindringlichen Worten führte er den Kollegen die Notwendigkeit der gemeinschaftlichen Organisation vor Augen und schilderte deren Wirken an Beispielen aus dem täglichen Leben und Streben der deutschen Arbeiter, unter besonderer Berücksichtigung der Mauererbewegung. Nach ihm sprachen Kollege Stolle und der Gauleiter der Bauhilfsarbeiter, Genosse Wünnig, in demselben Sinne. Mit dieser Versammlung dürfte sich unsere Organisation manche Sympathien erworben haben. Man wählte dann noch die Verwaltung, so daß der Zweigverein Friedrichshafen nunmehr vollständig gegründet ist. Gegenwärtig ist ziemlich viel Arbeitsgelegenheit vorhanden, da der Ort durch die Juppelinschen Unternehmungen einen merkbaren Aufschwung erfährt. Zugunsten der Kollegen, die sich an der Organisationsarbeit beteiligen wollen, ist uns ersucht.

Halle a. d. S. In der am 8. Juni tagenden Mitgliederversammlung wurde, bevor man in die Tagesordnung eintrat, das Andenken der verstorbenen Kollegen Carl Hauer und Friedrich Händel in der üblichen Weise gelehrt. Zur Wiederaufnahme in den Verband meldeten sich die Kollegen Otto Mehl und Adolf Schwietershausen. Nachdem dieselben das Statut anerkannt und versprochen hatten, nicht wieder als Arbeitswillige tätig zu sein, wurde ihre Aufnahme unter Zahlung der durch Beschluß festgesetzten Buße beschlossen. In lehrreicher Weise referierte dann Genosse Redakteur Niebuhr über das Thema: „Wilder aus der Entwicklungsgeschichte“. Mit großer Aufmerksamkeit verfolgten die Anwesenden die Ausführungen des Referenten, dem lebhaftest Beifall gezollt wurde. Die Abrechnung vom 25. Stiftungsfest ergab eine Einnahme von 1.189,95 und eine Ausgabe von 1.254,30, so daß ein Defizit von 64,35 vorhanden ist. Beisitzend wurde, das Sommerfest am 27. Juni im „Vollspatz“ zu feiern. Es wurde eine Kommission von 20 Mann gewählt. Der Eintrittspreis soll pro Person 10 Z. betragen. Das Ranggeld beträgt für Mitglieder 50 Z., für eingeladene Gäste 1 Z. Sodann berichtete Kollege Lühblich über die Tätigkeit der Bauarbeiterkommission. Seine Ausführungen ergaben sich aus dem Gesamtbericht der Bauarbeiterkommission, der bereits in Nr. 108 des „Vollspatz“ veröffentlicht ist. Unsere Delegierten sollen in der nächsten Sitzung darauf hinweisen, daß bei der nächsten Kontrolle Feststellungen gemacht werden, auf welchen Arbeitsstellen noch Flaschenbier vorhanden ist. Nachdem noch einige andere Angelegenheiten besprochen waren, wurde die Versammlung mit dem Wunsch, daß ein jeder tatkräftig für die Organisation agitieren möge, geschlossen.

Karlsruhe. Am 4. Juni fand auf Veranlassung der Bezirksleitung unseres Verbandes im Kolosseumsaal eine öffentliche Mauererversammlung statt. Als Referent war der Vorsitzende des Verbandes, Kollege Bömelburg, erschienen. Die Versammlung war für die gegenwärtigen Verhältnisse sehr gut besucht. Es blieben nur ganz wenige von den zurzeit in Karlsruhe beschäftigten Mauerern gefehlt haben. Bezirksleiter Philipp eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis darauf, daß nach der verfloßenen letzten Zeit reine agitatorische und organisatorische Tätigkeit einsetzt werden müsse. Bömelburg sprach über die Gegenwart und Zukunft im Baugewerbe und führte dazu aus: Die Bewegung im vorigen Jahre habe an vielen Orten die Kollegen nicht befriedigt. Nach ihrer Ansicht sei der materielle Erfolg ungenügend. Darin hätten die Kollegen recht. Auch der Vorstand sei mit dem Ergebnis der vorjährigen Bewegung nicht zufrieden. So, wie aber die Dinge lagen, glaubte er der Organisation und dem Interesse der Kollegen am besten zu dienen, wenn er es nicht auf einen Kampf ankommen ließ. Man habe damals bei manchen Kollegen mit Bezug auf die Organisationsleiter von Verrätern gesprochen. Die Organisationsleitung hätte aber Verrat an der Organisation und an den Kollegen dann verübt, wenn sie anders gehandelt hätte, wenn sie der Meinung jener Kollegenfolge gefolgt wäre. Das Jahr 1908 brachte in vielen Orten eine vollständige Ruhe im Baugewerbe. Karlsruhe hat besonders früh, bereits im Jahre 1906, die Wirkungen der Krise verspürt und sie wirkte hier sehr hart. So sah es auch in anderen Gebieten aus, auch in solchen, wo man sonst während der Bauzeiten von Arbeitslosigkeit nichts wußte. Mitten im Sommer waren Zehntausende von Kollegen arbeitslos, sie mußten als Hilfsarbeiter, in Fabriken und in der Landwirtschaft ein Unterkommen suchen. Der Verbandsvorstand hat diese Entwicklung der Dinge vorausgesehen. Schon bei der Berliner Bewegung hat er auf die Verhältnisse aufmerksam gemacht, er ist aber nicht gehört worden. Gatten die Berliner damals

dem Verbandsvorstand gefolgt, so stünden sie heute besser. Nichts hat besser gezeigt, als der Verlauf der Berliner Bewegung, wie richtig die Kritik des Verbandsvorstandes war. Trotz aller ungünstigen Verhältnisse haben wir im vorigen Jahre noch für 46.000 Kollegen Lohnsteigerungen erreicht. Das ist ein Erfolg der Organisation, ein Erfolg, der zwar mehr ein moralischer, als ein materieller ist. Das Wörtchen „tätig“ mußte von der Unternehmerorganisation aus den Verträgen gestrichen werden, beschäftigte Lohnreduktionen mußte das Unternehmertum fallen lassen. Die Organisation der Mauerer in den letzten Jahren ist groß geworden, weil die Organisation bestand, Erfolge zu erzielen. So mancher, der wankelmütig war, sagte sich, als er die Erfolge der Organisation deutlich vor Augen sah, daß er doch auch mitmachen will. Der Niedgang in der Mitgliederzahl der Organisation ist auf den Niedgang der beschäftigten Kollegen zurückzuführen, im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten ist ein Niedgang nicht eingetreten. Die Organisation ist auch finanziell gut fundiert. Was die Zukunft anbelangt, so ist vor allem zu beachten, daß es sich jetzt nicht mehr um lokale Kämpfe handelt, das Kampfgebiet ist erweitert, der Kampf wird mehr und mehr auf zentraler Grundlage geführt. Die Wucht des Unternehmertums ist, die Kämpfe auf breiterer Basis zu führen, die bestehenden Verträge alle zu einem und demselben Zeitpunkt ablaufen zu lassen. Damit will man die Organisationen der Arbeiter niederzwingen, um dann die Lohn- und Arbeitsbedingungen diktieren zu können. Wir stehen vor einer Bewegung, die in der Geschichte der deutschen und man darf sagen, der internationalen Arbeiterbewegung beispiellos dasteht. Auch Karlsruhe kommt nächstes Jahr in Betracht. Das Unternehmertum will besonders von einer Verkürzung der Arbeitszeit nichts wissen. In diesen Kreisen rüstet man sich eifrig zum Kampf für das nächste Jahr, um zu erreichen, was 1908 vorübergegangen war. Man denkt in den Kreisen der Unternehmer sogar an eine Verlängerung der Arbeitszeit, wo diese heute weniger als zehn Stunden beträgt. Die Organisation der Unternehmer hat die Wucht, es auf einen Kampf ankommen zu lassen. Demgegenüber ist uns der Weg durch das Programm unserer Organisation: Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Verkürzung der Arbeitszeit, vorgezeichnet. In diesem Programm werden wir festhalten. Wenn wir wieder zu Vertragsverhandlungen kommen sollten, dann nur, wenn das Unternehmertum in angemessener Weise entgegenkommen zeigt. Den Kampf haben wir siegreich zu Ende geführt. Sorgen wir dafür, daß, wenn die Unternehmer uns zum Kampf herausfordern, sie uns in der richtigen Vorbereitung finden. — Philipp dankte dem Referenten für seine begeisterten Worte. Er erinnerte an die Entwicklung der Organisation der Mauerer in Karlsruhe und Umgebung und sprach Genugtuung darüber aus, daß die Organisation in schwerer Zeit so gut gehalten hat. Er hofft, daß Vegetierung und Kampfesmut alle Kollegen erlasse. Dann werde man mit ruhigem Mut den kommenden Kämpfen entgegengehen können. Mit einem begeistert aufgenommenen Schluß auf die Organisation und den Erfolg der kommenden Kämpfe schloß Philipp die Versammlung.

Königsberg. Seit langer Zeit schon wurde von hier aus versucht, die in den Dörfern der Kreise Saalfeld und Mochungen wohnenden Kollegen zu organisieren. Diese Kollegen, deren Zahl man auf 1000 schätzt, gaben sich bei Kämpfen schon öfter als Hilfsstruppen der Unternehmer her. Der größte Teil von ihnen ist gewandert, beim Beginn des Frühjahres in die Städte Ost- und Westpreußens zu reisen, weil in ihre Heimat nur wenig Arbeit ist und die Löhne so niedrig sind, daß sie davon nicht leben können. Man sie in einen Ort mit guter Organisation, so traten auch sie bisher dem Verbande bei, um dann in der Heimat wieder in den Ritten zu stehen. Es gibt Leute darunter, die geistlich Mitglied unseres Verbandes waren und die nicht wenig stolz auf ihre Bücher sind. Im Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit standen sie uns besonders im Wege. Ist es doch vor einigen Jahren öfter vorgekommen, daß sie von den Unternehmern die Verlängerung der Arbeitszeit auf dreizehn Stunden forderten und die Arbeit verließen, wenn diese nicht bewilligt wurde. In den letzten Jahren ist es etwas besser geworden, aber in ihre Heimat selbst befinden auch heute noch die denkbar schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Eine zwölf- bis dreizehnstündige Arbeitszeit und Tagelöhne von 1.250 bis 1.400 im Sommer sind dort üblich. Nun ist es uns endlich gelungen, in jenen Kreisen zwei Zählstellen zu gründen, die sich über zwölf Dörfer erstrecken. Die Zählstelle Gerswalde zählt gegenwärtig 90 Mitglieder und es ist zu hoffen, daß diese Zahl sich bald erhöhen wird. Ist es doch der Meinung, daß diese bereits gelungen, einen siegreichen Kampf zu führen. An drei Unternehmern in Gerswalde und Saalfeld wurde die Forderung auf Einführung der achtstündigen Arbeitszeit und eines Stundenlohnes von 42 Z. gestellt. Als die Unternehmer eine Antwort nicht erteilten, beschloßen am 1. Juni 90 Kollegen, die Arbeit einzustellen, was auch einmütig geschah. Ein Unternehmer bewilligte sofort, ein anderer nach zwei Stunden. Der dritte, Murel, will sich die Sache noch überlegen. Bei ihm kommen 30 Kollegen in Betracht, die bis auf die Streikzeit abgerechnet sind. Wir haben also Zeit. In nächster Zeit soll auch über die andern Firmen beschlossen werden. Unsere Kollegen sind gewillt, die Organisation fortan stabil zu erhalten und weiter auszubauen, um so bald wie möglich mit den unwürdigen Zuständen in der ganzen Gegend aufzuräumen zu können.

Wittenberg a. d. S. Am 6. Juni tagte unsere Mitgliederversammlung, die verhältnismäßig schon besucht war. Kollege Hante-Verlin sprach über den Kampf um die Arbeitsbedingungen und über die Situation im Baugewerbe. Er lobte den Mut der Kollegen, den sie heute, nach dem verlorenen Streik, noch befehen, und ermahnte sie, fest an der Organisation zu halten und alle Kollegen, die jetzt der Organisation fernstehen, heranzuziehen, damit uns das Unternehmertum im Jahre 1910 einig finden. Die jüngeren Kollegen wies er an, mehr den „Grundstein“ zu lesen und dadurch ihr Wissen zu bereichern. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Danach wurden zwei Kollegen zu der Konferenz am 20. Juni in Regis gewählt. Die Kollegen Stein und Hilgert nahmen die Wahl an. Von einer Sperre etlicher Unternehmer wurde vorläufig abgesehen.

Ferner wurde beschlossen, am 10. Juli unser zehntes Stiftungsfest zu feiern.

Badre. Eine öffentliche Mauererversammlung fand am 10. Juni im Gewerkschaftsaale statt, in der der Kollege Bias aus Antonienbüttel einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Der Kampf um tägliche Brot“ hielt. Anwesende Christliche, die sich durch einige mißverständliche Äußerungen des Referenten in ihrem religiösen Gefühl verletzt fühlten, brachten durch ihr Benehmen die Versammlungsteilnehmer in Erregung. Auch nachdem der Referent seine von den Gegnern kritisierte Bemerkung noch einmal klar gelegt hatte, konnte man sich im andern Lager noch nicht ganz beruhigen; Kollege Stante ersuchte im Interesse der bevorstehenden Lohnbewegung, sich sachlicher an der Debatte zu beteiligen und keinen Streit in das bis jetzt gute Einvernehmen zu tragen. Denn dadurch arbeiten wir nur den Unternehmern in die Hände. Zur Lohnbewegung empfahl er, sich den auf der gemeinschaftlichen Konferenz gefassten Beschlüssen zu fügen, und sich auf die Maßnahmen der Organisationsleitungen zu verlassen, denn es gehe nicht an, den Kriegsplan den Unternehmern vorzeitig zu verraten. Kollege Rod forderte auf, sich die Helfershelfer der Unternehmer, die Unorganisierten, vorzunehmen, und sie zu organisieren. Nachdem sich noch die Kollegen Barmatz, Koch, Kamitz und Wray an der lebhaften Diskussion beteiligt hatten, wurde die ziemlich gut besuchte Versammlung geschlossen.

Gliesenleger.

München. Durch den kürzlich beendeten neunwöchigen Streik hatten sich die Arbeiter in unserm Gewerbe gehäuft und die Folge war, daß die Arbeitskräfte am Orte nicht reichten. Die Unternehmer suchten daher in verschiedenen Orten Deutschlands und Österreichs durch Telegramme und Briefe Arbeitskräfte. Wir haben deshalb einen sehr starken Zug von Gliesenlegern. Die dringenden Arbeiter sind zum Teil fertig und es macht sich jetzt schon bemerkbar, daß zuviel Gliesenleger in München sind. Selbst die Unternehmer mußten den auswärts angeworbenen Kräften abschreiben, da sie ihnen keine Garantie auf längere Arbeit geben können. Wir erlauben deshalb alle Kollegen, nicht nach München zu reisen, wenn die Kollegen nicht Gefahr laufen wollen, 14 Tage bis drei Wochen umher zu suchen, bis sie auf einige Kollegen Arbeit aufstreifen. Moralische Pflicht eines jeden Kollegen ist es, bevor er nach München reist, sich beim Zweigvereinsvorstand zu erkundigen, der gerne bereit ist, Auskunft zu geben und die Kollegen vor finanziellen Opfern zu schützen. Ferner wollen wir mitteilen, daß die Streikbrecher Louis Schide, Wilhelm Geise und Gustav Daßler aus Offen München verlassen haben, jedenfalls um in einem andern Streikgebiete ihr unsauberes Handwerk weiter zu treiben.

Isolierer und Steinholzleger.

Halle. Am 5. Juni fand hier die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Vom Vorsitzenden wurden zunächst die Kollegen gerügt, die die letzte Versammlung versäumt hatten. Nachdem sie sich entschuldigt hatten, wurde ein Rundschreiben der Gewerkschaften verlesen, das von den Kollegen mit Interesse entgegengenommen wurde. Nach Erledigung einiger inneren Angelegenheiten war Schluß der Versammlung. Die nächste Versammlung findet am 26. Juni, abends 8½ Uhr, statt.

Leipzig. Am 1. Juni hielten die Leipziger Isolierer ihre Versammlung im Vollsatzsaal. Sie war mäßig besucht, da eine Anzahl Kollegen verreist waren. Nachdem der Kassierer die vorletzte und letzte Abrechnung vorgelegt hatte, die von den Revisoren für richtig befunden wurde, entfaltete die Versammlung den Kassierer. Obwohl wir im letzten Versammlungsbericht ausdrückliche die Kollegen auf forderten, die ihre Mitgliedsbücher nicht persönlich vorlegen konnten, sie einzufinden, hatten alle nicht anwesenden Kollegen dieses unterlassen. Wir machen deshalb nochmals darauf aufmerksam, daß alle nicht in letzter Versammlung kontrollierten Bücher beim Kassierer vorzulegen resp. ihm einzufinden sind; dies gilt auch für die Kollegen, die glauben, ihre Bücher in Ordnung zu haben. Aus verschiedenen Gründen macht sich diese Kontrolle notwendig. Mit der Hamburgener Aussperrung beschäftigte sich unsere Versammlung abermals. Die Versammlung war der Ansicht, daß an eine bedingungslose Unterwerfung absolut nicht zu denken sei und beschloß, die Aussperrten weiter zu unterstützen. Ein Antrag, die inzwischen als Mauerer auf dem Bau tätigen Isolierer ebenfalls zur Zahlung des Extrabeitrages zu verpflichten, wurde abgelehnt, jedoch verpflichtet, freiwillig zu zahlen. Bezüglich der Kaiserfeier wurde festgestellt, daß alle anwesenden Kollegen am 1. Mai die Arbeit haben ruhen lassen. Der Kollege Geyer, der inzwischen auf Wanderschaft gegangen ist, hat aber bis heute weder abgemeldet, noch sonst wie geäußert hat, wird bis auf weiteres gestrichen. Unsere nächste Versammlung findet am 4. Juli statt.

Ein Demunziant.

Wir erziehen folgendes Schreiben:

Zu Ihrer Rolle in Nr. 24 des „Grundstein“ mit der Überschrift: „Ein Demunziant“, erziehen wir Sie, in der nächsten Nummer Ihres Blattes folgende Richtigstellung zu bringen:

Es ist nicht wahr, daß Wilhelm Brangatz „heute ein fleißig agitatorisch tätiges Mitglied der Freien Vereinigung aller Berufe in Berlin“ ist, wie Sie in Ihrer Rolle schreiben. Wahr ist vielmehr, daß Brangatz — nach kurzer Gastrolle in unserer Vereinigung — seit Dezember 1908 w. u. e. der „Freien Vereinigung aller Berufe Berlins und Umgegend“ noch einer anderen Organisation unserer Richtung als Mitglied angehört und also auch nicht mehr für dieselbe „fleißig agitatorisch tätig“ sein kann!

Der Vorstand der Freien Vereinigung aller Berufe Berlins und Umgegend
J. M. G. Rieger.

Wahr ist also, daß der saubere Praxistat auch bei den Anarchisten nicht den gewünschten Anschluß gefunden hat, aber Mitglied ist er bei ihnen gewesen, bis vor wenigen Monaten, und das genügt, denn es zeigt, wozu sich alle diese Elemente hingezogen fühlen.

Internationale Maurerbewegung.

Schweiz.

Zu Pfingsten tagte in Winterthur der zweite Verbandstag des Schweizerischen Maurer- und Handlangerverbandes, dem von allen Seiten mit größter Spannung entgegengesehen wurde. Handelte es sich doch im Grunde genommen um den Fortbestand der gegenwärtigen Organisation. Dieser kann nicht bestritten werden, daß der Verlauf des Kongresses eine imposante Demonstration der organisierten Bauarbeiter der Schweiz war. Die Schuld daran tragen in erster Linie die unruhigen italienischen Elemente der französischen Schweiz, die ihrerseits wieder aufgeschaltet waren vom Redaktor Serrati, dem Sekretär der italienischen sozialistischen Partei in der Schweiz. (Zum besseren Verständnis seien die Leser auf den Bericht in Nr. 23 des „Grundstein“ unter der Rubrik „Internationale Maurerbewegung“ verwiesen.) Dieser Mann, der sich in der Vergangenheit ungewöhnliche Verdienste um die Organisation der italienischen Einwanderer erworben hat, bekämpft nun fast längerer Zeit in seinem Blatt „L'Avantgarde des Lavoratori“, das gleichzeitig das Organ des Verbandes war, die Zeitung des Verbandes und dessen Einrichtungen, hauptsächlich die hohen Beiträge. In diesem Frühjahr wurde nun der Verbandstag von Serrati mitgeteilt, daß das oben erwähnte Blatt vor dem Bankrott stehe. Es wurde ihr anheimgegeben, selbst eine Zeitung für ihre italienischen Mitglieder herauszugeben. Einige Tage darauf verlangte er aber Frs. 200 Voranschlag, und weil dieser mit Recht verweigert wurde, begann nun eine furchtbare Fege gegen den Verbandsvorstand und das Verbandsstatut. Die Früchte dieser demagogischen Fege kamen in Winterthur zum Vorschein. Was hier von seiten einiger Italiener unter der perfekten Führung von Serrati an Madag geleistet wurde, übersteigt alles bis jetzt dagewesene.

Der Verbandstag wurde am Pfingstsonntag, morgens 9 Uhr, durch den Sekretär Kappeler eröffnet. Als Gäste waren anwesend: Borgeffo vom italienischen Bauarbeiterverband, Hämmerling vom deutschen Maurerverband und Vossli im Auftrag der Kommission für italienische Agitation in Süddeutschland; ferner als Vertreter des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes der Genosse Balzer. Als Beobachter fungierten Balzer und Pelloni. Vertreten waren 24 Sektionen mit zusammen 1882 Mitgliedern durch 88 Delegierte.

Die Tagesordnung sah vor:

1. Bericht des Hauptvorstandes, der Redaktoren und der Kontrollkommission;
2. Beratung der Anträge auf Statutenänderung;
3. Beschlußfassung über die Eintragung des Verbandes ins Handelsregister;
4. Bericht und Anträge zur Gründung einer Krankenkasse;
5. Eintritt zum Schweizerischen Gewerkschaftsbund;
6. Beratung sonstiger Anträge, die in den vorstehenden Punkten nicht enthalten sind;
7. Wahl des Hauptvorstandes, der Redaktoren usw.

Als Vorkommnisse wurden beklagt: Thalmann-Basel und Waldrius-Aarau. Schon bei der Wahl der Mandatsprüfungskommission ging der Streich los. Die italienischen Vertreter vonusanne und Zürich verlangten für die Vertreter der außerhalb des Verbandes stehenden (autonomen), sowie einiger wegen Schulden ausgeschlossener Sektionen die Zulassung zum Kongress. Ueber diese Frage entspann sich eine äußerst erregte Diskussion, die bis zum Mittag des zweiten Verhandlungstages dauerte. Als möglich wurde dem Hauptvorstand und hauptsächlich den beiden Sekretären vorgeworfen: Eigenmächtigkeit, Mißachtung des Statuts, Unterdrückung der Italiener usw. In ihren Erörterungen wiesen die Sekretäre nach, daß alle Vorwürfe unbegründet sind und daß die Anfragen wegen Statutenverletzung gerade von Leuten und Sektionen kommen, die selbst fortwährend das Statut mit Füßen getreten haben, die weder Gelder noch Beiträge einschlachten und die sich überhaupt um den Verband nur kümmern, wenn sie seine Hilfe brauchen. Die Vertreter des Hauptvorstandes erklärten ferner im Einverständnis mit der Kontrollkommission (Auschuß), daß sie unter keinen Umständen Bericht erstatten würden vor Vertretern von Sektionen, die dem Verband nicht angehören. — Die Diskussion eröffnete einen Einblick in die Konflikte und die geistigen „Fähigkeiten“ der oppositionellen Italiener. Die selbstverständlichen Regeln der Geschäftsordnung, wie z. B. die schriftliche Vormeldung, wurden als bürokratisch und gegen die Freiheit der Mitglieder gerichtet bezeichnet. Außerhalb des Kongresses stehenden Leuten sollte das Wort erteilt werden. Den Sekretären wurde entgegengehalten, sie könnten nicht mehr als Vertreter der Bauarbeiterschaft gelten, weil alle solche nur Leute mit schwieriger Frau zu betrachten seien. Gleichseitig mußten sie zugeben, daß unter den Delegierten, die den größten Madag machten, sich Händler befänden, die das Arbeiter auf dem Bau nur vom Hörensehen kennen. Endlich kurz vor Mittag des zweiten Tages kam es zur Abstimmung über die Zulassung der autonomen Sektionen, die wider alles Erwarten die Zurückweisung derselben ergab. Unter dieser vom Kongress zurückgewiesenen Sektionen befanden sich Genf, das aus dem Verbandsaustrat, nachdem es mit besten Hilfe die traurigen Verhältnisse am Orie bedeutend verbessert hätte, und Bern. — Vor der Abstimmung erklärten die Vertreter der Opposition, sie würden sich unter allen Umständen einer eventuellen Majorität fügen. Nachdem jedoch die Abstimmung ergab, daß sie sich in der Minorität befanden, hielten sie eine Sitzung ab, als deren Ergebnis sie mit ungeheurem Pathos bekundeten, daß sie die „Unterdrückung der Mitglieder durch den Hauptvorstand“ nicht mehr ertragen könnten und deshalb den Verbandstag verlassen, um eine neue italienische Organisation in der Schweiz zu gründen. 13 Delegierte, die ungefähr 880 Stimmen repräsentierten, verließen darauf den Saal. Nur einer blieb zurück, um, wie es schien, die Verhandlungen so viel wie möglich zu hemmen.

Jetzt erst, Montag nachmittag 4 Uhr, begann die wirkliche Arbeit des Verbandstages mit der Wahl der Mandatsprüfungskommission, der der Bericht des Hauptvorstandes und der Redaktoren sowie der Kontrollkommission folgte. Den Bericht des Hauptvorstandes finden die Leser in dem oben erwähnten

Artikel in Nr. 21 des „Grundstein“. Es ist jedoch hinzuzufügen, daß sich die Mitgliederzahl in diesem Frühjahr bedeutend gehoben hat. — Die Berichte wurden mit 1888 gegen 120 Stimmen gutgeheißen. — Die vom Hauptvorstand vorgelegten ungewissen Statutenänderungen wurden nach kurzer Debatte angenommen. Nur gegen das Weiterbestehen der vom Hauptvorstand seit dem 1. Januar d. J. herausgegebenen italienischen Zeitung „La Muraria“ wendeten sich einige Delegierte, die die Weiterbestehung des „L'Avantgarde“ als Verbandsorgan verlangten, mit großer Schärfe. Aber auch hier wurde der Vorschlag des Vorstandes angenommen, so daß in Zukunft der Verband ein deutsches und ein italienisches Organ besitzt, die beide vierzehntägig erscheinen. — Die Eintragung des Verbandes in das Handelsregister wurde abgelehnt; ebenso die Errichtung einer Krankenkasse im Anschluß an den Verband. Beschlossen wurde dagegen der Eintritt zum Gewerkschaftsbund, da die Ursachen, welche dem letzteren entgegenstehen, beseitigt sind.

Beim Punkt 6 kamen dann noch verschiedene Anträge zur Beratung; darunter die Eingabe des Hauptvorstandes vom Basel nach Zürich, was mit der glücklicheren geographischen Lage der letzteren Stadt begründet wurde. Dilem Antrag wurde zugestimmt mit Rücksicht auf die besseren Organisationsverhältnisse in Zürich sowie des Umstandes, daß Zürich den Mittelpunkt des geistigen und politischen Lebens der Schweiz darstellt. Die Überweisung soll zum 1. Oktober d. J. erfolgen sein. Ein Antrag, über irgend eine Sache eine Urabstimmung vorzunehmen, wenn es die Hälfte der Sektionen verlangt, wurde mit der Begründung abgelehnt, daß dies nur dazu dienen würde, eine ständige Unruhe unter die Mitglieder zu bringen, da zu erwarten sei, daß wegen der Kleinigkeit zu diesem Mittel gegriffen würde. Die Kontrollkommission verlangte dann für sich das Recht, die Tätigkeit des Hauptvorstandes zu kontrollieren. Ebenso sollten wichtige Beschlässe nur mit Einwilligung der Kontrollkommission ausgeführt werden dürfen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Die Sektion Winterthur beantragte, es solle in das Statut eingefügt werden, daß die Mitglieder, wenn alle am Ort befindlichen Unternehmer die Forderungen bewilligt haben. Die italienische Sektion in Basel beantragte die Einführung einer Unterabteilung für Defektur, die vorher dem Verbandsamt angehört. Natürlich wurden auch diese beiden Anträge abgelehnt. — Als Sekretäre wurden Kappeler und Garold wiedergewählt, letzterer auf seinen Wunsch nur, bis ein anderer gefunden ist.

Am Montag des 2. Juni, anderthalb Tage später als beabsichtigt war, wurde der Verbandstag geschlossen. Er ließ in seinem äußeren Verlauf vieles zu wünschen übrig. Zwar darf nicht übersehen werden, daß Verhandlungen in zwei Sprachen sehr schwierig sind und daß auch die Verfallsartigkeit der Volkscharaktere nicht verhandlungsfördernd wirkt. Aber gerade deshalb muß die Leitung eines derartigen Verbandstages mit Umsicht und Energie gehandhabt und jeder Schein von Parteilichkeit vermieden werden; letzteres besonders mit Rücksicht auf das angeborene Mißtrauen der italienischen Mitglieder. Nach deutschen Begriffen sollte es in gewisser Sinne an einer Direktive, woraus sich mancherlei Zwischenfälle ergaben, die besser unterbunden wären. Zweierlei hat diese Tagung erwiesen. Erstens, daß die deutschen und der größte Teil der italienischen Mitglieder mit dem Hauptvorstand und seiner Geschäftsführung einverstanden sind, und daß diese Mitglieder, die meistens die Mehrzahl bilden, auch in Zukunft das Rückgrat der Organisation bleiben werden. Zum anderen zeigte der Kongress, daß man auch in der Schweiz anfängt, den Wert höherer Beiträge zu begreifen, obwohl gerade dagegen von Serrati und seinen Anhängern die wüßte Agitation entfaltet wurde. Die Delegierten selbst der meisten italienischen Sektionen hatten gebundene Mandate, gegen jede Herabsetzung der Beiträge zu stimmen. Serrati, der sich noch am Sonntag sehr siegesbewußt zeigte, machte mit seinen Mandatsträgern ein recht langes Geschäft, als die Abstimmung über die Zuzahlung der außerstehenden Sektionen bekannt wurde. In einer Verteilungsrede, bei der er eine wertvolle Mühe an die Delegierten, daß Serrati kleinlaut die Verantwortung für alle jene Zeitungsartikel, durch die der Verband und seine Vertreter in der scholischen Welt beschimpft wurden, auf seine Anhänger, auf Leute, die bestimmt keine fünf Sätze zusammenbringen. Es läßt sich schwer sagen, wie sich die Dinge nun entwickeln werden. Auf alle Fälle muß darüber gewacht werden, daß die Spaltung in der Schweiz nicht auf unreife deutsche Zweigvereine in Süddeutschland übergreift, wo wir Italiener organisiert haben. Noch eins hat dieser Kongress gezeigt: daß durch das Hineinreden von seiten Außenstehender in die Arbeiten der Gewerkschaften nur Verwirrung und Zwietracht gesät werden.

Österreich.

In Salzburg tagte am 30. Mai die Bezirkskonferenz für Salzburg und Oberösterreich. Zu derselben waren dreizehn Delegierte, der Verbandsvorsitzende Meiser aus Wien und Bezirksobmann Greiseneder aus Linz erschienen. Als Gäste waren anwesend: ein Vertreter der Zimmerer Salzburgs, die Kollegen Bleichner aus Reichenthal und Garl aus München, sowie der Arbeitersekretär Casparino aus Borsberg.

Nach Erledigung der nötigen Vorarbeiten erstattete der Bezirksobmann, Kollege Auer, den Bericht. Aus demselben geht hervor, daß auch die österreichische Organisation unter den Folgen der Krise zu leiden hatte. In einzelnen Orten ging eine Anzahl von Mitgliedern verloren. Die Scharte wurde aber dadurch wieder ausgiebig ersetzt, daß die Organisation in bisher unfruchtbare Gebiete einbrang. Kollege Auer schloß seine Rede mit dem Hinweis, daß die Agitation in diesem fatalen Gebiet entgegenstehe. — In der Diskussion trittrierten einzelne Redner die Tätigkeit des Bezirksvorstandes. Es stellte sich aber heraus, daß die Beschwerden völlig unbegründet waren, weshalb dem Bezirksvorstand einstimmig Decharge erteilt wurde. Auch die Buch- und Kasseneinführung wurde völlig in Ordnung befunden.

Beim Punkt „Neueinteilung des Bezirks“ wurde nach einer Begründung der Kollegen Auer und Greiseneder einstimmig beschlossen, den Bezirk Oberösterreich wieder mit dem Bezirk Salzburg zu verschmelzen. — Der Punkt „Gehaltsfragen“ wurde dem Bezirksvorstand zur Regelung überwiesen.

Folgende wichtige Anträge kamen nach lebhafter Debatte zur Annahme:

1. Die Zeitungen aller Gruppen haben dafür zu sorgen, daß in ihrem Gebiet auf jedem Bau ein Vertrauensmann aufgestellt wird, welcher jeden Monat über seine Tätigkeit Bericht zu erstatten hat.

2. Im ganzen Bezirk ist für alle Mitglieder ein Monatszuschlag von 6 Heller wöchentlich einzuführen.

3. Die Gruppen haben von jeder verkauften Karte 8 Heller an den Bezirksvorstand abzuliefern.

Beim Punkt „Sonstiges“ begrüßte es Kollege Garl aus München, daß auch in Österreich die Bewegung immer festeren Boden fände. Wie die Unternehmer bereits internationale Kartellverträge anstreben, so müssen auch wir uns gegenseitig unter die Arme greifen. Er karte dann die Anwesenden über die gegenwärtigen Vorgänge in München auf, die nur durch den grenzenlosen Terrorismus der Unternehmer heraufbeschworen worden seien. Dann ersuchte er die Kollegen, das Gehörte in jeden Ort hinauszutragen und auch danach zu handeln.

Als Bezirksobmann wurde der Kollege Auer, Salzburg, Wabertzt. 1. St., einstimmig wiedergewählt.

Der Verlauf der Konferenz hat gezeigt, daß auch in diesem dunklen Bezirk die Organisation vorwärts marschiert, daß auch dort ein Stamm von Männern zu finden ist, die ihr ganzes Sein und Können in den Dienst der Allgemeinheit stellen.

Holland.

An den beiden Pfingsttagen hat der Bund der Bauarbeiter (Maurer und Hilfsarbeiter) seinen dritten Kongress in Arnheim abgehalten. Mit dem Bundesvorstand waren 55 Delegierte anwesend. Der Zentralverband der Maurer Deutschlands war durch den Kollegen Bapillon vertreten.

Der Bund hat seit dem letzten Kongress recht gute Fortschritte gemacht: Am 30. Juni 1907 hatte er in 25 Abteilungen (Zweigvereinen) 750 Mitglieder und am 31. Dezember desselben Jahres 954 Mitglieder. Am 31. Dezember 1908 war die Zahl der Abteilungen auf 33 und die der Mitglieder auf 1404 gestiegen, und zur Zeit des Kongresses hatte die Mitgliederzahl 2000 überschritten. Immerhin ist die Organisation noch sehr schwach, denn den 2000 Mitgliedern stehen noch circa 20 000 unorganisierte aber anders organisierte Maurer und Hilfsarbeiter gegenüber; aber auch die feindlichen Organisationen sind ohne Bedeutung. Ein „hybriditalischer“ Verein hat einige hundert Mitglieder in Amsterdam, während ein „christlicher“ Verband in dem katholischen Süden des Landes und im deutschen Grenzgebiet einer einheitlichen Organisation entgegenarbeitet. Die Folge dieser Zersplitterung und der noch schmerzlichen Gleichgültigkeit der großen Masse der Berufsangehörigen ist ein geradezu fälschlicher Stand der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Nach einer dem Kongress vorgelegten Statistik ist in der Mehrzahl der Städte die Arbeitszeit noch elf Stunden, ja vielerorts zwölf Stunden und darüber. Die Stundenlöhne der Maurer gehen herab auf 18 Cent (nicht ganz 22 ¢), die der Hilfsarbeiter auf 11 Cent (18 ¢). Die zehnmalige (das ist die fälschliche) Arbeitszeit besteht nur in Amsterdam, Haag, Haarlem und Eindhoven. Die große Handelsstadt Rotterdam hat im Bauwesen noch zehnmalhöheren Arbeitslohn. Andere bedeutende Städte, wie Utrecht, Maastricht, Arnhem und Leyden, haben ebenfalls hohe Arbeitszeit. Mit 11½ Stunden sind 9 Orte, mit 12 Stunden 8 Orte und mit 12½ Stunden 4 Orte ausgestattet. Die höchsten Stundenlöhne werden in Amsterdam gezahlt, 28 bis 33 Cent für Maurer und 25 bis 30 Cent für Hilfsarbeiter. Im Großholland für Maurer folgen Haag mit 32 Cent, Jaarwijk mit 30, Rotterdam und Jaarwijk mit 28, Wormerveer mit 26, Kronenme, Haarlem, Varen, Maricum und Middelburg mit 25, Bussum und Utrecht mit 24, Delft und Schiedam mit 23, Leuwarden, Burenmeer, Zwolle, Vaarn, Arnhem und St. Anna 22, Leyden, Sneek und Zeist 21, Eindhoven, Franeker, Nijmegen, Oisterbeek, Bergum und Eest 20 Cent. 17 von 47 in der Statistik aufgeführten Städte haben Stundenlöhne unter 33 ¢. Die Löhne der Hilfsarbeiter sind 2 bis 7 Cent (3,3 bis 11,55 ¢) niedriger als die Löhne der Maurer.

Nicht ohne Einfluß auf den Stand der Organisation und der Arbeitsbedingungen ist der seit einigen Jahren anhaltende Tiefstand der Baukonjunktur gewesen. Doch scheint jetzt erhellenderweise die Krise überwunden zu sein, so daß nun eine stetige Ausbreitung und Stärkung des Bundes zu hoffen ist. Damit wird er auch die Macht gewinnen, die Arbeitszeit zu verkürzen und den Lohn zu erhöhen und sich somit das nötige Ansehen und Vertrauen bei den Fragegegnern erringen. Die dem Bund anhaftende finanzielle Schwäche wird außerdem durch mäßige, nach und nach durchzuführende Erhöhungen des Beitrages behoben werden. Der Wochenbeitrag bewegt sich den Stundenlöhnen entsprechend von 13 bis 35 Cent für 40 Wochen im Jahre. Davon fließt ein Viertel in die Abteilungsstellen. Ein Antrag des Bundesvorstandes, den Beitrag in der untersten Klasse um 2 und in sechs Klassen um je 3 Cent zu erhöhen, fand auf dem Kongress keine Gegenliebe und wurde zurückgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragslosen Zeit im Beitrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Diese Unterstützung konnte bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinauszahlung dieser Karenzzeit auf einjährige Mitgliedschaft und 40 Beiträge ist der wöchentliche Unterstützungsbeitrag nun um 25 Cent erniedrigt worden. Die ferner beantragte Einschränkung der Unterstützung auf die Beitragswochen ließ sich nicht durchsetzen. Der Widerspruch gegen solche Reduktion ist ja begründet, um so mehr da in Holland keine solche Beschränkung der Unterstützung besteht. Wenn man sich aber solche Vorteile sichern will, muß man aber auch das ganze Jahr Beiträge zahlen oder für die Sommermonate den Beitrag so erhöhen, daß die Organisation dabei bestehen kann, ohne daß die Hauptaufgabe, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, darunter leidet. Hoffentlich werden sich auch die holländischen Kollegen dieser Einsicht nicht bauernd verschließen.

Die Organisation der Bundesleistung hat eine scheinbar unwichtige, aber doch wohl glückliche Wendung erfahren. Bisher bestand neben oder in einigen Angelegenheiten über den Bundesvorstand ein Bundesrat, dessen Mitglieder sich auf die größeren Abteilungen des Bundes verteilten, und dessen häufige Sitzungen daher ziemlich kostspielig wurden. Dieser Bundesrat ist nunmehr abgeschafft und an dessen Stelle ein Beirat gesetzt worden, der nur bei ganz wichtigen Angelegenheiten (große Lohnbewegungen usw.) vom dem Bundesvorstand zusammenberufen

werden soll. Dadurch dürfen aber nicht nur die Verwaltungskosten, die ja bei einer kleinen Organisation immer verhältnismäßig hoch sind, verringert, sondern auch die Bewegungsfreiheit des Vorstandes zugunsten der Organisation gebot werden. Als bestellte Beamte wurden in den Bundesvorstand wiedergewählt: Kollege Wittenberg als Vorsitzender und Nebensitzer des Präsidiums, Kollege Waltenberg als Kassierer und Kollege Müller als Kassierer. Regierer vorläufig (in Rücksicht auf die Geldmittel) nur auf ein Jahr; die beiden anderen bis zum nächsten Kongress. Der Sitz des Bundes bleibt in Arnheim, der nächste Kongress soll im Jahre 1911 im Haag tagen.

Zentralfrankentasse.

(„Grundstein zur Einheit“)

In der Woche vom 8. bis 12. Juni sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Berlin M. 3000, Rosen 800, Romanos 400, Spanbau 400, Verna 200, Halle a. d. S. 200, Alt-Glennide 200, Weichenbach 150, Zobenhausen 150, Wina 100, Gernrode 100, Salbe 100, Gienburg 100. Summa M. 6900.

Zuläufe erhielten: Otterberg (Hals) M. 300, Kiel 300, Meisen 160, Torgelow 75, Güstrow 70, Bochum 60, Wierhadi 60. Summa M. 1015.

Altona, 12. Juni 1909.

Karl Reih, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen &c.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Bauchstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

An die baugewerblichen Arbeiter,

Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter, Maler, Bauhelfer und Klempner, Steinarbeiter und Steinmetze, Bauhilfsarbeiter, Ofenbauer, Steinleger, Stuckateure, Glaser, Dachdecker und Bildhauer im Bereich der Rheinisch-westfälischen Baugewerkschafts-Verbandsorganisation!

Werte Kollegen! Seit einer Reihe von Jahren ist die organisierte Bauarbeiterchaft Rheinland-Westfalens bestrebt, bessere Zustände hinsichtlich des Bauarbeiterlohnes auf den Baustellen zu schaffen. Es mag hier und da etwas geschehen sein, im allgemeinen müssen wir aber sagen, daß die Zustände an den Baustellen jeglicher Beschreibung hinfällig sind. Wir leben aber auch, daß in den Parlamenten die bürgerlichen Parteien durchwegs nicht für eine reichsgesetzliche Regelung des Bauarbeiterlohnes zu haben sind, ja es wird bestritten, daß überhaupt Maßnahmen auf den Bauten bestehen. Es muß aber auch konstatiert werden, daß in manchen Orten in den letzten Jahren nicht ein genügendes Zusammenarbeiten der in Frage kommenden Organisation zu verzeichnen war, um die Baustellen einmal auf Maßnahmen zu kontrollieren, und so sehen wir, daß die Unzufriedenheit im Bereich der Rheinisch-westfälischen Baugewerkschafts-Verbandsorganisation von Jahr zu Jahr steigt. Diesem Zustand eine erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen, war Pflicht der Organisationsstellen. Eine Konferenz der Bau- resp. Bezirksleiter der in Frage kommenden Organisationen beschloß deshalb, über die zurzeit bestehenden Mängel genaue Erhebungen anzustellen und gleichzeitig zum Sonntag, den 11. Juni 1909, vormittags 10 Uhr, nach Düsseldorf im Gewerkschaftshaus, Bergstr. 8, eine Bauarbeiter-Konferenz mit folgender Tagesordnung einzuberufen:

1. Die Mängel im Hoch- und Tiefbaugewerbe im Bereich der Rheinisch-westfälischen Baugewerkschafts-Verbandsorganisation. Referenten: H. Peters-Dortmund und O. Buchelt-Göln.
2. Mieten in den Rheinland-Westfalen erlassenen baupolizeilichen Vorschriften genügenden Schutz für die baugewerblichen Arbeiter? Referent: Fr. Kahl-Dortmund.
3. Die Forderung der baugewerblichen Arbeiter nach reichsgesetzlicher Regelung des Bauarbeiterlohnes. Referent: G. Heine-Gamburg.
4. Erlebung der eingegangenen Anträge.

Verpflichtet, zu dieser Konferenz Delegierte zu entsenden, sind alle Zweigvereine, Verwaltungsstellen resp. Geschäftsstellen der Zentralverbände der oben genannten Berufs sowie die für die einzelnen Orte bestehenden Bauarbeiterkommissionen. Eine Anweisung über die Anzahl der Delegierten und Einteilung der Wahlbezirke wird den einzelnen Zweigvereinen resp. Geschäftsstellen von den Gau- oder Bezirksleitern zugehelt werden. Wir erlauben, demgemäß zu handeln. Die Delegierten, welche sich durch Mandate auf der Konferenz zu legitimieren haben, werden ersucht, rechtzeitig zu erscheinen, damit die Konferenz pünktlich eröffnet werden kann.

Die beauftragte Kommission.

H. J. Jansen, Düsseldorf, Lindenstraße 65.
Fr. Kahl, Dortmund, Bessingstraße 32.
G. Peters, Dortmund, Bessingstraße 32.
NB. Alle Anfragen bezüglich der Konferenz sind an H. Jansen, Düsseldorf, Lindenstraße 65, zu richten.

Bauhen. Am 7. Juni verunglückte auf dem Anbau der Wauerer Witter der Maurer Schütz aus Ahrich dadurch, daß beim Aufsteigen eines 7,80 m langen und 30 cm hohen Trages das Seil riss. Der Träger fiel Schütz auf die Schulter und schlug ihm das Schulterblatt entzwei. Ob noch andere Verletzungen entstanden sind, ist noch nicht festgestellt. Die Untersuchung wird ergeben, wonach die Schuld an dem Unfall trifft. Jedemfalls ist das Seil nicht mehr in vorzugsfähigem Zustande gewesen.

Berlin. Am 9. Juni ereignete sich auf dem Schulneubau Schwaibachstraße, Ecke Reingastraße, in Friedrichs, ein schwerer Unglücksfall, bei dem der Zementier Wilh. Baumann schwer und zwei Hilfsarbeiter leicht verletzt wurden. Auf dem Neubau führt die Firma Kleinert & Wehrend die Zwischenarbeiten aus. Die Hilfsarbeiter, die die Betonmischung transportierten, warfen die schweren Betonstücke auf die bloße Schulung. Durch

den Anprall brach das Kreuzholz, auf dem die Schulung ruhte, und die auf derselben stehenden Arbeiter stürzten in die Tiefe. Mit Hilfe der auf dem Bau arbeitenden Kollegen wurden die Verunglückten unter den Trümmern hervorgezogen, und nach dem Kranfahnen Groß-Richterfeld übergeführt. Die schon so oft geringe Last, schwere Materiallasten auf die bloße Schulung zu setzen, und diese einseitig zu belasten, ohne zur Sicherung für die Arbeiter Breiter über die Seitenträger gelegt zu haben, hat hier wohl mit zu der Schwere des Unglücks beigetragen. Viele Unfälle dieser Art könnten verhütet werden, wenn bei Ausführung von Beton- und Steindecken die Schulung nicht mit Lasten betreten würde.

Salbe a. d. M. Am 8. Juni ereignete sich auf dem vom Unternehmer Wietzki aufgeführten Neubau des evangelischen Pfarrhauses ein Unfall, der leicht schwere Folgen haben konnte. Der Unternehmer ließ durch Arbeiter und Lehrlinge eine Lotzröhre in die Wände der Etage schrauben, obwohl er von den Lehrlingen auf die Gefährlichkeit dieses Tuns aufmerksam gemacht worden war. Mithet erwiderte nur, die Arbeit werde auf seine Verantwortung gemacht. Zwei auf einem 10 cm starken Träger liegende Balken wurden so schwer belastet, daß der Träger sich bog. Ein Lehrling erhielt dann den Befehl, ihn abzuschießen. Er tat das, was ihm befohlen wurde, und unter dem Träger liegenden Mauersteine und zwei Balken mit einigen tausend Steinen stürzten in die Tiefe. Die Arbeiter und Lehrlinge konnten sich noch rechtzeitig retten. Auf dem Bau sind auch noch andere Mängel vorhanden, so daß die Behörde alle Ursache zu einer gründlichen Kontrolle hätte.

Ermitzschau. Am 9. Juni ereignete sich kurz vor Feierabend am Neubau der Gerlach'schen Villa ein schwerer Unglücksfall, bei dem einer unserer besten Kollegen, der Kollege H. Seibemann, den Tod fand. Die Kollegen waren beim Abräumen, wobei Kollege Seibemann von dem Gerüst, das nur 95 cm hoch war, ab und in die vorbeistehende Pleiße stürzte. Dort schlug er auf einen Pfahl, wodurch ihm der Brustkorb eingebrückt wurde; der Tod trat nach 20 Minuten ein. Die mitbeschäftigten Kollegen nahmen an, daß Seibemann einen Strich von einer Etage lösen wollte und dabei fehlgegriffen ist; er muß sich beim Abräumen überlagert haben, da der Pfahl circa 1 m vom Gerüst entfernt vorbeistand, allerdings von oben 3 m tiefer liegt. Sofort nach dem Unfall begaben sich der Vorstehende und der Kassierer nach der Unfallstelle, wo sie feststellten, daß ein Verhütung irgend eines Dritten nicht vorlag, auch die Schutzvorrichtungen waren in Ordnung.

W. e. h. Am Donnerstag, 3. Juni, morgens gegen 7 Uhr, stürzte am Neubau der höheren Mädchenschule ein 10 m langes Stützgerüst (Sandstein) herab und rief zwei Mauern mit in die Tiefe. Der 28. Jahre alte Kollege Alois Leitz aus Vichtenberg (Elsass) starb nach zehn Minuten, während der 35 Jahre alte Kollege Ludwig Lang schwer verletzt ins Hospital gebracht wurde, wo auch er kurze Zeit darauf starb. Lang hinterläßt eine Familie mit sieben Kindern. Vier Kollegen waren dabei; die letzten Steine des Gerüsts zu versetzen und zu richten. Das untere Mauerwerk ist aus Bruchsteinen 45 cm stark. Das Gerüst besteht aus zwei übereinanderliegenden Steinen. Der Stütz lag 20 cm auf und hatte eine Ausladung von 15 cm. Die übrigen 80 cm waren vor zwei Tagen mit Bruchsteinen hintermauert. Das obere Stütz hatte im ganzen 45 cm Ausladung und war mit der inneren Mauerante bindig. Die „Meer Zeitung“ bringt in ihrer Abendnummer vom 3. Juni einen längeren Artikel (anscheinend von einem an dem Unfall interessierten Fachmann), in dem es heißt: „Das Ansehen der Steine aneinander muß sehr vorsichtig geschieden, und da scheint wohl etwas Leichtsinn von den vier Arbeitern vorhanden worden zu sein.“ Mithet aber nicht genug; weiter unten bekommt auch der Staatsanwalt gleich einen Fingerzeig. Der Artikelsetreiber sagt: „Wer trägt die Schuld? Bauleiter war bis 1. Juni der Architekt Hüfner von diesem Zeitpunkt ab Architekt Menneke. Diese beiden Herren sowie die übrige Bauleitung und die Aufsichtsbühde vermag wohl kein Vorwurf zu treffen. Die Steine sind nach hierfür bestimmten Vorschriften gearbeitet und folglich ist nur eine Unachtsamkeit der Arbeiter die Ursache dieses höchst bedauerlichen Unfalles.“ Uns mündet es natürlich nicht, daß man hier wieder, wie so oft bei Unfällen, den Arbeitern Leichtsinnigkeit und Unachtsamkeit vorwirft. Es ist geradezu eine Ungeheuerlichkeit, um keinen schmerzlichen Ausdruck zu gebrauchen, den Arbeitern ohne weiteres die Schuld auszuweisen. Kaum war die Untersuchung eingeleitet, da wußten die Hintermänner der „Meer Zeitung“ auch schon ganz genau, wer die Schuldigen sind. Diese leichten Verdächtigungen müssen die gesamte Bauarbeiterchaft, und vor allem die an dem betreffenden Bau Beschäftigten, zu einem tüchtigen Protest herausfordern, zumal die „Meer Zeitung“ und deren Gewerksamänner anscheinend nichts wissen von der Unzulänglichkeit des Bauarbeiterlohnes. Wir werden uns noch an anderer Stelle mit diesen Dingen beschäftigen. Von den Kollegen war einer organisiert, die andern drei nicht. Mögen sie jetzt endlich die Lehre aus diesem Vorkommnis ziehen und sich der Organisation anschließen, damit wir auch in Weg bessere Zustände auf den Bauten schaffen können. — Ein weiterer Unfall passierte am Mittwoch, 2. Juni. Hierüber berichtet die „Meer Zeitung“ in derselben Nummer folgendes: „Ein Baumfall in der Hühnerhofstraße. Die circa 10 m hohe Mauer der Klosterkirche wurde von vier Mauern ausgebeißert und verpukelt. Der Architekt Collet hat diese Arbeit übernommen. Die Mauer befand sich auf einem im Erdboden eingetammten Stangengerüst, als sich um 11½ Uhr vormittags infolge mangelhafter Konstruktion die Bretterlage verlor und die vier Mauer 8 m tief auf die Straße stürzten. Dr. Rens, der in der Nähe war, wurde sofort zur Hilfe herbeigerufen. Zwei Mann wurden in der Feuerwehrröhre mit einem Notverband versehen und in das Hospital Bonseours geschafft. Die andern beiden kamen mit dem Schreden davon. Schwer verletzt ist nur der Maurer Monti am Fuß und Kopf. Der andere Leichtverletzte ist bereits wieder entlassen.“

Strasbourg. E. Wieder hat ein Kollege durch einen Unfall sein Leben eingebüßt. Der Kollege Böschke stürzte am 4. Juni von einem drei Stock hohen Neubau ab

und starb an den erlittenen Verletzungen. Der Unternehmer ist ein Eroschmann, der für ein Baugeschäft den Bau ausführt. Der Unfall passierte dadurch, daß eine angefallene Etage brach. Auf dem Bau fehlt es an Aufsicht und Breiten zur Überwachung. Auch die städtische Baukontrolle vermag fast vollständig. Es ist deshalb notwendig, daß die Arbeiterchaft in Zukunft selbst bessere Zustände schafft.

A. C. Ereignisse im Bau- und Terraingeschäft. Die Bau- und Terraingeschäfte haben das letzte Geschäftsjahr so befriedigend abgeschlossen, wie nach der Stagnation im Baugewerbe und der Störung der gewerblichen Unternehmungskraft kaum zu erwarten war. Die Dividenden konnten sich bei den meisten Gesellschaften nicht allein auf dem Stande des Jahres 1907 halten, sondern vielfach sogar noch darüber hinausheben. Bei 64 Bau- und Terraingeschäften mit einem Aktienkapital von zusammen 101,48 Millionen Mark belief sich die Dividendensumme im Jahre 1908 auf 4,66 Millionen Mark gegen 4,57 Millionen im Jahre 1907. Im Durchschnitt ergibt sich eine Dividende von 4,59 pSt. gegen 4,51 pSt. im Jahre 1907. Rechnen wir noch die Berlinische Boden-Gesellschaft mit 1 Million Mark Aktienkapital hinzu, die 1908 100 pSt. als Dividende ausschüttete, während sie für 1907 eine Dividende von 35 pSt. verteilt hatte, so erhalten wir eine Durchschnittsdividende von 5,32 pSt. gegen 4,80 pSt. im Jahre zuvor. Der Reingewinn stellt sich bei den beschäftigten Gesellschaften auf 10,41 Millionen Mark. Abzüglich des Verlustes von 3,19 Millionen ergibt sich ein Gewinnüberschuß von 7,22 Millionen Mark. Im Jahre 1907 war der Reingewinn, allerdings auch der Verlust geringer gewesen; ersterer hatte sich auf 10,0, letzterer auf 2,96 Millionen Mark gestellt, so daß sich damals ein Gewinnüberschuß von 7,04 Millionen Mark ergab. Der Ueberschuß für 1908 war also um 2½ pSt. größer. An der Steigerung der Dividende partizipierten sowohl die Bau- als die Terraingeschäfte. Bei den letzteren war allerdings die Zunahme erheblich größer. Es betrug 35 pSt. der Bau-Gesellschaften 1908 auf ein Aktienkapital von 35,11 Millionen Mark 2,85 Millionen Mark Dividende gegen 2,25 Millionen im Jahre 1907. Es ergibt sich im Durchschnitt eine Dividende von 6,5 pSt. gegen 6,2 pSt. im Jahre 1907. Bei 30 Terraingeschäften mit einem Aktienkapital von zusammen 66,37 Millionen Mark belief sich die Dividende auf 3,31 Millionen gegen 2,67 Millionen im Jahre 1907. Die Durchschnittsdividende betrug bei den Terraingeschäften 5 pSt., während sie für 1907 4 pSt. betragen hatte. Hauptächlich sind es Berliner Gesellschaften, die die Steigerung der Dividende betanlagt haben. Die relativ günstige Entwicklung der Rentabilität im Bau- und Terraingeschäft trägt auch ihr Teil dazu bei, dem Baugewerbe neues Leben auszuführen. So doch die Gründungstätigkeit im Terraingeschäft noch immer nicht nachgelassen; anbauend werden noch kleine Terraingeschäfte mit verhältnismäßig geringem Kapital gegründet in einer Anzahl, die die der Vorjahre bei weitem übersteigt. Es betrug in den ersten vier Monaten die Zahl solcher neuen Gesellschaften m. b. G. nicht weniger als 247 gegen 146, die in der Parallelzeit des Vorjahres neu gegründet wurden. Das in Neugründungen und Kapitalerhöhungen angelegte Kapital belief sich im nämlichen Zeitraum bei Attien-Gesellschaften sowohl als bei Gesellschaften m. b. G. insgesamt auf 30,88 Millionen Mark, während es 1908 27,21 Millionen betragen hatte. Die Hauptanzahl der Neugründungen entfällt in diesem Jahre auf Berlin, wo von den 89 im April neu gegründeten Bau- und Terraingeschäften allein 73 domizilieren. Außerdem ist noch die Rheinprovinz stärker vertreten, wo fünf neue Gesellschaften m. b. G. gegründet wurden, und Westfalen, wo die Zahl der neuen Bau- und Terraingeschäften vier beträgt. Das Grundkapital bei den in Berlin domizilierenden Gesellschaften belief sich im April auf 1,66 Millionen Mark; zu den in Rheinland-Westfalen neu gegründeten Gesellschaften wurden 1,69 Millionen Mark beantragt.

* Submissionsblößen. Für die Fertigstellung der Erd-, Maurer- und Betonarbeiten eines Soleresservoirs bei Bad Rissingen verlangte der Hochförderer der 15 Bewerber, H. Ebert in Würzburg, M. 159 207,08, während das Baugeschäft Kalpar Böttler in Würzburg dieselbe Arbeit für M. 75 444,49 machen will. — Für die Eienteilung auf dem selben Reservoir wurden als höchste Summe M. 13 766,68, als niedrigste Summe M. 10 264,82 gefordert, obwohl der Unterschied in den Eisenpreisen nur gering ist. — Für die Herstellung der Rohrleitungen verlangt die Firma Paul Brodner-Münster M. 13 287,70, während die Firma G. Wollpert in Augsburg bei M. 7957,25 noch zu verdienen gedenkt.

Einen weiteren Beitrag zum Kapitel der Submissionsblößen lieferte die Vergabe der Arbeiten für den zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Dernau bis Altenahr. Für die Erd-, Fels- und Böschungsarbeiten betrug unter den eingelaufenen Angeboten das billigste M. 390 672, das höchste M. 688 466. Für die drei zu errichtenden Überbrücken war das billigste Angebot M. 187 392, das höchste M. 374 650. Auf die Ausführung des Tunnels submittierten vier Firmen, von denen die billigste M. 791 550, die teuerste M. 1 307 150 forderet.

Bei den Offerten für die Maurerarbeiten zum Neubau des evangelischen Gemeindehauses in Jülich beträgt der Unterschied zwischen dem Höchst- und Niedrigstfordernden M. 14 000. Die sieben Offerten schwanken zwischen M. 53 773 und M. 69 854,10.

Aus G. u. f. r. e. n. wird der „Baugewerks-Ztg.“ berichtet: „Ein Teil des Gatter Tunnels sollte trocken gelegt werden, und zwar sollte oberhalb des Gewölbes der Tunnel 10 m hoch weggeprengt und sodann das Gewölbe ordnungsmäßig abgedeckt und der geschaffene Hohlraum mit Bruchsteinen ausgepakt werden usw., alles unter Aufrechterhaltung des Betriebes und voller Garantie für alle Vorkommnisse. Das Resultat war folgendes: M. Kisse-Göblens M. 19 530, H. G. Beck-Kreuznach M. 25 180, D. Jager-Dorheim M. 26 280, M. Jager-Dorheim M. 26 880, S. Cronibus-Münster M. 27 830, A. Hummel-Heppel M. 47 219, C. Bernies-Hagen M. 55 750, D. Rinken-Düren M. 56 500, G. Wittmann-Altenkirchen M. 57 225, Baumhölz & Co.-Göln M. 72 420.“ Die „Baugewerks-Ztg.“ bemerkt dazu: „Gepannt darf man nun darauf sein, ob die königliche Eisenbahnbauverwaltung auch bei dieser sehr gefährlichen und sehr großen Risiko enthaltenden Arbeit immer dem Billigsten den Zuschlag erteilen wird.“

Bei einer von der Königlich Eisenbahn-Betriebsinspektion zu Hannover ausgearbeiteten Submission zum Bau eines Wasserturnes in Leinhausen betrug das Angebot der Firma H. Dühne-Hannover A. 4879,56, das der Firma Dieckhoff & Co., Hannover, A. 9736,12. An der Submission beteiligten sich zwölf Firmen.

Aus Unternehmerkreisen.

*** Säumige Zahlen.** Aus einem vom Vorstand der Rheinisch-Westfälischen Baugewerkschaft verfaßten, streng vertraulichen Berichts ergibt sich, daß dreizehn dieser Sektion angehörende Kreise der Sektion aus dem Jahre 1907 nicht weniger als 173 000 schuldten. Die Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung bemerkt dazu:

„Wie mag es da wohl erst mit den Beiträgen aus dem Jahre 1908 stehen? Zweifellos wird die Restantenliste von 1908 ein noch viel ungünstigeres Resultat aufweisen. Wenn schon in einer einzigen Sektion der Rheinisch-Westfälischen Baugewerkschaftsgenossenschaft ein derartiges Kapital unter den Mitgliedern liegt, da kann man sich ungefähr einen Begriff davon machen, wie es mit der Gesamt-Baugewerkschaft bestellt sein mag. Im Jahre 1907 lobte der große Kampf in den Baugewerken, wobei die rheinisch-westfälischen Scharmacher sich besonders hervortaten. Wenn man die „streng vertrauliche“ Restantenliste der rheinisch-westfälischen Baugewerkschaften durchgeht, dann läßt man auf Namen von Herren, die im Kampfe gegen die Arbeiter den Mund nie voll genug nehmen konnten. Freilich, wenn die letzten paar Pimperlinge des kleinsten Dalles-Frautiers verwandt werden müßten, um den Herren-im-Kaufe-Standpunkt herauszufahren, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn schließlich weniger als 50 % mehr hatte, um seine gesetzlichen Pflichtbeiträge an die Baugewerkschaft zu zahlen. Und dann kann man schließlich auch den Sturmlauf der Baugewerkschaften gegen die Unfallrenten verfolgen. Die Inhabenden und hauptsächlich die noch arbeitsfähigen Opfer des Kapitals sollen das begeben, was auf anderer Seite scheinbar von den Baugewerkschaften entweder nicht oder nur unter erheblichen Umständen beizutreiben ist. Wer auch die Verwaltung der Baugewerkschaften erfährt durch diese Restantenliste eine eigenartige Beleuchtung. Wie ist es überhaupt möglich, daß einzelne Unternehmer noch aus dem Jahre 1907 mit so erheblichen Summen zurückgeblieben sind, wie oben angegeben? Bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit versucht man, die Kassenverwaltungen durch organisierte Arbeiter in der Öffentlichkeit herabzusetzen, wenn auch mit wenig Erfolg. Die „streng vertrauliche“ Restantenliste der Sektion III der Rheinisch-Westfälischen Baugewerkschaftsgenossenschaft liefert wieder einmal den Beweis, daß die Arbeiter dem Unternehmertum auch auf dem Verwaltungsgebiete meilenweit voraus sind. In einer Arbeiterorganisation würde man solche Kassenzustände für eine heillose Verwirrung halten. In Unternehmerkreisen scheint man lagere Auffassungen zu haben.“

Gewerkschaftliches.

Ernst Deinhardt, der Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“, ist am 30. Mai im Alter von 87 Jahren an der Tuberkulose gestorben. Deinhardt's Laufbahn war die aller Arbeiterführer: eine früh von harter Arbeit und Entbehrung vergiftete Jugend, ein Kampfbewußtsein voll Drangsalierungen, Mahnungen, aber durchleuchtet von der Glut einer heiligen Begeisterung, die ihn alle Not heroisch ertragen ließ. Im Jahre 1900 trat Deinhardt in die Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“ ein, nachdem er vorher schon an der Parteipresse tätig war. Unter seiner Leitung nahm die „Holzarbeiter-Zeitung“ einen großen Aufschwung, ihre gedachte Stellung in der Gewerkschaftspresse hat sie wohl in erster Linie Deinhardt's gebührender Redaktion zu danken. Uns war Deinhardt nicht nur ein wahrer Kampfgenosse, der stets mit Geduld seine Waffe führte, sondern auch ein lieber Freund. Sein Andenken wird uns allezeit teuer sein.

Generalversammlungen.

Die 18. Generalversammlung des Deutschen Vergarbeiterverbandes fand vom 18. bis 21. Mai in Eisenach statt. Es waren 100 Delegierte, sechs Vorstandsmitglieder und zwei Gäste anwesend. Der Verbandsvorsitzende Sachse betonte in seiner Begrüßungsrede, daß, obwohl heute 112 000 Vergarbeiter nach Elfenbogenfreiheit streben, der Indifferenzismus bei den Vergarbeitern doch noch groß sei. Er gedachte der Zersplitterung und des steten Bruderkampfes, insbesondere der jüdischen Kampfweise der Christlichen. Diese Zersplitterung und dieser Bruderkampf müsse ein Ende nehmen; die Einigkeit, wie sie in England sei, müsse erreicht werden. Im Verbandsbereich wird daran erinnert, daß der Verband in diesem Jahre sein zwanzigjähriges Jubiläum feiern kann. Während andere Verbände in den Jahren der Krise nur mit Mühe ihren Mitgliederbestand aufrecht erhalten konnten, habe der Vergarbeiterverband um rund 50 000 Mitglieder zugenommen, obwohl keine andere Organisation eine schärfere Unfeindlichkeit erfahren habe als er. Dies zeige, daß der Vergarbeiterverband auf einer gefunden Basis beruhe. — An Mitgliederbeiträgen nahm der Verband ein: 1906 A. 1 587 386,46, 1907 A. 1 690 406,10, 1908 A. 1 792 068,75. Das Gesamtvermögen betrug am Schlusse des Jahres 1908 A. 2 816 944,04, was gegen das Jahr 1907 einen Vermögenszuwachs von A. 816 449,81 bedeutet. Die Ausgabe für Unterhaltungen betrug im Jahre 1908 insgesamt A. 514 005,26, darunter allein für Krankenunterstützung A. 264 397,95. In den letzten drei Jahren zahlte der Verband an Unterhaltungen A. 2 122 239,93, und zwar für Rechtsschutz A. 235 995,13, an Sterbegeld A. 203 810, an Gemahregeld A. 82 653,39, an Arbeitslose A. 80 411,89, an Kranke A. 778 637,70, an Streikende A. 798 226,82. — Die Generalversammlung beschloß die Einführung von Stabsbeiträgen an Stelle des bisherigen Einheitsbeitrages von 40 % wöchentlich. Die Beiträge sollen künftig betragen: Klasse a: für alle Mitglieder,

welche netto unter A. 3 im Durchschnitt verdienen, 80 %; Klasse b: alle übrigen Mitglieder mindestens 40 %; Klasse c: 50 % für alle, die diesen Beitrag zahlen wollen. Das Aufzählen in höhere Beitragsklassen kann zu jeder Zeit erfolgen, dagegen das Abtreten in niedrigere Klassen nur am Jahresanfang. Entsprechend der Beitragssteigerung wurde auch eine Erhöhung der Unterstützungsätze beschlossen. Für die Gemahregelunterstützung soll künftig die Karenzzeit in Wegfall kommen, die Krankenunterstützung soll künftig 40, 50 und 60 % täglich betragen. Die Sterbegeldunterstützung wird gestaffelt auf A. 20 in Klasse a nach 20wöchiger Mitgliedschaft auf A. 90 in Klasse b nach siebenjähriger Mitgliedschaft. In Streikunterstützung soll gezahlt werden: in Klasse a pro Woche A. 10, in Klasse b pro Woche A. 12, in Klasse c pro Woche A. 14. Verheiratete Mitglieder und solche ledige, die noch nicht der Schule entwachsene Kinder zu unterhalten haben, sollen A. 1 Zusatz pro Kind und Woche erhalten. Einzelne Tage sollen entsprechend berechnet werden. Personen über 60 Jahre, die nicht aus anderen Organisationen übertritten, können künftig nicht mehr Mitglied werden. Die Generalversammlung nahm auch Stellung zur Tarifvertragsfrage. In einer dazu angenommenen Resolution heißt es:

„Der bestehende Arbeits- und Lohnvertrag im deutschen Bergbau entspricht nicht dem wahren Sinn der Gesetzgebung, insbesondere dem § 105 der Gewerbeordnung (freie Vereinbarung), weil er den Arbeitern einseitig von den Grubenherren aufgebunden wird und sie deren Willkür völlig überantwortet. Der Arbeiter im Bergbau hat heute bei der Festsetzung seiner Lohn- und Arbeitsverhältnisse absolut kein Mitbestimmungsrecht, denn die Arbeitsordnungen geben den Grubenherren und deren Beamten das Recht, die Löhne und Gebühre nach Willkür festzusetzen und zu reduzieren. Der Gedingevertrag insbesondere stellt eine noch Willkür zu handhabende Schraube ohne Ende dar, wodurch der Arbeiter zu immer größeren Leistungen gezwungen wird. Dieser Zustand macht die fortgesetzte steigenden Unfall- und Krankheitsziffern, das rapid sinkende Lebensalter und die frühe Invalidität der Bergarbeiter nur zu sehr erklärlich, nicht minder aber auch die großen Vergarbeiterstreiks, die für die gesamte Volkswirtschaft große Gefahren in sich schließen. Die Zerschmetterung der Vergarbeiter wird ins Ungemessene gesteigert durch die gewaltigen Lohnunterschiede, durch Maßregelungen und schwarze Listen seitens der Grubenherren, die sich als ein Staat im Staate gebärden. Dieser Willkür der Grubenherren muß ein wirksamer Damm entgegengelegt werden, wenn unser Wirtschaftsleben nicht verhängnisvollen Katastrophen entgegenstehen soll. Unter den gegebenen Verhältnissen ist der beste Weg zu gefunden und rechtlichen Zuständen die Schaffung tariflicher Vereinbarungen, die den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht auf die Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen sichern.“

Weiter nahm die Generalversammlung Stellung zum Entwurf der Reichsversicherungsordnung und zum Gesetz, betr. die Arbeitskammern. In einer zur Reichsversicherungsordnung angenommenen Resolution wird ausgesprochen, daß die Generalversammlung in dem Entwurf nicht die Erfüllung der auf Vereinheitlichung, Erweiterung und Verbesserung der Arbeiterversicherung gerichteten Bestrebungen der Arbeiterklasse erblicken kann. Die Vergarbeiterchaft wird aufgefordert, einmütig gegen den Entwurf Stellung zu nehmen. — In Bezug auf die Maifester sprach der Vorsitzende Sachse den Wunsch aus, es möge die Maifester auf den Sonntag verlegt werden.

Nach Beendigung der Generalversammlung der deutschen Vergarbeiter fand vom 30. Mai bis 4. Juni in Berlin ein internationaler Vergarbeiterkongress statt, der von 37 Delegierten des Deutschen Vergarbeiterverbandes, 7 polnischen, 1 tschechischen, 12 österreichischen, 8 belgischen, 6 französischen und circa 60 englischen Delegierten besetzt war. Der Kongress befaßte sich mit der Frage der Sicherheit in den Gruben, der Alters- und Unfallversicherung, der Frauen- und Kinderarbeit, der Einführung des geschlossenen Achtstundentages, der gesetzlichen Regelung des Minimallohnes, der Verstaatlichung der Bergwerke usw. Zu allen Punkten der Tagesordnung wurden längere Anträge und Resolutionen angenommen. — Um eine größere Sicherheit in den Gruben herbeizuführen und Unglücksfälle, wie sie in der letzten Zeit vorkamen, zu verhindern, forderte der Kongress von den europäischen Regierungen das Einbringen geeigneter Gesetzesvorlagen und die Verschärfung der bestehenden Gesetze und Verordnungen sowie die Einführung von Arbeiterinspektoren (Kontrollanten). Zum Punkt Frauen- und Kinderarbeit war von der deutschen Delegation beantragt: „Die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren ist in der Bergwerksindustrie gänzlich zu verbieten, ebenso die unterirdische Beschäftigung jugendlicher Personen unter 16 Jahren.“ Diese Resolution wurde von der deutschen, österreichischen und belgischen Delegation angenommen, während sich die französische und englische Delegation der Abstimmung enthielt. Eine Resolution auf Verbot der Frauenarbeit wurde einstimmig angenommen. Die achtstündige Arbeitszeit wurde durch folgenden Antrag gefordert: „Der Kongress erhebt erneut die Forderung nach gesetzlicher Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für alle Arbeiter in der Bergwerksindustrie. Für die Untergrabenarbeiter muß in diese Arbeitszeit die Ein- und Ausfahrt einbezogen sein.“ Wo an den Arbeitsstellen eine Temperatur von 28 Grad Celsius und darüber oder zu große Nässe herrscht, ist die Schichtzeit auf sechs Stunden zu beschränken.

Ferner wurde die Einführung von Tarifverträgen mit Minimallohn und die Abschaffung des Systems der Anwartschaft verlangt. Ein von Frankreich gestellter und ohne Debatte angenommener Antrag lautet: „Wenn ein Generalstreik in irgend einem Lande stattfindet, sollen die Vergarbeiterorganisationen der benachbarten Länder ihre Produktion dadurch einschränken, daß sie die Arbeit für einen bestimmten Zeitraum einstellen.“ Ein von Deutschland gestellter einstimmig angenommener Antrag fordert die Einschränkung des Strafverfahrens im Bergbau. Weiter wurde ein Antrag angenommen, der in jedem Land die Verstaatlichung der Bergwerke und deren Ausbeutung im Interesse der Allgemeinheit verlangt. Ein Antrag Belgien, den ersten Montag des August eines jeden Jahres zum internationalen Festtag für die Vergarbeiter zu bestimmen

und diesen Festtag, unabhängig vom 1. Mai, als allgemeinen Vergarbeiter-Festtag zu feiern, wurde dem internationalen Komitee überwiesen.

Die neunte Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes trat am zweiten Pfingsttage im Gewerkschaftshaus zu Hamburg zusammen. Neben wichtigen Fragen der gewerkschaftlichen Taktik, die durch die Vorgänge in Stettin und Mannheim brennend geworden sind, liegt die Frage der Stabsbeiträge im Vordergrund der Erörterung. Die Statutenberatungskommission erledigte bereits in der vorigen Woche die umfangreichen Vorarbeiten, zu denen auch die Eichtung der vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsbereiches der an Streiks und Ausperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Einmütigkeit des Verbandes war innerhalb der verflochtenen Geschäftsperiode in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Metallindustrie betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 30 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinerlei Lohn einkommen — eine herbeiführende. Die Mitgliederzahl liegt von 335 075 auf 362 673; der kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder wettgemacht. Die nach wie vor sehr starke Fluktuation hält den Vorstand für eine vorläufige unternommene Erhebung. — Enorme Summen wurden für Unterhaltungsbedürfnisse verausgabt: 1907: A. 8 917 356,12, 1908: A. 7 126 544,15. Die Zahl der Unterstützungsempfänger betrug 1907: 184 503, 1908: 193 255; die Unterhaltung pro Kopf der Empfänger 1907: A. 20,02, 1908: A. 36,87. Für die Weiterführung der Erwerbslosenunterstützung hält der Vorstand, da vom Grundfonds und den inzwischen erzielten Einnahmen nur noch A. 414 787 über sind, eine Beitragssteigerung für unumgänglich. Für Rechtschutz wurden A. 181 764,81 verausgabt. Auch für Kampfwende mußten große Aufwendungen gemacht werden: 1907: A. 2 283 304, 1908: A. 1 080 172. Im einzelnen wurden ausgegeben für:

	1907	1908
Reisegeld	294 997,89	401 607,39
Umzugsunterstützung	1 008 447,57	1 020 447,57
Arbeitslosenunterstützung	958 280,50	809 355,20
Krankenunterstützung	2 152 655,20	2 049 747,57
Invalidenunterstützung und andres	54 666,28	64 664,90
Maßregelung	805 792,71	848 032,73
Sterbegeld	56 165,76	68 888,65

Das Vermögen des Verbandes belief sich 1907 auf A. 5 608 908,36, 1908 auf A. 5 883 291,39. Tarifverträge: 1908: 393 für 100 698 Personen in 11 443 Betrieben, 1909: 875 für 91 570 Personen in 11 169 Betrieben. Das Verbandsorgan, das im 26. Jahre erscheint, hatte 1907: 380 100, 1908: 383 800 Auflage.

Verbandsvorsitzender Sachse bemerkte, der Verband habe eine schwere Krise hinter sich, die Mitbestimmung und Vertrauen erweckt habe. Jetzt gelte es, besonders an sein, schädliche Beschlässe zu vermeiden und den Verband auszubauen gegen künftige wirtschaftliche Gefahren. Beim Vorstandsbereich ging Sachse auf die Vorformnisse in Stettin und Mannheim ein. (Befantheit wurde in Stettin der Streik der Mieter und in Mannheim der Streik in den Strebelwerken vom Vorstand gegen den Willen der Streikenden aufgehoben, um einer Mietsperrung, die in der ungünstigen Zeit für die Organisation leicht gefährlich werden konnte, aus dem Wege zu gehen. Dem Vorstand wurde deshalb Selbstkritik und Verlegung des demokratischen Prinzipiums vorgehalten.) Die Vorgänge in diesen Orten seien diesmal sehr leidenschaftlich behandelt worden, und die Unternehmern hätten sich das zuzurechnen gemacht. Solche Dinge sollte man leidenschaftlich, kühl und objektiv erörtern; nur das liege im Interesse des Gesamtverbandes. Ein altes bekanntes Wort lautet: „Wer die Macht hat, hat auch das Recht.“ Das ganze Reichleben sei ja abhängig von Machtfragen. Und betradete man unter diesem Gesichtswinkel solche Fragen, dann gelang man zu anderen Schlüssen. Es sei ein großer Fehler, wenn die Kollegen in den Kampf eintreten, sie eine Rebe, selbst eine ruhige Rebe, nicht vertragen können. Die Demokratie müsse hochgehalten werden, aber was in Mannheim geschehen sei, könne nicht als Demokratie bezeichnet werden. Deren Prinzip verlange die Unterordnung im Interesse der Gesamtheit. Es sei nicht immer Demokratie, was als solche firmiert werde: oft arte sie in Demagogie aus. Der Vorstand einer Zentralorganisation müsse in solchen vitalen Fragen das Entscheidungswort haben. Es sei weit einfacher, aus dem Gefühl heraus den Mitgliedern nach dem Mund zu reden, als in schweren Zeiten ihnen zu sagen, was not tue. In seinem Schlusswort sagte Sachse, die Mitglieder müßten sich daran gewöhnen, nicht liberal gleich „Vertraut“ zu wirken und den verantwortlichen Leitern Vertrauenswürdigkeit und Tauglichkeit abzusprechen. Er hoffe, daß die Aussprache eine ruhige, objektive Behandlung aller Fragen zur Folge haben würde. Das liege im Interesse des Verbandes, der alles vermeiden müsse, was seine Bilanz erschüttern könne.

Bei der Erörterung der Revision des Statuts wurde zunächst die Frage der Stabsbeiträge behandelt. — Die zur Vorbereitung derselben eingesetzte Kommission hatte eine Vorlage ausgearbeitet, deren wesentlicher Inhalt folgender ist: Schaffung von 4 Beitragsklassen: Beitrag 70, 60, 40, 30 Pf. Zur Klasse 4 können nur Arbeiterinnen und Jugendliche bis zu 18 Jahren bezogen. Beiträge beitragen. Zu den anderen Klassen steht der Beitritt im Belieben der Mitglieder, doch können die Verwaltungen stellen die Verhältnisse feststellen, unter der Mitglieder in Klasse 3 aufgenommen werden. Über 50 Jahre alte Neu-eintretende können nicht in Klasse 1, über 55 Jahre alte nicht in Klasse 2 aufgenommen werden. Entsprechend sollen Best., Gewerkschaften, Gemahregeld, Streik- und Ausperrunterstützung sowie Sterbegeld gestaffelt werden, je nach der Beitragsklasse und der Dauer der Mitgliedschaft. Bezüglich der Erwerbslosenunterstützung war vom Vorstand und der Statutenberatungskommission beantragt, die Karenzzeit von 62 Wochen auf 78 Wochen, die Aufrechnungsfrist für die einzelnen Klassen von ein auf zwei Jahre heraufzusetzen. In namentlicher Abstimmung wurde die beantragte Erhöhung der Karenzzeit abgelehnt, dagegen in eine Erhöhung auf 72 Wochen beschloßen. Gleichzeitig in namentlicher Abstimmung wurde die Erhöhung der Aufrechnungsfrist auf zwei Jahre abgelehnt. Mitglieder, die erst nach vollendetem 50. Lebensjahr beitreten, erhalten nach zweimonatlicher

wichtiger Beitragsleistung und zwar männliche M. 6, weibliche M. 8 wöchentlich; eine Steigerung findet nicht statt.

Nachdem die Kommission nochmals zusammengetreten war, um die sich aus dem Beschluß zu § 9 (Beibehaltung der Steigerungsfristen) ergebenden Konsequenzen zu prüfen, wurde auf ihren Antrag der Beschluß aufgehoben und der Kommissionsantrag, die Steigerungsfristen von zwei auf drei Jahren einzutreten zu lassen, mit großer Mehrheit angenommen.

Bei der Statutenberatung erlebte der Kampf um die Taktik, der im Fall Mannheimer-Streit ausgedacht wurde, eine Neuauflage bei Erörterung der Befugnisse des Vorstandes bei Einleitung, Fortführung und Beendigung von Arbeitseinstellungen. In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag: „Arbeitseinstellungen bedürfen zu ihrer Einleitung und Fortführung der Genehmigung des Vorstandes“, mit 98 Ja gegen 80 Nein abgelehnt. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit war nicht erreicht. Der weitere Antrag der Statutenberaterskommission: „Der Vorstand ist berechtigt, auch bei vorhandener Dreiviertelmehrheit für Fortführung des Streiks für beendet zu erklären, wenn nach Prüfung der Verhältnisse weitere Angelegenheiten nicht mehr zu erwarten sind oder selbst bei Aufwendung außergewöhnlicher Mittel des Verbandes ungewiß erscheinen. Ebenso steht dem Vorstand das Recht zu, jeden Streik zu beenden, wenn ihm dies zur Vermeidung einer dem Verband schädlichen Ausbreitung notwendig erscheint“, wurde mit 85 Ja gegen 93 Nein gleichfalls abgelehnt.

Zum Punkt „Maitzer“ beschloß die Generalversammlung folgende Resolution: „Nach den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse soll die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai — die als die wichtigste Form der Maitzer gilt — nur dann von den Arbeitern begangen werden, wenn diese ohne Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse geschehen kann. Hierzu erklärt die Generalversammlung, daß das Ziel einer allgemeinen und wirksamen Arbeitsruhe am 1. Mai in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie auf Grund gewaltiger Erfolge ohne schwere wirtschaftliche Kämpfe und dadurch bedingte Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft, sowie auch mangels völliger Übereinstimmung innerhalb der Arbeiterschaft über die Zweckmäßigkeit der Arbeitsruhe am 1. Mai überhaupt nicht zu erreichen ist. Ferner hat sich ergeben, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai als gewerkschaftlicher Kampfmittel zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie zur Befestigung bereits errungener Positionen nicht betrachtet werden kann, indem sie ihrem inneren Wesen nach eine genügende Verwirklichung tatsächlicher Maßnahmen nicht ermöglicht. Die Generalversammlung kann deshalb den Mitgliedern des Verbandes die Beteiligung an der Arbeitsruhe am 1. Mai nicht zur Pflicht machen, überläßt es vielmehr jedem einzelnen Mitglied, sich an ihr unter Beachtung der internationalen Kongreßbeschlüsse und Übernahme aller sich aus der Arbeitsruhe am 1. Mai ergebenden Folgen zu beteiligen.“

Die Generalversammlung erörterte außerdem noch die Punkte: „Der Arbeitsschutz in der Metallindustrie“, „Das Arbeitsamtergesetz“ und „Die Reichsversicherungsordnung“, wozu die Genossen Cohen, Seebing und Wiesel die Beschlüsse stellten.

In Hamburg hielt vom 22. bis 28. Mai der Zentralverband der fernamündigen Arbeiter seinen Verbandstag ab. Er hatte am Ende des Jahres 1908 7445 vollzählende Mitglieder. (Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder schwankte zwischen 9110 und 19551.) Vor fünf Jahren betrug die Mitgliederzahl noch 2944; Anfang 1907 stand sie auf 7237. Der Verband hat sich also trotz der Krise und der „Gelben“ bemerkenswert entwickelt. Der Reichsgerichtsbericht konstatiert, daß die neuen Unterföhrungsanstalten sehr reichlich gewirkt haben. Das Verbandsvermögen, das 1897 infolge der großen Lohnkämpfe von M. 117 545,95 auf 28 889,41 (M. 3,81 pro Mitglied) zurückgegangen war, hatte sich am Schlusse des Jahres 1908 bereits wieder auf M. 97 672,01 (M. 12,95 pro Kopf) vermehrt. Bereinigt wurden in den Mitgliedschaften in den beiden Jahren insgesamt M. 805 044,55, 1907 pro Mitglied M. 19,30, 1908: M. 24,27; gegen die vorausgegangene Geschäftsjahre war eine Einnahmesteigerung um M. 139 211,90 zu verzeichnen. Die Hauptkasse verzeichnete M. 284 472,57, d. h. M. 147 699,73 mehr als 1905/06. Für Agitation wurden von den Mitgliedschaften und der Hauptkasse verausgabt M. 9722,05, für persönliche Vermittlungsstellen M. 51 787,13, für Streikunterstützung M. 176 613,87 (davon 1907 allein M. 173 947,67), für sonstige Unterföhrungen (Waisenkassen, Krankenkassen, Sterbeunterstützung, Arbeitslosen usw.) M. 19 331,60. Der „Scheinam“ folgte insgesamt M. 10 940,25.

Der Verbandstag beschloß nach lebhafter Debatte mit 22 gegen 7 Stimmen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und die Erhöhung des Beitrages von 40 auf 50 %. Die Arbeitslosenunterstützung soll nach einjähriger Mitgliedschaft vom 15. Tage an gezahlt werden. Sie soll betragen nach einer Rangzeit von

52 Wochen	je M. — 70 für 21 Tage
156 „	„ — 90 „ 28 „
260 „	„ — 1,10 „ 35 „
364 „	„ — 1,80 „ 42 „
468 und mehr Wochen	„ — 1,60 „ 49 „

In Kraft treten soll die Unterstützung ab 1. Juli 1910. Auch bei der Krankenunterstützung ist eine Erhöhung der Sätze beschlossen. Es sollen bezahlt werden nach einer Rangzeit von

52 Wochen	je M. — 50 für 21 Tage
156 „	„ — 70 „ 28 „
260 „	„ — 90 „ 35 „
364 „	„ — 1,10 „ 42 „
468 „	„ — 1,80 „ 49 „

Die Entschädigung für Effektenverlust soll betragen nach

52 Wochen	M. 25
104 „	„ 50
156 „	„ 75
260 „	„ 100
364 und mehr Wochen	„ 125

Die Sterbeunterstützung wurde bemessen auf M. 25 nach 50 Wochen, M. 30 nach 104 Wochen und dann jährlich steigend um M. 10 bis zum Schlußbetrage von M. 100. Von den Beiträgen sollen 85 pSt. an die Hauptkasse abgeführt werden. In einer Resolution sprach der Verbandstag aus, daß er grundsätzlich die Bestrebungen auf Schaffung eines Industrie-

verbandes der Transportarbeiter zu Wasser und zu Land anerkennt, z. B. aber die Durchführung dieser Bestrebungen nicht für möglich hält. Der Vorstand wurde beauftragt, im gegebenen Moment alle erforderlichen Maßnahmen zur Schaffung eines Industrieverbandes (Seefahrer, Hafenarbeiter und ländliche Transportarbeiter) zu ergreifen.

Die erste Generalversammlung des Zentralverbandes der Schiffszimmerer Deutschlands tagte vom 16. bis 20. Mai in Kiel. Es waren 22 Delegierte, vier Vertreter des Zentralverbandes und ein Vertreter der Generalkommission anwesend. Aus dem Bericht des Vorstandes für die Jahre 1907 bis 1908 ist zu entnehmen, daß der Verband den Einwirkungen der schlechten Geschäftslage nicht nur widerstanden, sondern sich in seiner Entwicklung in aufsteigender Linie bewegt hat. Die Zahl der Mitglieder hat sich bis zum 4. Quartal 1908 stetig vermehrt. Die Durchschnittsmittelgehalt betrug 1907 3782, 1908 3920. Mit den Werbestellern und Vertretern der meist in Betracht kommenden Organisationen wurde eine Vereinbarung über Lohnfragen und Arbeitszeit getroffen. Nach dieser Vereinbarung ist die Arbeitszeit vom Oktober 1907 ab von 60 auf 57 resp. 56 Stunden ohne Lohnföhrung herabgesetzt. Als eines der wichtigsten Momente der verfloßenen zweijährigen Periode wird im Geschäftsbericht der Uebertritt der freien Vereinigung der Schiff- und Bootbauer, Berlin, bezeichnet. Durch diesen Uebertritt hat sich die Mitgliederzahl des Verbandes um circa 800 gesteigert. Das kaiserliche Ausschichtamt für Privatversicherung wollte den Verband dem Privatversicherungsgesetz unterstellen, den Vorstand gelang es aber, durch die Herausgabe eines Antrages zum Statut, der allen Mitgliedern ausgestellt wurde, dieser ungewünschten Maßnahme aus dem Wege zu gehen. Das Ausschichtamt erklärte sich dann damit einverstanden, daß die Statutenänderung auf der nächsten ordentlichen Generalversammlung stattfinden. Dem entsprechend hat der Vorstand der Generalversammlung bezüglich Verringerungen des Statuts vorgelegt; dieselben fanden im Prinzip Annahme.

Die Abrechnung der Hauptkasse ergab für die beiden Berichtsjahre eine Einnahme von M. 93285,89 und eine Ausgabe von M. 160294,88. Das Verbandsvermögen betrug 1908 M. 98108,88. Für Streiks und Auspöhrungen wurden aus der Hauptkasse gezahlt M. 39156,93. Die von den Zahlstellen für Arbeitslosen-, Kranken- und Reiseunterstützung verausgabten Beträge erreichten 1907 die Höhe von M. 17487,90 und 1908 von M. 29803,20.

Die Tätigkeit der Generalversammlung war fast ausschließlich auf die Erzielung der rein gewerkschaftlichen Verbandsangelegenheiten gerichtet. Einen breiten Raum nahmen die Berichte der einzelnen Zahlstellen ein. Die dadurch bewirkte Finanzprognose der Zeit führte zur Annahme eines Antrages, in Zukunft von einer mündlichen Berichterstattung auf der Generalversammlung abzugehen und die Berichte gedruckt der Generalversammlung vorzulegen. Zu lebhaften Auseinandersetzungen kam es bei Erörterung der beiden zur Verhandlung zusammengekommenen Punkte: „Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks“ und „Agitation und Organisation“, wobei gleichzeitig über die Frage des Anschlusses an einen der Industrieverbände erörtert wurde. Die Stimmen für einen solchen Anschluß wuchsen sich laut bemerkbar. Namentlich waren es die Vertreter der hauptsächlichsten Gewerkschaften, die lebhaft einen solchen Anschluß befürworteten. Ein Antrag, der den Vorstand beauftragt wissen wollte, mit Hingabe eines Beschlusses der Generalversammlung beauftragten Delegierten und unter Vermittlung der Generalkommission der Gewerkschaften mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes zwecks Anschlusses an diese Organisation in Unterhandlung zu treten und das Resultat dieser Unterhandlung dann durch eine Abstimmung der Mitglieder zur Genehmigung oder Ablehnung zu unterbreiten, wurde jedoch mit 18 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Doch wurde auch von den gegen diesen Antrag stimmenden Delegierten mehrfach die Ansicht ausgesprochen, daß der Anschluß nur eine Frage der Zeit sei. Zur Vertreibung einer intensiveren Agitation beschloß die Generalversammlung die Anstellung eines zweiten Beamten.

Soziales.

Der Kinderschutz als Förderer der Gewerkschaftsbewegung.

Wenn es auch nicht der Hauptzweck des Kinderschutzes ist, die Gewerkschaftsbewegung zu fördern, wenn vor allem nicht deswegen im Parlament der Kinderschutz gefordert und begründet und von den Wägen draußen propagiert wird, sondern im Interesse der Lohnarbeitenden der Kinder selbst, so ist er in seiner Wirkung und in seinen Konsequenzen doch ein vorwärtstreibender Faktor für die Gewerkschaftsbewegung. Und das ist erklärlich; steht doch der Kinderschutz, seine Durchführung vorausgesetzt, der Kinderausbeutung eine feste Grenze und schafft damit der körperlichen und geistigen Entwicklung der Kinder einen größeren Spielraum. Er setzt der körperlichen Degeneration und intellektuellen Verwundung, soweit sie in der kindlichen Erwerbsarbeit wurzeln, eine feste Schranke, so daß in weit höherem Maße zu erwarten ist, daß die Proletarinderkinder gefunden, aufgeweckten Menschen heranwachsen. Solcher Menschen aber bedarf die Gewerkschaftsbewegung bei ihrem Kampf um ein Emporkommen in wirtschaftlicher und politischer Beziehung. Die Erfahrung hat längst gelehrt, daß körperlich gesunde und geistig rege Menschen stets dauernder und schneller für die Gewerkschaftsbewegung gewonnen werden, denn sie haben mehr Mut und Kraft, mehr Energie und Begeisterungsfähigkeit, als körperlich schwache und fleckige oder geistig stumpfe und apathische Menschen. Der Kinderschutz, der Körper- und Geisteskräfte der zukünftigen Arbeiter vor der Schädigung und Vernichtung bewahrt, wird ihre Leistungsfähigkeit im Produktionsprozeß sowie ihre Leistungsfähigkeit in der Arbeiterbewegung erhöhen. Proletarinderkinder, die Tag für Tag gezwungen sind, in die Kreisläufe der Erwerbsarbeit zu gehen, während ihre besser situierten Altersgenossen sich dem frohen Jugendspiel widmen, werden zudem nur zu leicht die Arbeit fürchten, hassen und verachten lernen, was eine schwere Schädigung ihrer Charakterentwicklung

bedeutet. Und weil wir den hohen pädagogischen Wert der Arbeit anerkennen, müssen wir mit demselben Nachdruck, mit dem wir für die Befreiung der Kindererwerbsarbeit eintreten, die Einführung des Handfertigkeitsunterrichts in den Schulplan fordern. Durch eine planmäßige Erziehung zur Arbeit und durch die Arbeit selbst wird der im Kinde schlummernde Tätigkeitsdrang geweckt und entwickelt. Das Kind lernt selbständig beobachten, denken, urteilen und handeln; es entwickelt die Geschicklichkeit seiner Finger und die Kräfte seiner Muskeln. So es einen Gegenstand fertiggestellt, so fühlt es sich als Schöpfer und lernt den Wert der Arbeit schätzen. Und wer den Wert der Arbeit kennt, wird auch eine anständige Bezahlung fordern und wird die Pflicht der Arbeitenden anerkennen, solidarisch für eine gute Bezahlung der Arbeit zu kämpfen.

Was aber die Erziehung zur Arbeit und durch die Arbeit an Arbeiterentgehn beim Kinde entwickelt, das zerstört die Erwerbsarbeit, die den Kindern meistens nicht behagt, und die oft weit über ihre Kräfte geht.

Doch noch in anderer Weise als in der geschilderten fördert der Kinderschutz und der Kampf gegen die Kindererwerbsarbeit die Gewerkschaftsbewegung: Kindliche Arbeiter sind immer noch Rohndrücker! Nur ihrer Willigkeit halber ist die Nachfrage nach kindlichen Arbeitskräften so groß. Es kommt hinzu, daß in den Betrieben, wo die Ausnutzung der kindlichen Arbeitskraft allgem. ein üblich ist, wie z. B. bei der Zeitungsföhrung, in der Hausindustrie, bei den verschiedensten Botengängen, die Unternehmer bei der Festsetzung der Löhne die Mithilfe der Kinder von vornherein mit in Kalkulation stellen und die Löhne der Erwachsenen umso niedriger normieren. Wird nun die Kinderarbeit generell verboten, so sind die kleinen Rohndrücker beseitigt. Beseitigt ist damit für die einzelne Arbeiterfamilie aber auch die Einnahme, die aus der kindlichen Arbeitskraft erzielt wird. Die Erhöhung des Einkommens kann dann nur erfolgen durch die Macht der Organisation, durch die wirtschaftlichen Kämpfe.

Und wenn es nur diese Weg gibt, wird er auch umso eher beschritten werden. Der Beweis dafür ist längst erbracht.

Nicht man das Gefagte zusammen, so ergibt sich folgendes: Der Kinderschutz erhält den Kindern die Sorglosigkeit und den Frohsinn der Jugend, indem er sie von der Ausbeutung befreit; er fördert ferner ihrem Körper eine bessere Entwicklungsmöglichkeit und heizt ihre geistig-fittlichen Kräfte und Talente. Im Zusammenhang mit der Befreiung des kindlichen Rohndrucks fördert er so in eminenter Weise die Ausbreitungsmöglichkeit der gewerkschaftlichen Idee und der gewerkschaftlichen Organisation.

Ein wirksamer Kinderschutz liegt also im Interesse der Gewerkschaftsbewegung. Leider bleibt das geltende Recht weit hinter unsern Forderungen zurück, da die Kinder in der Landwirtschaft und bei häuslichen Diensten ganz unberücksichtigt geblieben sind und auch der Schutz für Kinder in gewerblichen Betrieben (Werstätten, Hausindustrie, für Botengänger usw.) vollkommen unzureichend ist. Statt jede Erwerbsarbeit der Kinder, mindestens so lange sie schulpflichtig sind, zu verbieten, ist sie — außer in Fabriken — auf Grund des Kinderschutzgesetzes vom zwölften bezw. zehnten Lebensjahre ab gestattet. Die Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes, so Verbesserungsbefürftig sie auch sind, bilden aber immerhin eine Grundlage, von der aus der Kampf um gänzliche Befreiung der Kindererwerbsarbeit geführt werden kann; heute steht der Kinderschutz leider fast nur auf dem Papier. Die Kräfte der zur Ueberwachung des Gesetzes eingesetzten Instanzen: Polizei, Gewerbeinspektion, eventuell die Lehrer, reichen bei weitem nicht aus. Hier wie bei der Ueberwachung aller zum Schutze der Arbeiterschaft erlassenen Gesetze, bedarf es der tätigen Mithilfe der organisierten Arbeiterschaft. Diese Hilfe kann beim Kinderschutz eine doppelte sein. Sie kann darin bestehen, daß die Organisationen unter ihren Mitgliedern das soziale Empfinden und Verstehen wecken und stärken, damit sie die Schädlichkeit der Kindererwerbsarbeit erkennen und an ihrer Befreiung mitarbeiten. Sie kann und muß aber auch darin bestehen, daß Ueberretungen des geltenden Rechtes festgestellt und ihre Wiederholung verhindert wird. Zu diesem Zwecke sind in einer Reihe von Orten Kinderschutzkommissionen gebildet, die zum Teil schon eine recht segensreiche Tätigkeit entfaltet haben. Nach vorausgegangener Vertändigung zwischen Gewerkschaftsvertretern und örtlichen Parteileitungen sollen jetzt überall, wo nur irgend die Kräfte vorhanden sind, gleichfalls solche Kommissionen gebildet werden von Männern und Frauen, die innerhalb der Arbeiterbewegung sich das nötige Verständnis für diese Tätigkeit erworben haben. Wo immer solche Kommissionen bestehen oder geschaffen werden, da gilt es, sie bei ihrer Wirksamkeit bestens zu unterstützen, den Kindern zum Schutze, den Unternehmern zum Trutz.

Zur Informierung unserer Kollegen fügen wir die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes bei.

Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes über die Beschäftigung eigener und fremder Kinder.

Für die Beschäftigung von schulpflichtigen Kindern in der Hausindustrie (Seimarbeit), im Betriebe von Werkstätten, im Handelsgewerbe und in Verkehrsgewerben, in Gast- und Schankwirtschaften, sowie als Botengänger gelten folgende Vorschriften:

Fremde Kinder unter zwölf Jahren dürfen nicht beschäftigt werden. (§ 5 Abs. 1.)

Eigene Kinder unter zehn Jahren dürfen nicht beschäftigt werden. (§ 13.)

Eigene Kinder unter zwölf Jahren dürfen in der Wohnung oder Werkstätte einer Person für Dritte nicht beschäftigt werden. (§ 13.)

Fremde oder eigene Kinder dürfen nicht vor 8 Uhr früh und nicht nach 8 Uhr abends beschäftigt werden (§§ 5 und 13.)

Vor dem Vormittagsunterricht dürfen Kinder überhaupt nicht beschäftigt werden. (§§ 5 und 13.)

Nachmittags darf die Beschäftigung erst eine Stunde nach Beendigung des Unterrichts beginnen. (§§ 5 und 13.) Die Beschäftigung darf nicht länger als drei Stunden und in den Ferien nicht länger als vier Stunden täglich dauern. (§§ 5 und 13.)

Den Kindern muß eine zweistündige Mittagspause gewährt werden. (§§ 5 und 13.)

In Sonn- und Festtagen dürfen eigne wie fremde Kinder nicht beschäftigt werden in Werkstätten sowie im Handwerks- und im Vertriebsgewerbe. (§§ 9 und 13.)

Fremde Kinder unter zwölf Jahren dürfen als Boten- gänger, beim Brot-, Zeitungs-, Milchaustragen usw. nicht beschäftigt werden, und über zwölf Jahre alte fremde Kinder dürfen Sonntags in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags nur zwei Stunden arbeiten, wobei die Zeit des Gottesdienstes freibleiben muß. (§§ 9 und 13.)

In Gast- und Schankwirtschaften darf kein Kind unter zwölf Jahren beschäftigt werden; schulpflichtige Mädchen über zwölf Jahre, fremde wie eigne, dürfen keine Ver- wendung zum Bedienen der Gäste finden. (§§ 7 und 16.)

An Orten unter 20 000 Einwohnern ist für kleinere Wirtschaften Dispensation von allen diesen Vorschriften zu- lässig, soweit es sich um eigne Kinder handelt.

Werkstätten im Sinne dieses Gesetzes sind auch Schlaf- und Wohnräume sowie Küchen, wenn darin gewerbliche Arbeit verrichtet wird.

Die Beschäftigung fremder Kinder ist nur gestattet, wenn der Arbeitgeber für jedes Kind eine von der Orts- polizeibehörde ausgestellte Arbeitskarte besitzt. (§ 11.)

Eingegangene Schriften.

Die „**Neue Zeit**“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 37 des 27. Jahrgangs. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Von der andern Seite her. — Positive Arbeit und Revolution. Von R. Kautsky. — Zur Einführung der bayerischen Wahlrechts- verfassung in den rheinpfälzischen Stadt- und Marktgemeinden. Von Hermann Kemmele (Koblenzhaufen a. Rh.). — Die Wahlen in Dänemark. Von Gustav Bang (Kopenhagen). — Zum italienischen Kongress über Gewerbebeschäftigten. Von Odo Oldberg (Rom). — Der Groß- und Kleinbetrieb in der schweizerischen Viehhaltung und Viehzucht. Von A. Below (Zürich). — Einige Zahlen zur Charakteristik der finanziellen Lage Deutschlands. — Zeitschriftenchau. — Bibliographie des Sozialismus.

Im Verlage des Gewerkschaftsartells Magdeburg ist ein kleines Werk erschienen, das zu dem Entwurfe der Reichs- Versicherungsgesetzgebung Stellung nimmt. Nach einem Vor- trage des Arbeiterssekretärs Mößinger aus Magdeburg be- handelt das Werkchen in klaren, treffenden Worten die umfangreiche Materie des Entwurfes. Natürlich konnten nur die wesentlichsten Fragen des Entwurfes in dem Werkchen behandelt werden, dieses ist aber in einer sehr geschickten Form gegeben, daß der Leser einen klaren Einblick in die ganze Sachlage erhält. Besondere Sorgfalt ist der Frage des Selbstverwaltungsrechtes gewidmet, doch sind auch alle sonstigen wesentlichen Veränderungen in der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung behandelt. Auch die Besprechung der Rechtswege ist nicht zu kurz ge- kommen. Die Verordnungen, sind scharf kritisiert worden. Die Forderungen der Arbeiterschaft auf Ausbau und Er- weiterung der sozialen Versicherung sind treffend hervor- gehoben. Wir können die Anschaffung des Werkchens nur empfehlen. Zu bestellen ist es in der Buchhandlung Volkstümlich zu Magdeburg, Große Münz- straße 3, Preis im Buchhandel 20 Pf.

Die „**Gleichheit**“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 18 des 19. Jahrgangs.

Die „**Gleichheit**“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf.; durch die Post bezogen beträgt der Abonnements- preis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnement 2 Mk. 20 Pf.

Briefkasten.

M. St. Ohne den Vertrag und das von Dir unter- schriebene Schriftstück zu kennen, können wir eine bestimmte Antwort nicht geben. Wenn in dem Mietvertrag Kündigung berechnbar war, wirst Du um die Bezahlung der M. 15 nicht herumkommen.

Gotha, L. Von uns kannst Du die kausische Schrift nicht beziehen. Wenn Ihr dort keine Parteilichung habt, muß Du Dich nach Jena oder an die Wortwärtsbuchhandlung in Berlin wenden.

Wittler. Der Bericht ist aus guten Gründen abgelehnt worden. Wir werden uns in der nächsten Nummer etwas aus- führlicher mit der Berichterstattung befassen.

E. C. in L. Verlangte von Hermann Lamprecht in Schöndorf a. d. Elbe, Königsstr. 9, Broschüre über Herstellung von Kynstein.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zwei- gelsvereins- bzw. Bezirksstellen oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Gustav Carl, Verb.-Nr. 397 917, geboren 1891 zu Burgschwalbe, wird von seinem Vater getrennt, sofort nach Hause zu kommen. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, wollen dies dem Zweigverein **Frankfurt a. M.** mitteilen. [M. 1,50]

Wilhelm Röver aus Helsen wird dringend ge- sucht, seinen Aufenthalt anzugeben. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, wollen die Adresse an den Zweigverein **Uelzen** senden.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbands- mitglieder, von denen uns innerhald einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile kostet 15 Pf.)

Berlin. (Sektion der Gips- und Zement- bran d.) Am 4. Juni starb unser Mitglied, der **Karl Henze** im Alter von 26 Jahren an Bauchfellentzündung. — Am 9. Juni starb unser Mitglied, der **Johann Franz Kupfer** im Alter von 26 Jahren an Halsentzündung.

Bromberg. Am 8. Juni starb nach langem Leiden unser treuer Verbandskollege **Wilhelm Gross** in Brückentopf bei Ratel im Alter von 31 Jahren an der Schwindel.

Crimmitschau. Am 9. Juni starb unser Verbands- kollege **Arno Seidemann** aus Grünberg im Alter von 32 Jahren infolge eines Unfalles.

Darmstadt. Weierstadt. Am 8. Juni starb der Kollege **Friedrich Becker** im Alter von 24 Jahren an Schwindel.

Dresden. Am 5. Juni starb unser Verbandsmitglied **Karl Hermann Döhlert** aus Nieder- hermsdorf im Alter von 48 Jahren an Lungen- entzündung.

Eisenach. Am 8. Juni starb plötzlich infolge eines Herzschlages unser Vorstands- und Mitglied unser Zweigvereins, der Kollege **Ernst Horn**, im Alter von 40 Jahren.

Frankfurt a. M. Am 10. Juni starb unser treuer, langjähriger Verbandskollege **Val. Herbert** im Alter von 70 Jahren an Altersschwäche.

Grünberg i. Schl. Am 8. Juni starb unser treuer Verbandsmitglied **Reinhold Conrad** aus Bawalden im Alter von 32 Jahren an der Lungenentzündung.

Halle a. d. S. Am 22. Mai starb unser Verbands- kollege **Carl Hauser** im Alter von 54 Jahren infolge eines Unfalles. — Am 25. Mai starb unser Verbandsmitglied **Friedrich Mänicke** im Alter von 56 Jahren an Gehirnschlag.

Hersfeld. Am 8. Juni starb unser treuer Verbands- kollege **Otto Thiem** im Alter von 25 Jahren an Lungenentzündung.

München. Am 9. Mai starb unser treuer Kollege **Josef Färholzer** im Alter von 39 Jahren an Lungenentzündung. — Am 30. Mai starb unser treuer Verbandskollege **Peter Schurer** im Alter von 44 Jahren an Lungenentzündung.

Schwabing. Am 9. Juni starb unser Kollege **Winfert**. Am 11. Juni starb nach jahrelangem Leiden unser Kollege **Joh. Böcker** im Alter von 34 Jahren an Lungenentzündung. — **Alois Eckmeyer** im Alter von 39 Jahren an Unfallverletzung.

Neustadt a. d. S. Am 10. Juni starb unser lang- jähriger Hilfskassierer, der Kollege **Wilhelm Erb** im Alter von 42 Jahren an Herzschlag.

Plauen. Am 28. Mai starb unser Mitglied **Arno Heinrich** im Alter von 33 Jahren an Lungen- entzündung. — Am 7. Juni starb unser Mitglied **Adolf Fraenke** im Alter von 52 Jahren an Magen- leiden.

Regensburg. Am 6. Juni starb unser Kollege **Franz Urwan** im Alter von 55 Jahren an Schlaganfall.

Rheine i. W. Am 10. Juni starb hier unser Kollege **Simon Link** aus Lobnitz i. Schl., 38 Jahre alt, an Schwindel.

Riesa. Am 10. Juni starb der Verbandskollege **Karl Schreier** nach kurzer, aber schwerer Krankheit im Alter von 38 Jahren an Lungen- und Rippenfell- entzündung.

Siebel. Am 9. Juni starb unser langjähriger und treuer Mitglied **Gustav Penzel** im Alter von 60 Jahren an Lungenentzündung.

Strasburg i. E. Am 5. Juni starb unser Kollege **Karl Bölsche** im Alter von 30 Jahren an den Folgen eines Baumfalles.

Tümmenrode. Am 4. Juni starb unser Verbandskollege **Hermann Danköhler** im Alter von 22 Jahren an Herzschwäche.

Wittorf a. d. R. Am 10. Juni starb unser Verbands- kollege **Friedrich Kracht** aus Zechlin im Alter von 57 Jahren an Lungenentzündung.

Zerbst. Am 26. Mai starb unser Verbandskollege **Friedrich Koch** im Alter von 44 Jahren durch Unfall. — Am 30. Mai starb unser Verbandskollege **August Northe** im Alter von 62 Jahren an Lungenentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Franz Brink, geb. 7. Jan. 1889 zu Gelsenkirchen, Verb.-Nr. 474 722, wird dringend er- sucht, seinen Wohnort an die **Bezirksstelle Lünen** zu be- richten. [M. 1,20]

Heinr. Steinröder, geb. 11. März 1891 zu Soof, Verb.-Nr. 474 722, eingetr. 7. Sept. 1907, wird ersucht, sein Mitgliedsbuch der Zentralbankstelle Nr. 22744 von der Bezirksstelle Lünen einzufordern. [M. 1,50]

Joh. Baueh, Lünen i. Westf., Saarbrückenstr. 31.

Robert Räche, geboren zu Magdeburg, wird in einer wichtigen Angelegenheit als Zeuge gebraucht. Der Zweigverein **Hagen i. W.** ersucht deshalb um Angabe seiner Adresse. [M. 1,20]

Hermann Koch, geb. 17. August 1888 zu Braun- schweig, eingetr. 1. Juli 1907, Verb.-Nr. 454 953, wird ersucht, seinen Verpflichtungen gegen die Bezirksstelle Lünen nachzukommen. Kollegen, die seinen Aufent- halt kennen, wollen Mitteilung machen an **Joh. Baueh**, Lünen, Saarbrückenstr. 31. [M. 1,80]

Wilhelm Borchardt, geb. am 30. Januar 1890 zu Gollnow i. d. Provinz Pommern, wird, da seine Mutter schwerkrank dankebittend, ersucht, seine Adresse an seinen Vater oder an den Zwei- gelsvereinsvorstand in Gollnow gelangen zu lassen. [M. 1,50]

Belzig.

Sonntag, den 20. Juni 1909, nachmittags 1½ Uhr.

Zehntes Stiftungsfest

im Vereinslokal

bestehend in einem **Ausflug**, sowie **Kinder- belustigung und Ball**.

[M. 3,90]

Der Vorstand.

Gelsenkirchen.

Sonntag, den 4. Juli 1909, feiert die Bezirksstelle im Gewerkschaftshaus, Hochstr. 1, ihr

Elftes Stiftungsfest

verbunden mit **Bannerweihe**

Beginn der Bannerweihe morgens 10½ Uhr, der übrigen Festlichkeiten nachmittags 4 Uhr.

Sämtliche Kollegen des Zweigvereins sind mit ihren Familien hierzu freundlichst eingeladen. [M. 3,90] Das Festkomitee.

Oranienburg-Germendorf.

Sonntags, den 26. Juni feiert der Zweigverein sein

Sommerfest

im Lokale von **Emil Schumann**, Schützenstraße, bestehend in **Festrede, Vorträgen und Kinderbelustigungen**.

Anfang 8 Uhr.

Auch die Kollegen aus der Umgegend sind dazu freundlichst eingeladen. [M. 3,90] Der Vorstand.

Sommerfeld.

Am 26. Juni feiert der Zweigverein sein

Behtes Stiftungsfest

bestehend in

Ausmarsch, Konzert, Tischschützen

Theater und Ball

Antreten der Kollegen um 2½ Uhr.

Alle Kollegen von Sommerfeld und Umgegend sind dazu freundlichst eingeladen. [M. 4,20] Der Vorstand.

Zielenzig.

Sonntags, den 26. Juni, abends 8 Uhr:

Zehntes Stiftungsfest

im „**Schützenhaus**“

bestehend in

Theater, Vorträgen und Ball

Die Kollegen des Zweigvereins sowie der Hilfszahlstelle Drossen sind dazu freundlichst eingeladen.

Das Festkomitee.

Adressen-Veränderungen.

(K bedeutet Kassenführer, K Kassierer, L Verbandslokal, H Herberge, R Reiseunterstützung wird ausbezahlt bei.)

Mühlhausen i. Th. H. St. Jacobi Nr. 25, Herberge „Zur Heimat“.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntags, den 19. Juni.

Bergedorf. Abends 8 Uhr bei Otto Wandtke.

Schweidnitz. Abends 8½ Uhr im „Reiterhof“.

Sonntag, den 20. Juni.

Gransow. Nachm. 3 Uhr im Frankischen Lokal. Sehr wichtige Tagesordnung. Bisher sind mitzubringen.

Lochau. Nachm. 3 Uhr bei W. Weber in Maßing.

Lübben. Nachm. 3 Uhr. Wichtige Tagesordnung.

Pasewalk. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal.

Wiesenburg. Nachm. 3 Uhr.

Dienstag, den 22. Juni.

Neusalz. Abends 8 Uhr im „Deutschen Kaiser“.

Torgau. Abends 8½ Uhr im Rittershof.

Donnerstag, den 24. Juni.

Pinneberg. Abends 8½ Uhr bei Detow.

Sonntag, den 27. Juni.

Bayreuth. Nachm. 3 Uhr in der „Zentralhalle“.

Dienstag, den 29. Juni.

Antoniushütte. Nachmittags 4 Uhr unter freiem Himmel. Referent Kollege

J. Baueh.